

## Stand: Januar 2002

### Vorwort

Anschläge auf Synagogen, Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Überfälle auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und die wachsende rechtsextremistisch bzw. fremdenfeindlich motivierte Kriminalität im Internet sind ohne Zweifel deutliche Zeichen dafür, dass in Deutschland ein erhebliches Personenpotenzial existiert, das immer wieder versucht, an den Grundfesten unserer Demokratie zu rütteln.

So lange unsere wehrhafte Demokratie aber stark genug ist, diesen Bestrebungen etwas entgegenzusetzen, ist die offene Gesellschaft nicht in Gefahr und ein Rückgriff auf repressive Maßnahmen kann vermieden werden. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens tritt daher allen extremistischen Bestrebungen entschlossen entgegen. In diesem Zusammenhang ist es ihr ein besonderes Anliegen, aufklärend und informierend gegen diese verfassungsfeindlichen Bestrebungen vorzugehen.

Auch jede Bürgerin und jeder Bürger ist dazu aufgerufen, sich *für* die Demokratie und *gegen* ihre Gegner einzusetzen. Um sich mit den Ideen und Konzepten der Rechtsextremisten auseinander setzen zu können, werden jedoch Hintergrundinformationen benötigt, die die vorliegende Broschüre liefern will. Auch in Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen über ein mögliches NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht erscheint eine Beschäftigung mit dem Phänomen 'Rechtsextremismus' geboten.

Im Sommer 2001 beantwortete die Landesregierung eine Große Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema 'Rechtsextremismus in Nordrhein Westfalen' (Landtags-Drucksache Nr. 13/1146). In Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts hat das nordrhein-westfälische Innenministerium in der Antwort vielfältige Informationen zusammengetragen. Diese bildeten die Basis für die nun vorliegende Broschüre. Neben der Darstellung der rechtsextremistischen 'Szene' Nordrhein-Westfalens werden Informationen zu rechtsextremistischen Gewalttaten und Erkenntnisse aus der Ursachenforschung zum Rechtsextremismus präsentiert. In den Kapiteln 4 und 5 werden schließlich Strategien gegen eine weitere Verschärfung des Problems aufgezeigt.

Gefahren gehen dabei nicht nur von 'rechten Glatzen' oder Randalierern aus. Es sind gerade das Einstellungspotenzial in der Bevölkerung, die Haltung gegenüber Fremden, die Medienberichterstattung und nicht zuletzt die politische Diskussion, die ein gesamtgesellschaftliches Klima schaffen, in dem sich Rechtsextremisten unterstützt oder abgelehnt fühlen. Die Diskussion um ein Zuwanderungsgesetz für Deutschland muss daher so geführt werden, dass sich Rechtsextremisten nicht in ihren fremdenfeindlichen Ansichten bestätigt sehen und die Auseinandersetzung für ihre Agitation nutzen können.

Auch wenn die Ereignisse des 11. September 2001 das öffentliche Interesse vorerst auf eine andere Form des Extremismus gelenkt haben: Das Thema 'Rechtsextremismus' hat in Nordrhein-Westfalen leider nichts an Aktualität verloren. Die Landesregierung setzt daher die Bemühungen gegen rechtsextremistische Bestrebungen nicht nur fort, sondern entwickelt weiterhin neue und verbessert bestehende Maßnahmen. Ein Ausschnitt aus diesen Maßnahmen wird im vorletzten Kapitel dieser Informationsbroschüre vorgestellt.

Nutzen Sie diese Broschüre für sich und reden Sie mit anderen darüber. Gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind der beste Verfassungsschutz!



**Vorwort 1**

<b>1</b>	<b>Einleitung: Was ist eigentlich Rechtsextremismus?.....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Struktur der Szene in NRW .....</b>	<b>8</b>
2.1	Organisationsstrukturen des Rechtsextremismus.....	8
2.1.1	Rechtsextremistische Parteien.....	9
2.1.1.1	Die Republikaner (REP).....	9
2.1.1.2	Deutsche Volksunion (DVU).....	15
2.1.1.3	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).....	18
2.1.2	Neonazis.....	22
2.1.3	Skinhead-Szene.....	25
2.1.4	Revisionismus.....	28
2.1.5	Neue Rechte.....	30
2.2	Sozialstruktur der organisierten Rechtsextremisten.....	31
2.2.1	Altersstruktur.....	31
2.2.2	Berufsstruktur/Bildungsniveau.....	33
2.2.3	Geschlechterstruktur.....	34
2.2.4	Zusammenfassung.....	37
2.3	Rechtsextremistische 'Öffentlichkeitsarbeit'.....	37
2.3.1	Kommunikation, Information und Vernetzung in der 'Szene'.....	37
2.3.1.1	Printmedien.....	37
2.3.1.2	Vernetzung mit Hilfe 'Neuer Medien'.....	40
2.3.2	Rechtsextremistische 'Kulturszene'.....	42
2.3.2.1	Musik.....	42
2.3.2.2	Sport.....	44
2.4	Rechtsextremistische Gewalt und Bedrohung.....	45
2.4.1	Opfer rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt.....	45
2.4.2	(Gewalt-)Taten und Täterstruktur.....	46
2.4.3	Antisemitismus <sup>G</sup> .....	51
2.4.3.1	Antisemitische Straftaten in NRW.....	51
2.4.3.2	Antisemitische Einstellungen von Deutschen.....	52
2.4.3.3	Antijüdische Einstellungen islamistischer Organisationen.....	53
2.4.3.4	Antisemitismus und die 'Neue Rechte'.....	54
2.4.4	Bedrohung politischer Gegner (z.B. »Anti-Antifa«).....	55
<b>3</b>	<b>Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen: Ursachen und Einstellungen .....</b>	<b>56</b>
3.1	'Rechtes' Einstellungspotenzial und Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien.....	56
3.2	Ursachen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.....	57
3.2.1	Psychologische Deutungsmuster.....	58
3.2.2	Soziale Deutungsmuster.....	59
3.2.3	Politische Deutungsmuster.....	60
3.3	Bewertung.....	62
<b>4</b>	<b>Prävention und Repression.....</b>	<b>63</b>
4.1	Erste Ebene: Verfassungsschutz, Polizei, Recht.....	63
4.2	Zweite Ebene: Politik, politische Bildung.....	66
4.3	Dritte Ebene: Schule/Pädagogik, Sozialarbeit, Erziehung.....	68
<b>5</b>	<b>Maßnahmen der Landesregierung NRW gegen Rechtsextremismus .....</b>	<b>70</b>
5.1	Netzwerkarbeit gegen Rechtsextremismus.....	70

5.1.1	Aktionsprogramm der Landesregierung.....	70
5.1.2	Bündnis für Toleranz und Zivilcourage .....	70
5.2	Exemplarische Handlungsfelder .....	71
5.2.1	Verfassungsschutz durch Beobachtung und Aufklärung .....	71
5.2.2	Polizeiliche Prävention und Repression.....	71
5.2.3	Integrationspolitik/Förderung interkultureller Verständigung .....	72
5.2.4	Schule.....	73
5.2.5	Bildungs- und Jugendarbeit .....	74
5.2.6	Verhinderung sozialer Ausgrenzung .....	76
5.2.7	Weitere Maßnahmen .....	76
<b>6</b>	<b>Schlussbemerkung.....</b>	<b>78</b>
<b>Fußnoten</b>	<b>.....</b>	<b>79</b>
<b>Abkürzungen</b>	<b>.....</b>	<b>79</b>
<b>Glossar</b>	<b>.....</b>	<b>82</b>
<b>Zum Weiterlesen</b>	<b>.....</b>	<b>84</b>
<b>Anschriften der Ministerien des Landes NRW</b>	<b>.....</b>	<b>86</b>
<b>Anschriften Verfassungsschutzbehörden</b>	<b>.....</b>	<b>88</b>
<b>Kleine Linksammlung</b>	<b>.....</b>	<b>90</b>
1. Exkurs:	Frauen im organisierten Rechtsextremismus .....	34
2. Exkurs:	'Täter und Typen': Wissenschaftliche Untersuchungen zu Sozialstrukturmerkmalen von Tatverdächtigen.....	48
3. Exkurs:	Die Macht »extremer Emotionen«.....	59
4. Exkurs:	Parteien- und Organisationsverbote .....	65

# 1 Einleitung: Was ist eigentlich Rechtsextremismus?

Eine juristische **Definition** des Begriffs 'Rechtsextremismus' **existiert nicht**, ebensowenig eine in der soziologischen oder politologischen Diskussion anerkannte. Hinzu kommt, dass der Rechtsextremismus kein einheitliches, ideologisch geschlossenes Phänomen ist, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Strömungen, ideologischer Ausrichtungen und Organisationsformen umfasst. Wissenschaftliche Studien zum Thema beschäftigen sich auf verschiedenen Ebenen u.a. mit rechtsextremistischen *Einstellungen*, *Parteien*, *Gewalttättern*, *'Kulturangeboten'* (z.B. Publikationen) und/oder *Aktionsformen* (z.B. Aufmärsche, Internetauftritte).

Vor dem Hintergrund des Fehlens einer einheitlichen Definition soll hier - als Orientierungshilfe - eine Annäherung an den Begriff 'Rechtsextremismus' versucht werden.

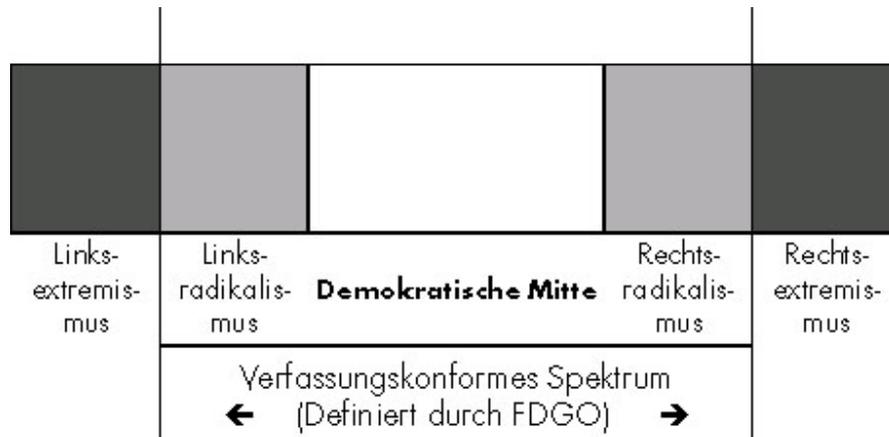
Zunächst einmal gibt es das allgemeinere Phänomen des **Extremismus**, der als »Sammelbezeichnung für unterschiedliche antidemokratische Bestrebungen« beschrieben werden kann (Pfahl-Traughber 1999). Die Verfassungsschutzbehörden fassen hierunter Bestrebungen, die sich **gegen wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** richten, wie sie das Bundesverfassungsgericht in zwei Entscheidungen von 1952 und 1956 konkretisiert hat (vgl. z. B. BVerfGE 2, 12 f.)<sup>1</sup>. Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören danach:

- ❑ Das Recht des Volkes, die **Staatsgewalt** in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- ❑ die **Bindung der Gesetzgebung** an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- ❑ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen **Opposition**,
- ❑ die **Ablösbarkeit der Regierung** und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- ❑ die **Unabhängigkeit der Gerichte**,
- ❑ der **Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft** und
- ❑ die im Grundgesetz konkretisierten **Menschenrechte**.

Zur Umschreibung des Phänomens 'Rechtsextremismus', werden in der öffentlichen Diskussion häufig die Begriffe 'Rechtsradikalismus', 'Neonazismus' oder 'Rassismus' nebeneinander verwendet. Auch wenn die Bedeutung der Ausdrücke abhängig vom Verwender ist, sollen sie im Folgenden vom Rechtsextremismus abgegrenzt werden.

**Rechtsradikalismus** ist im allgemeinen Sprachgebrauch zum Sammelbegriff aller Strömungen rechts des etablierten politischen Konservatismus geworden. Nach der Terminologie der Verfassungsschutzbehörden bewegen sich rechtsradikale Bestrebungen im Gegensatz zum Rechtsextremismus jedoch innerhalb des Verfassungsrahmens. Rechtsradikale Bestrebungen sind daher grundsätzlich nicht Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes, wenn auch die Übergänge zwischen Extremismus und Radikalismus mitunter fließend sind. Insgesamt lässt sich sagen, dass Rechtsradikale zwar heftige und grundsätzliche Kritik an der bestehenden Rechtsordnung und ebenso an der Politik der großen Volksparteien üben, sie aber anders als die Rechtsextremisten nicht die Abschaffung bzw. Außerkraftsetzung von Kernelementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstreben. Die folgende vereinfachende Darstellung veranschaulicht noch einmal den Zusammenhang radikaler und extremistischer Bestrebungen:

### Das Extremismusmodell



FDGO = Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes

Aus Sicht des Verfassungsschutzes ist zum Begriff '**Neonazismus**' anzumerken, dass er ideologisch zwar inhomogen ist, grundsätzlich jedoch in der Tradition des historischen Nationalsozialismus mit seinem Elite- und Führerprinzip steht. Neben einer am Nationalsozialismus hitlerscher Prägung ausgerichteten Teilgruppe gibt es starke Strömungen innerhalb der Neonazis, die an frühe programmatische Aussagen der NSDAP und an die sozialrevolutionären, antikapitalistischen Ziele des NSDAP-Flügels um die Gebrüder Strasser anknüpfen<sup>2</sup>. Gemeinsame ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild, aus dem Vorstellungen für einen autoritären Staatsaufbau hergeleitet werden. Entsprechend tritt das Individuum in seiner Wertigkeit hinter die 'Volksgemeinschaft' zurück. Dieses Staatsgebilde entspricht einem autoritären Führerstaat mit einer Einheitspartei sowie elitären und zentralistischen Elementen der Machtausübung. Diese Ideologie führt häufig zu fremdenfeindlichen bis hin zu offen rassistischen Vorstellungen und Äußerungen (z. B. »Rassenmischung ist Völkermord«).

Häufig wird auch die Auffassung vertreten, dass die Zugehörigkeit zu einer Rasse den Wert eines Menschen ausmache, wobei man sich selbst als Mitglied einer höherwertigen Rasse betrachtet. Bei rechtsextremistischen **Parteien** steht häufig nicht die 'Rasse', sondern die 'Nation' im Vordergrund. Sie treten in der Regel nicht für einen autoritären Führerstaat, sondern für einen autoritären Nationalstaat mit weitgehender Einschränkung von Gewaltenteilung, Parlamentarismus und Pluralismus ein.

Gelegentlich wird angeregt, an Stelle von 'Fremden'- bzw. 'Ausländerfeindlichkeit' (oder auch Xenophobie) den Begriff **Rassismus** zu verwenden. International findet der Ausdruck breite Verwendung, in Deutschland gilt 'Rassismus' eher als ideologisches Schimpfwort denn als wissenschaftliche Kategorie. Als politischer Begriff wird Rassismus immer dann verwendet, wenn bestimmte Merkmale oder Eigenschaften von Menschen qualitativ bewertet werden. Zu unterscheiden sind danach der genetische Rassismus, wenn z.B. von der Hautfarbe oder von der Herkunft Rückschlüsse auf geistige, kriminelle o.ä. Potenzen gezogen werden, und der kulturelle Rassismus. Bei Letzterem werden beispielsweise bestimmte Lebensgewohnheiten, Sitten oder Gebräuche als negativ abweichend bewertet.

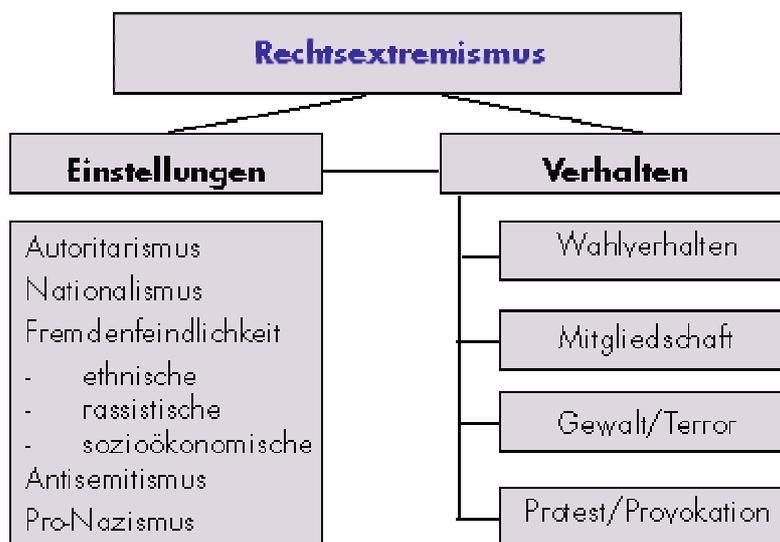
Ursächlich für die deutsche Empfindlichkeit diesem Wort gegenüber sind wohl die historischen Erfahrungen mit der »Rassenlehre« der Nationalsozialisten.

Die Ausrichtung auf die 'Nation' oder - wie bei vielen Neonazis - auf die 'Rasse' hat Auswirkungen auf die **internationale Zusammenarbeit** zwischen Rechtsextremisten: Während Neonazis überwiegend für eine vorherrschende Stellung der (weißen) 'Rasse' eintreten und sich für dieses Ziel auch gemeinsam mit europäischen und US-amerikanischen Rechtsextremisten engagieren, können bei

*internationalen Kooperationen extrem nationalistisch gesinnter Organisationen leicht Konflikte entstehen - beispielsweise auf Grund konträrer nationalistisch gefärbter Vorurteile, entsprechender Abwertungstendenzen anderer Nationalismen sowie eventueller gegensätzlicher Hegemonialansprüche.*

Nach diesen Abgrenzungen vom Phänomen des Rechtsextremismus sollen nun dessen **Ideologiefragmente** näher betrachtet werden. Vorab jedoch noch eine bedeutsame Differenzierung, denn: rechtsextremistisches **Handeln** ist von rechtsextremistischen **Einstellungen** zu unterscheiden. Die Einstellungen sind dem Handeln vorgeschaltet, werden aber nicht immer in konkretes Handeln umgesetzt. Daher ist das rechtsextremistische Einstellungspotenzial in der Bevölkerung wesentlich größer als das Verhaltenspotenzial (vgl. Stöss 2000). Diese Unterscheidung und die einzelnen Elemente sind in der folgenden Abbildung zusammengestellt.

### Dimensionen des Rechtsextremismus



Quelle: Stöss 2000, S. 22

Nach diesen eher allgemeinen Ausführungen sollen nun die einzelnen Elemente des Phänomens 'Rechtsextremismus' näher betrachtet werden. In Anlehnung an Stöss (2000), Pfahl-Traughber (1999) und Jaschke (2001) lassen sich folgende wesentliche Elemente des Rechtsextremismus bestimmen:

- ❑ **Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes:** Unter Verfassungsschutzgesichtspunkten ist die Ablehnung der dem Grundgesetz zu Grunde liegenden Vorstellung von der **Gleichwertigkeit** aller Menschen sowie der **Unantastbarkeit der Menschenwürde** von besonderer Relevanz.
- ❑ **Einheit von Staat und Volk:** Der Staat und ein ethnisch homogenes Volk als angeblich natürliche Ordnung verschmelzen zu einer Einheit (**'Volksgemeinschaft'**). Die staatliche Führung handelt intuitiv nach dem einheitlichen Willen des Volkes. In einem solchen Staat würden sich wesentliche Kontrollelemente der grundgesetzlichen Ordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen auszuüben oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, erübrigen.
- ❑ Betonter **Antisemitismus:** Juden werden als minderwertig und gefährlich angesehen. Damit korrespondierend existieren Theorien über eine angebliche 'jüdische Weltverschwörung'.
- ❑ **Revisionismus** (vgl. 2.1.4): Ganz überwiegend finden sich in rechtsextremistischen Strömungen auch **revisionistische Tendenzen**, die auf eine Relativierung, Verharmlosung und im Extremfall auch eine Leugnung des Holocausts sowie auf eine Leugnung einer deutschen Kriegsschuld abzielen.
- ❑ Übersteigter **Nationalismus** bzw. **Rassismus:** Die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation bzw. Rasse wird zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns. Gleichzeitig werden andere Nationen/Rassen tendenziell abgewertet.

- **Fremdenfeindlichkeit:** Sie führt dazu, dass einerseits die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch bewertet werden, andererseits die Neigung besteht, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder auszugrenzen. Daneben löst der Begriff 'Fremdenfeindlichkeit' mittlerweile den der 'Ausländerfeindlichkeit' ab. D.h., nicht nur Fremde im Sinne ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern auch *das Fremde*, das Unbekannte (z.B. Homosexuelle, Obdachlose, Spätaussiedler, aber auch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse) werden abgelehnt.
- **Ethnopluralismus<sup>G</sup>:** In erster Linie Vertreter der sog. 'Neuen Rechten' (vgl. 2.1.5) propagieren diese Anschauung. Dabei steht zwar nicht die grundsätzliche Höherwertigkeit der eigenen Volksgruppe im Vordergrund. Menschen anderer Herkunft werden im Inland aber tendenziell nicht die gleichen Menschenrechte zugestanden bzw. sie werden auf ihre jeweiligen Herkunftsländer verwiesen.
- **Eliteprinzip:** Eliten, zu denen sich die rechtsextremistische Szene gerne selber zählt, sollen im angestrebten neuen Staatsgebilde Rechte und Privilegien ohne demokratische Legitimation zugebilligt werden.
- **Autoritarismus<sup>3</sup>:** Nach demokratischem Verständnis besteht zwischen Gesellschaft und Staat eine Art Wechselverhältnis; der Staat ist sozusagen Instrument der Gesellschaft. Rechtsextremisten wollen die Gesellschaft hinter einen dominanten Staat zurücktreten lassen. Auf die Persönlichkeitsstruktur bezogen wird unter 'Autoritarismus' - vereinfacht - die Bereitschaft verstanden, sich freiwillig einem 'Stärkeren' bzw. einer nicht legitimierten Herrschaft zu unterwerfen.

Nicht jedes der genannten Elemente ist allen Spielarten des Rechtsextremismus eigen, doch finden sich zumindest mehrere der genannten Aspekte mehr oder minder ausgeprägt in fast allen rechtsextremistischen Bestrebungen wieder.

Aus einer **jugendsoziologischen Perspektive** hat der Bielefelder Soziologe Heitmeyer (1987) den Rechtsextremismus analysiert. Er definierte ihn als vornehmlich jugendliches *Protestsyndrom*, das sich durch das Zusammentreffen einer Ideologie der Ungleichheit von Menschen und durch Gewaltakzeptanz auszeichne. Durch diese einengende Sichtweise werden weitere Dimensionen des Begriffes allerdings nicht einbezogen. Dabei wird nicht verkannt, dass gewalttätiger Rechtsextremismus tatsächlich in erster Linie ein Problem (männlicher) Jugendlicher ist. Aber die anderen Ebenen des Phänomens wie beispielsweise Parteien, Einstellungen oder Wahlverhalten werden hier ausgeblendet.

Abschließend sei eine **Rechtsextremismus-Definition** genannt, die viele soeben benannte Elemente beinhaltet und damit den folgenden Ausführungen zu Grunde liegen soll. Rechtsextremismus ist danach

*»... die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen« (Jaschke 2001; S. 30).*

## 2 Struktur der Szene in NRW

Mit den folgenden Ausführungen soll zunächst eine *Bestandsaufnahme* der rechtsextremistischen 'Szene' Nordrhein-Westfalens erfolgen<sup>4</sup>. Die Darstellung beschränkt sich dabei auf die zahlenmäßig bedeutsameren Organisationen und Szenen, das heißt auf die drei größeren rechtsextremistischen *Parteien* (REP, DVU und NPD) sowie auf die *Neonazi- und Skinhead-Szene*, die ca. 90 % des rechtsextremistischen Spektrums ausmachen. Die Entwicklung der Parteien und Szenen wird ebenso beleuchtet wie deren aktuelle Situation. Es schließt sich eine Beschreibung der intellektuellen Strömungen des Rechtsextremismus, der sog. Neuen Rechten sowie des Revisionismus, an.

In einem weiteren Teil erfolgt eine Analyse *sozialstruktureller Merkmale* von Mitgliedern des organisierten rechtsextremistischen Spektrums Nordrhein-Westfalens. Es schließt das Thema Öffentlichkeitsarbeit von Rechtsextremisten an, die sowohl neue als auch alte *Medien* für ihre Propaganda - und natürlich zum Informationsaustausch untereinander - nutzen. Auch die Freizeitinteressen vor allem junger Leute werden bedient. Eminent wichtig ist hier die Musikszene.

Abschließend werden rechtsextremistische *Gewalt- und Bedrohungspotenziale* näher betrachtet. Hierzu gehören auch entsprechende statistische Angaben für Nordrhein-Westfalen und eine gesonderte Darstellung zum Problembereich des Antisemitismus.

### 2.1 Organisationsstrukturen des Rechtsextremismus

*Insgesamt* konnten im Jahr 2000 knapp 5.500 Personen dem rechtsextremistischen Spektrum Nordrhein-Westfalens zugeordnet werden. Nicht alle Organisationen - insbesondere nicht Neonazis und rechtsextremistischen Skinheadgruppen - sind mitgliederschäftlich organisiert und verfügen über ein formelles Aufnahmeverfahren wie bei den Parteien. In der Gesamtzahl sind daher auch diejenigen 'Personen' enthalten, die ohne formelle Beitrittserklärung fest in der Szene verankert sind.

Organisationen/Gruppierungen	2000	1999
Deutsche Volksunion (DVU) (einschl. DVU e.V. und Aktionsgemeinschaften)	2.100	2.100
Die Republikaner (REP)	1.450	1.500
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	850	780
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	40	80
Junge Nationaldemokraten (JN)	60	40
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG)	90	70
Neonazis	220	180
militante Rechtsextremisten (einschl. Skinheads)	720	680
Sonstige	360	300
Doppelmitgliedschaften	-420	-470
<b>Summe</b>	<b>5.470</b>	<b>5.260</b>

## 2.1.1 Rechtsextremistische Parteien

Der in Parteien organisierte Rechtsextremismus ist vor allem ein Phänomen Westdeutschlands - allerdings mit bedeutsamen Ausnahmen. Beispielsweise liegt die bundesweite Mitgliederhochburg der NPD in Sachsen. Zudem verfügt die DVU in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg über Landtagsfraktionen. Hiervon abgesehen ist aber die Organisationsstärke der DVU - und auch der »Republikaner« - in Ostdeutschland erheblich geringer als in Westdeutschland. Im Osten der Bundesrepublik ist das rechtsextremistische *Einstellungspotenzial* der Bevölkerung zwar höher (vgl. z.B. Stöss 2000), die rechtsextremistische Szene ist aber anders organisiert: Sog. »Freie Kameradschaften« bilden hier Sammelbecken für Anhänger rechten Gedankengutes. Aber auch in den alten Bundesländern gibt es zahlreiche Kameradschaften (vgl. 2.1.2).

### 2.1.1.1 Die Republikaner (REP)

#### Entstehung der Partei

Die REP wurden im November **1983** unter maßgeblicher Beteiligung von zwei ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten (Franz *Handlos* und Ekkehard *Voigt*) und des Journalisten Franz *Schönhuber* in München gegründet. Eine bedeutende Rolle spielte hierbei die Unzufriedenheit mit der aktiven Rolle des damaligen CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß bei der Vergabe der sog. 'Milliardenkredite' an die DDR. Die Partei »Die Republikaner« konnte in ihren Ursprüngen durchaus als CSU-Absplitterung bezeichnet werden. Die Gründung des **NRW-Landesverbandes** erfolgte im Jahr **1984**, Sitz ist Senden bei Münster.

## Bedeutung bei Wahlen

### Bundesebene

Die ersten spektakulären Wahlerfolge gelangen den REP im Jahre **1989**. Im Januar 1989 zogen sie mit 7,5 % der Stimmen ins Berliner Abgeordnetenhaus und im Juni mit 7,1 % in das Europaparlament ein.

Nach den spektakulären Wahlerfolgen im Jahre 1989 blieben größere Wahlerfolge zunächst aus. Hierbei spielte die Deutsche Wiedervereinigung 1990 eine nicht zu unterschätzende Rolle, die andere politische Themen vorübergehend in den Hintergrund drängte. Erst **1992** gelang den REP bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 10,9 % wieder ein größerer Erfolg. Nachdem der Bundestag 1993 den sog. »Asylkompromiss« verabschiedet hatte, verlor auch ein von der Partei damals bevorzugtes Agitationsfeld an Bedeutung.

In der Folgezeit gelang der Partei - mit einer Ausnahme - bei keiner Landtags-, Bundestags- oder Europawahl, die 5 %-Hürde zu überspringen. Die Ausnahme stellt die Landtagswahl in Baden-Württemberg im Jahre **1996** dar. Dort gelang ihnen mit 9,1 % der Wiedereinzug in den Landtag. Daher war das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg im März **2001** für die REP eine herbe Niederlage: Sie verpassten mit nur 4,4 % der Wählerstimmen den Wiedereinzug in den Landtag und verloren damit ihre einzige noch bestehende Landtagsfraktion.

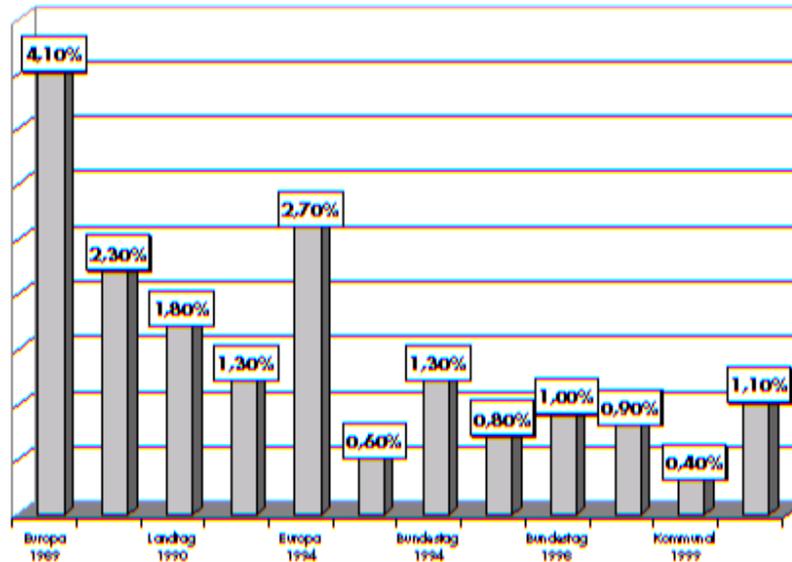
Die katastrophalen Wahlpleiten der REP setzten sich fort: Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 9. September 2001 konnten die REP nur noch sieben Kommunalwahlmandate (1996: 30) erringen. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. September 2001 brachte jedoch eine noch herbere Niederlage für die REP. Sie konnten nur noch 0,1 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Generell kann man für die Wahlerfolge der REP ein **Süd-Nord-Gefälle** feststellen: Sie erzielten bisher ihre besten Ergebnisse überwiegend in Süddeutschland, während sie im Norden Deutschlands zumeist schwächer abschnitten.

### NRW

In NRW konnten die REP ebenfalls Aufsehen erregende Erfolge bei der **Kommunalwahl 1989** erzielen. Sie zogen in zahlreiche Kommunalvertretungen ein (u. a. Köln 7,4 %, Düsseldorf 6,2 %, Dortmund 6,3 %, Gelsenkirchen 7,4 %) und gewannen insgesamt 75 Mandate in Gemeinderäten und Kreistagen sowie 44 Mandate in Bezirksvertretungen. Schwerpunktthema ihrer damaligen Agitation waren die Themen 'Ausländer' und 'Asyl'. Nach 1989 blieben die Wahlerfolge stets relativ bescheiden, wie auch die folgende Darstellung verdeutlicht:

## Wahlergebnisse der REP in Nordrhein-Westfalen



Wie an dem Diagramm abzulesen ist, erzielten die REP bei der **Kommunalwahl** in NRW **1999** zwar nur 0,4 Prozent der Stimmen. Dennoch zogen sie auf Grund des Wegfalls der 5 %-Hürde fast überall dort in die Räte ein, wo sie kandidiert hatten. Sie konnten allerdings - trotz günstiger Wahlaussichten - nicht überall zur Wahl antreten, da die organisatorischen Bedingungen dies nicht zuließen (z.B. Kandidatenmangel). Insgesamt erzielten die REP immerhin 33 kommunale Mandate in Räten, Kreistagen oder Bezirksvertretungen - und damit erheblich mehr als DVU und NPD.

Die REP waren von den rechtsextremistischen Parteien auch die einzigen, die an der **Landtagswahl** in NRW am **14. Mai 2000** nahezu flächendeckend - in 132 von insgesamt 151 Wahlkreisen - teilnahmen. Sie erzielten 1,1% der Stimmen, was im Vergleich zur Landtagswahl von 1995 eine Steigerung von 0,3 % bedeutete. Sie schafften damit knapp ihr Minimalziel, die 1%-Marke zu überspringen, um damit in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung<sup>9</sup> zu kommen.

Die Landtagswahl bestätigte den Trend der Kommunalwahl, wonach die REP ihre **regional** stärksten Ergebnisse in den Ruhrgebietsstädten erzielten, wogegen sie in den rheinischen Großstädten deutlich schwächer abschnitten. So liegen von 20 Wahlkreisen mit einem Stimmenanteil von mehr als 2 % allein 15 im Ruhrgebiet. Eine weitere Hochburg der REP ist der Märkische Kreis. Dort erzielte die Partei in drei Wahlkreisen mehr als 2 %. Unterdurchschnittlich schnitten die REP insbesondere in weiten Teilen des Rheinlandes, des Münsterlandes und am Niederrhein ab.

Der REP-Landesverband beabsichtigt bei den **kommenden Wahlen** in NRW anzutreten. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 dürften die Schwerpunkte der Wahlkämpfe vor allem auf den Themen Innere Sicherheit/Kriminalität und Islamismus liegen. Weitere Wahlkampfthemen könnten wie schon in der Vergangenheit Überfremdung/Zuzug von Ausländern, der angebliche Machtmissbrauch der sog. Altparteien, EU-Reformen/EU-Erweiterung und Sozialpolitik sein.

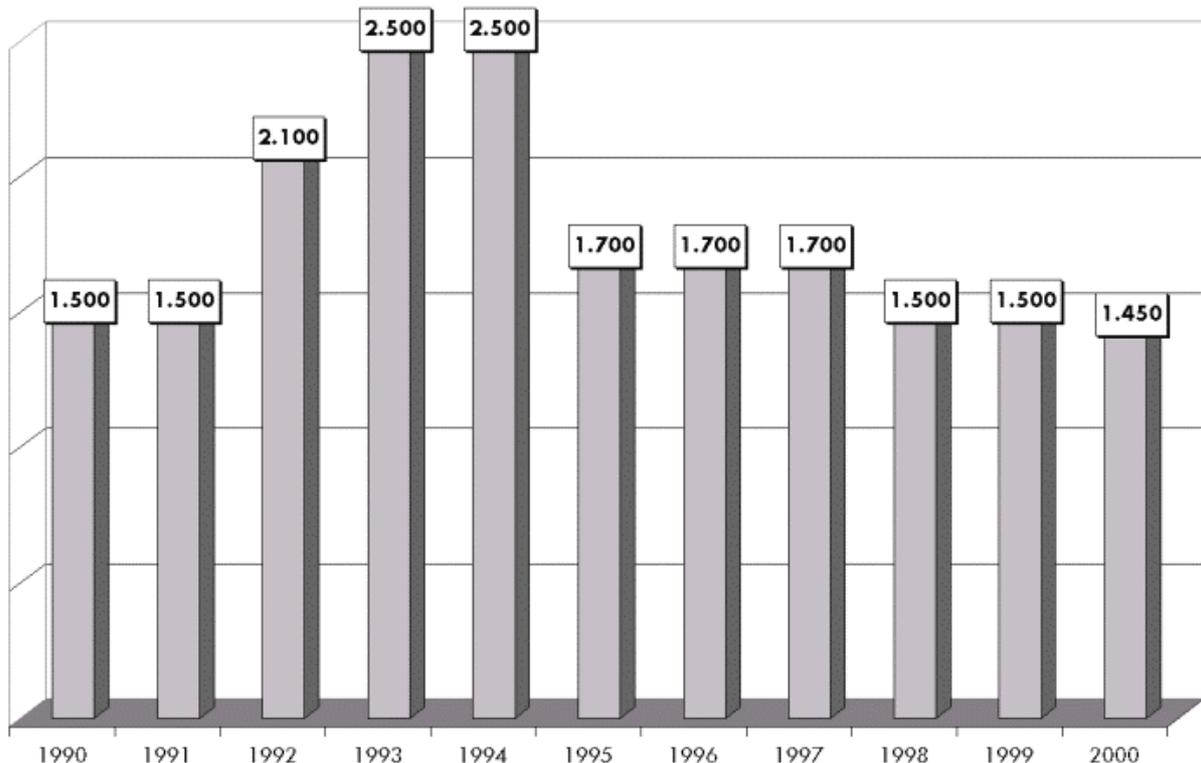
### Mitgliederzahlen

Die anfänglichen Wahlerfolge gingen einher mit einem deutlichen Anstieg der Mitgliederzahlen bei den REP. Lag die Mitgliederzahl 1988 **bundesweit** noch bei ca. 5.000, schnellte sie 1989 auf über 10.000 und näherte sich sogar der 15.000-Marke. Bis 1992 erhöhte sich die Mitgliederzahl weiter auf 18.000 und 1993 sogar auf die seither nicht mehr erreichte Höchstmarke von 23.000. Seitdem verringert sich die Mitgliederzahl kontinuierlich bis auf 13.000 im Jahre 2000.

Ähnlich verlief die Mitgliederentwicklung **in NRW**. Betrug die Mitgliederzahl 1991 1.500 und steigerte sie

sich bis 1993 auf 2.500, so nahm sie seitdem kontinuierlich bis auf ca. 1.450 im Jahre 2000 ab. Das folgende Diagramm verdeutlicht diese Entwicklung:

**Mitglieder der REP in Nordrhein-Westfalen**



### Politische Strategie und Themen

Auch wenn in den offiziellen Parteiverlautbarungen nach wie vor deutliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Tendenzen erkennbar sind: Die REP versuchen, ihre extremistische Grundhaltung nicht zu offensichtlich werden zu lassen. Während noch Anfang der 90er Jahre der damalige Landesvorsitzende Uwe Goller den Auftrag erteilte, eine Schutz- und Ordnertruppe der Partei zu bilden, und der Vorsitzende des Bezirks Niederrhein das Demokratieprinzip mit der Äußerung »Der Gedanke, das ganze Volk über das allgemeine Wahlrecht am politischen System zu beteiligen, wird wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten« in Frage stellte, werden derartige Äußerungen in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit vermieden. An der Parteibasis sind sie nach wie vor an der Tagesordnung.

Auch angesichts verschiedener Gerichtsverfahren, die u.a. die Beobachtung der REP durch den Verfassungsschutz zum Gegenstand hatten, und dem laufenden NPD-Verbotsverfahren sind sowohl der REP-Bundesverband als auch der NRW-Landesverband in ihrer politischen Agitation **um zurückhaltende Formulierungen bemüht**. Der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer versucht, der Partei ein 'sauberes Image' zu verschaffen. Gleichwohl gibt es weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen z.B. in Gestalt einer kontinuierlichen Agitation gegen Ausländer. Dies veranschaulichen die folgenden Beispiele aus dem REP-Organ »Der Republikaner«, Ausgabe 5/2000:

- ❑ »Die Schleusen werden geöffnet. Die nächste Massenzuwanderungswelle kommt bestimmt.«
- ❑ »Um das Jahr 2030 herum werden z.B. in Frankfurt am Main etwa 60 Prozent, in Stuttgart und München etwa 50 Prozent der Bevölkerung Ausländer sein !«
- ❑ »'Sinti- und Roma-Sumpf' in Offenbach austrocknen!«

In einem Faltblatt des REP-Kreisverbandes Düsseldorf heißt es:

*»Von den 18-24jährigen Sozialhilfeempfängern sind 65% Ausländer ! Deshalb fordern wir*

*REPUBLIKANER die sofortige Ausweisung der Schmarotzer, die es sich hier angenehm eingerichtet haben.«*

Auch die verbale Diffamierung der Bundestagsparteien ist im »Republikaner« weiterhin an der Tagesordnung.

*»Die beiden Parteien (Anm.: gemeint sind SPD und CDU) sind korrupt bis in die Haarspitzen. ... Die moralisierenden Spitzenpolitiker haben sich den Staat als Beute genommen. ... Unverschämt wird es, wenn dieser schwarz-rote Raubritterverein der Bevölkerung erklärt, wir Republikaner seien eine Gefahr.« (Ausgabe 1-2/2000)*

Die Nicht-Anerkennung des demokratischen Gefüges der Bundesrepublik ist ein weiterer deutlicher Hinweis auf die rechtsextremistische Grundhaltung der REP. Auch antisemitische Äußerungen bestätigen dies. Nicht zuletzt werden auch weiterhin Kontakte, Absprachen bzw. die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien beobachtet.

### **Besonderheiten und interne Entwicklung**

Von Beginn an kam es bei den REP zu ungewöhnlich heftigen **Macht- und Richtungskämpfen**. Während das Gründungsmitglied *Handlos* mehr auf Wähler und Wählerinnen aus dem rechtskonservativen Spektrum von CDU/CSU und zum Teil auch der F.D.P. abzielte, wollte der Flügel um *Schönhuber* eher eine rechte Sammlungspartei unter Einschluss von Rechtsextremisten schaffen. 1985 wurde der Machtkampf zu Gunsten Franz Schönhubers entschieden. In der Folgezeit radikalisierten sich die REP und es verdichteten sich Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Seit 1989 werden die REP vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz planmäßig beobachtet.

Gegen die **Beobachtung durch den NRW-Verfassungsschutz** (einschließlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel) und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht NRW hat der REP-Landesverband erfolglos geklagt. Das Oberverwaltungsgericht Münster führte während des Verfahrens u. a. aus, bei den REP ergebe sich das Bild einer »nicht nur bei einem einzelnen Ortsverband sondern weite Teile der Partei kennzeichnenden fremdenfeindlichen Ausrichtung und Haltung, die pauschal und diffamierend Ausländer etwa für den Verlust der deutschen Identität, für Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnungsnot und steigende Sozialkosten verantwortlich« mache. Es sah auch gewichtige Anhaltspunkte für den konkreten Verdacht, dass die REP mit anderen rechtsextremen Gruppierungen im In- und Ausland zusammen gewirkt und Kontakte unterhalten hatten.

Der **seit 1993** (Jahr des sog. »Asylkompromisses«) anhaltende Verlust an Wählerstimmen hat u. a. seinen Grund in den stetigen und heftigen innerparteilichen Macht- und Richtungskämpfen. Ständiges Konfliktfeld war und ist hierbei das Verhältnis zu den anderen rechtsextremistischen Parteien (NPD und insbesondere DVU). Beispielhaft für die Auseinandersetzung ist die Entmachtung des damaligen Bundesvorsitzenden Schönhuber im Jahre 1994. Er hatte sich noch 1990 gegen innerparteiliche Opponenten durchgesetzt, die eine engere Kooperation mit NPD und DVU befürworteten, und einen entsprechenden Unvereinbarkeitsbeschluss herbeigeführt. Nachdem sich Schönhuber aber nach zahlreichen Wahlniederlagen 1994 mit dem DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey auf eine Kooperation verständigt hatte, wurde er in einem innerparteilichen Machtkampf gestürzt. Seitdem ist *Dr. Rolf Schlierer* **Bundesvorsitzender**. Schlierer selbst traf allerdings 1998 eine Absprache mit Frey, die darauf zielte, auf Konkurrenzkandidaturen zu verzichten.

Auch **in NRW** kam es zu Macht- und Flügelkämpfen. 1998 trat beispielsweise der zuvor seines Amtes enthobene stellvertretende Landesvorsitzende Reinhard *Wnendt* aus der Partei aus. Er hatte sich wiederholt für eine Aufhebung der Abgrenzungsbeschlüsse zu anderen rechtsextremen Organisationen ausgesprochen. Im Oktober 1999 wurde die damalige **Landesvorsitzende** Ursula *Winkelsett* in einer Kampfabstimmung abgewählt und durch Burghard *Schmanck* ersetzt. Nach innerparteilichen Intrigen gab er aber nach kurzer Zeit auf und trat Ende 1999 aus der Partei aus. Die Nachfolge trat wiederum Winkelsett an, die dem Landesverband NRW bis heute vorsteht. Sie gilt innerparteilich als 'treue Gefolgsfrau' des Bundesvorsitzenden Schlierer.

Auch im Jahr **2000** wurde die innerparteiliche Situation der REP in NRW von Spannungen und Flügelkämpfen beherrscht. Diese wurden allerdings nicht mehr so offen wie in den Jahren zuvor ausgetragen. Dass diese aber nach wie vor bestehen, wurde auf dem Landesparteitag der REP im Mai 2000 deutlich. Die Landesvorsitzende Winkelseth erhielt lediglich knapp zwei Drittel der Stimmen, obwohl es keine Gegenkandidatur gab.

Der REP-**Landesparteitag** im September **2001** hat die derzeit unangefochtene Position der Landesvorsitzenden bestätigt. Für die Parteiführung muss die Teilnehmerzahl von gerade einmal 105 stimmberechtigten Mitgliedern (Vorjahr: 161) aber enttäuschend gewesen sein (bei den REP werden die Parteitage in Form offener Mitgliederversammlungen abgehalten, nicht auf Basis gewählter Delegierter). Auch der Verlauf des Parteitages spiegelte den derzeit lethargischen Zustand des Landesverbandes NRW wider: Während es bei früheren Parteitagen teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen kam, verlief dieser Parteitag fast ohne Diskussionen und die Wahlergebnisse tendierten nahezu gegen 100%. Dies wird vermutlich weniger ein Zeichen für große Übereinstimmung, sondern vielmehr eines für die Resignation vieler Mitglieder sein.

Ein für Oktober 2001 in Mainz geplanter **Bundesparteitag** der REP wurde abgesagt. Dies wurde mit dem »*unvorhersehbaren Wahlkampf in Berlin*« begründet, der alle personellen und finanziellen Kräfte der Partei in Anspruch nehme. Auch die Hamburger Wahlkämpfer forderten Helfer/innen aus anderen Bundesländern an. Die Wahl in Hamburg mit nur 574 Stimmen (= 0,1%) wurde trotzdem zum Debakel für die REP. Obwohl es derzeit noch ca. 13.000 Parteimitglieder bundesweit gibt, ist es der Partei scheinbar nicht möglich, ausreichend Mitglieder und Anhänger für ihre Wahlkämpfe zu mobilisieren.

Die genannten Wahlniederlagen sowie daraus resultierende innerparteiliche Querelen prägen weiterhin die Situation der REP. Zwar hat das Bundespräsidium nach dem Misserfolg von Baden-Württemberg dem Bundesvorsitzenden Dr. Schlierer einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Ein erheblicher Teil der Funktionäre und Mitglieder ist jedoch mit seinem Versuch, der Partei ein besseres Image zu verschaffen, unzufrieden, und sieht diesen - auch im Hinblick auf die letzten Wahlergebnisse - als gescheitert an. Zudem besteht vor allem an der Basis vielfach der Wunsch, enger mit den anderen rechtsextremistischen Parteien zu kooperieren.

Es fehlt der Partei jedoch an einer geeigneten Persönlichkeit, die einen anderen (härteren) Kurs vertreten könnte und zu einer Gegenkandidatur für den Parteivorsitz bereit wäre. Vermutlich werden sich daher weitere Funktionäre und Mitglieder, die in Opposition zum Bundesvorsitzenden (und damit auch zur Landesvorsitzenden in NRW) stehen, zurückziehen.

### **Sonstige Aktivitäten**

In der Vergangenheit war die Mobilisierungsfähigkeit der REP-Mitglieder in NRW zum Teil relativ hoch. So gelang es dem Landesverband beispielsweise, bei der Kommunalwahl 1994 insgesamt 845 Parteimitglieder als **Kandidaten** zu gewinnen - bei zu diesem Zeitpunkt 2.500 Mitgliedern des Landesverbandes. Eine solch hohe Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Anhänger besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht. So mussten beispielsweise zur letzten Kommunal- und Landtagswahl Wahlhelfer aus anderen Landesverbänden einspringen, da der Landesverband sich streckenweise außer Stande sah, den Wahlkampf aus eigener Kraft zu bestreiten.

Die Frage, wie viele Personen über die aktiven Mitglieder hinaus mobilisiert werden können, lässt sich nur sehr eingeschränkt beantworten. Der **nordrhein-westfälische Landesverband** der Partei hat in den letzten Jahren - mit Ausnahme von Wahlkampfveranstaltungen - **kaum öffentliche Veranstaltungen** durchgeführt.

Auch **außerhalb Nordrhein-Westfalens** gab es nur wenige von den REP organisierte Demonstrationen. Zu nennen wäre u.a. eine vom saarländischen Landesverband organisierte Demonstration im Mai 1998 in Saarbrücken gegen die Einführung des Euro und »Für ein Europa der Vaterländer«. Die französische »*Front National*« hatte ihre angekündigte Beteiligung kurzfristig zurückgezogen, Vertreter des belgischen »*Vlaams Blok*« nahmen jedoch teil. Von den ca. **400 Teilnehmenden** kamen etwa 150 bis 200 Mitglieder aus dem REP-Landesverband NRW, der zu diesem Zeitpunkt um die 1.500 Mitglieder

zählte.

Eine von der Jugendorganisation der REP (»Republikanische Jugend« - RJ) veranstaltete Demonstration gegen die sog. »Wehrmachtsausstellung« fand im Juni 1998 in Kassel statt. Es nahmen auch einige Personen aus NRW teil. Die Mehrzahl der **300 Demonstranten** setzte sich jedoch aus NPD-Anhängern und Neonazis zusammen.

Von diesen wenigen Ausnahmen abgesehen beschränken sich die REP auf zumeist parteiinterne Saalveranstaltungen (z.B. die jährliche zentrale Aschermittwochsveranstaltung in Bayern mit mehreren hundert Teilnehmern), Infostände usw.. Gäste und interessierte Besucher sind bei den Veranstaltungen der Partei eher die Ausnahme. Damit lässt sich feststellen, dass es den REP kaum gelingt, Personen außerhalb ihrer Mitgliedschaft zu mobilisieren.

### 2.1.1.2 Deutsche Volksunion (DVU)

#### Entstehung der Partei

Die Anfänge der DVU sind verbunden mit dem Protest gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung zu Beginn der 70er Jahre. 1971 gründete Dr. Gerhard Frey die DVU als **überparteiliche Bewegung** »gegen die verfassungswidrigen Ostverträge«. **1987** wurde dann entgegen der ursprünglichen Intention die DVU als **Wahlpartei** »Deutsche Volksunion - Liste D« gegründet. Die Umbenennung in »Deutsche Volksunion« erfolgte 1991. Ihr **Vorsitzender** ist Dr. Gerhard Frey. Der **Landesverband NRW** wurde im Februar **1989** gegründet. Sitz ist Hamm; den **Vorsitz** führt Hans-Dieter Wiegräfe.

#### Bedeutung bei Wahlen

##### Bundesebene

Die erste Wahlbeteiligung der DVU erfolgte in einem Bündnis mit der NPD bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft **1987**. Dort gelang auf Grund einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts bereits mit 3,4 % der Gewinn eines Mandats. 1991 konnte die DVU mit 6,2 % und 1999 mit 3,0 % erneut in die Bremer Bürgerschaft einziehen.

Der DVU gelangen 1992 in Schleswig-Holstein mit 6,2 %, 1998 in Sachsen-Anhalt mit spektakulären 12,9 % und 1999 in Brandenburg mit 5,3 % weitere Einzüge in Landesparlamente. Viele dieser Landtagsfraktionen zerfielen allerdings bald wieder bzw. wurden durch Austritte stark geschwächt.

Der materiell aufwändige **Wahlkampfstil** der DVU mit umfangreichen Plakatierungen und Postwurfsendungen an alle Haushalte lässt sich nur in bevölkerungsschwächeren Ländern finanziell bewerkstelligen. In den bevölkerungsstärksten Ländern wie NRW, Bayern, Baden-Württemberg ist die DVU daher bislang nicht zu Landtagswahlen angetreten. Soweit sie gleichwohl zu bundesweiten Wahlen (Bundestags- und Europawahlen) antrat, erlebte sie Wahldesaster (Europawahl 1989: 1,6 %, Bundestagswahl 1998: 1,2 %). Zuletzt bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft: Obwohl in den Wahlkampf erhebliche finanzielle Mittel investiert wurden, konnte die DVU nur 0,7 % der abgegebenen Stimmen erringen. Im Vergleich zur 1997er Wahl bedeutet dies ein Verlust von über 4,2 %.

Generell lässt sich bei den DVU-Wahlergebnissen ein **Nord-Süd-Gefälle** feststellen: Ihre besten Ergebnisse erzielte die DVU bisher in Nord- und Ostdeutschland, während sie in Süddeutschland bisher kaum bzw. ohne Erfolg kandidierte. Dies ergänzt in gewisser Weise das *Süd-Nord-Gefälle* der REP.

##### NRW

Die DVU erzielte bei der **Bundestagswahl 1998** im Landesdurchschnitt in NRW 0,9 % der Zweitstimmen und lag damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,2 %. Seit der **Kommunalwahl 1999** verfügt die DVU über 8 Mandate in Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen und ist damit die **zweitstärkste rechtsextremistische Partei in NRW**. Sie ist mit Ratsmandaten in den Räten der Städte Dortmund (2) und Stolberg (1) vertreten. Die übrigen 5 Mandate hält sie in Bezirksvertretungen der Stadt Dortmund. Die Aktivitäten der DVU in den Kommunalparlamenten erzielten allerdings kaum Öffentlichkeitswirkung.

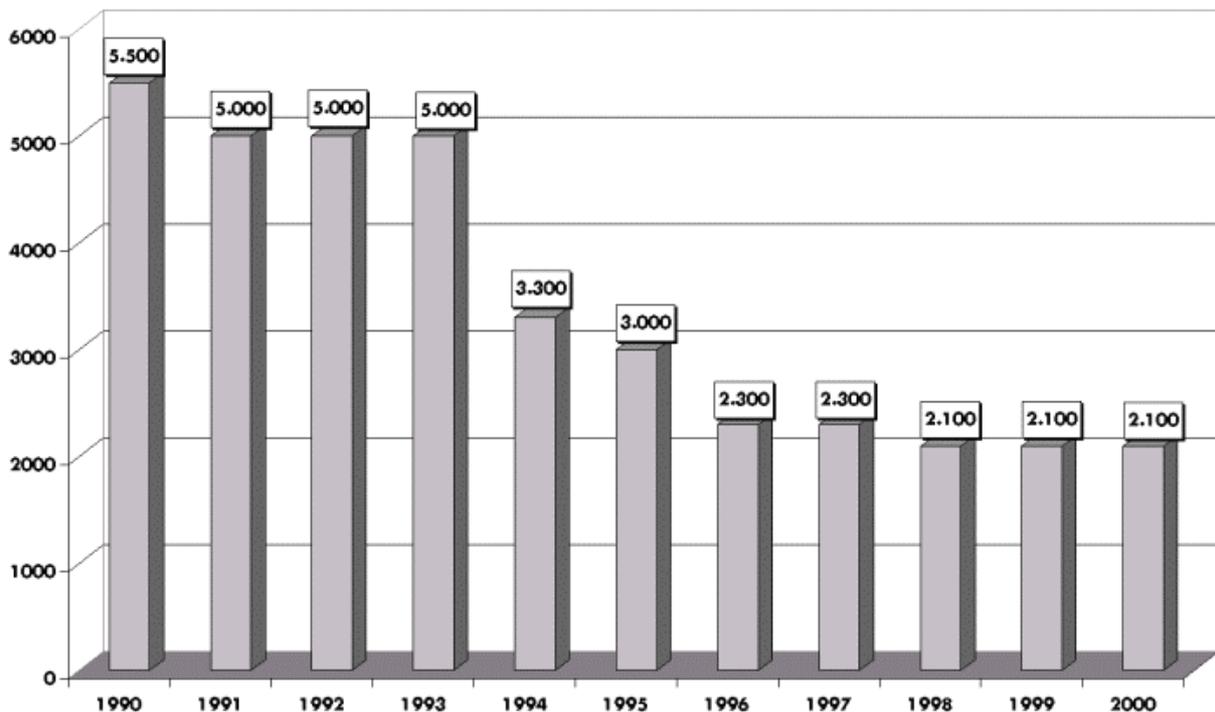
Die Partei beteiligte sich darüber hinaus weder an der Europawahl 1999 noch an der NRW-Landtagswahl

im Jahr 2000.

### Mitgliederzahlen

Ähnlich wie bei den REP hatte die DVU den Höhepunkt ihrer **Mitgliederentwicklung** in den Jahren 1992/1993. Seitdem geht die Mitgliederzahl tendenziell zurück, wenn auch nach dem Wahlerfolg 1998 in Sachsen-Anhalt ein kurzer Aufschwung in der Mitgliederentwicklung zu verzeichnen war. Dieser ebte jedoch nach einem Zerfallsprozess der sachsen-anhaltinischen DVU-Landtagsfraktion schnell wieder ab. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Mitgliederentwicklung:

### Mitglieder der DVU in Nordrhein-Westfalen



Hieraus ergibt sich, dass die DVU zur Zeit bundesweit und auf NRW bezogen die **mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation** ist. Dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass im Gegensatz zu REP und NPD ein lebhafteres Innenleben der Partei nicht existiert.

### Politische Strategie und Themen

Der Verfassungsschutz NRW berichtet seit Jahren kontinuierlich über die DVU. Zwar kann die rechtsextremistische Ausrichtung der Partei nicht ohne weiteres aus ihrem bewusst allgemein gehaltenen Parteiprogramm abgeleitet werden. Die Agitationsschwerpunkte der DVU haben sich seit ihrer Gründung jedoch kaum verändert. Nach wie vor findet eine stark nationalistische Propaganda statt, die vorzugsweise mit dem Ausländerthema verknüpft wird.

Tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen finden sich insbesondere in den tendenziell ausländerfeindlichen, revisionistischen und unterschwellig antisemitischen Beiträgen in der Wochenzeitung »National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)« des DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Häufig wird dabei mit suggestiven Schlagzeilen in Frageform gearbeitet, die die bei weiten Kreisen der Leserschaft bestehenden Ressentiments bedienen sollen. Hierzu einige Beispiele:

*Müssen wir kriminelle Ausländer dulden?*

*Zigeuner - Zustrom ohne Ende?*

*Übernehmen Ausländer Deutschland?*

*Türken-Republik in Deutschland?*

*Ersetzen Ausländer die Deutschen? Wie unser Volk beseitigt werden soll  
Braucht Deutschland jüdische Einwanderer?  
Wird Wiedergutmachung erpresst?*

Auch die DVU-**Wahlkampfzitate** der letzten Jahre veranschaulichen diese Grundhaltung:

*Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!  
Weniger Geld ins Ausland - mehr Geld für Deutschland!  
Scheinasylanten, illegale und kriminelle Ausländer raus!  
Zugangsstopp für Ausländer, die nur beim Sozialamt abkassieren wollen!  
Ausländerbegrenzung in Schulklassen und Kindergärten!  
Diesmal Protest wählen!*

Als Reaktion auf das laufende NPD-Verbotsverfahren wurden die Töne der DVU 'moderater', denn in den Medien wurde in diesem Zusammenhang auch ein zu prüfendes DVU-Verbot thematisiert. Der Bundesvorsitzende distanzierte sich in der Folge nicht nur von der Demonstrationspolitik der NPD, sondern bewertete das freiheitliche Staatswesen des Grundgesetzes - trotz allen vermeintlichen 'Missbrauchs durch die Herrschenden' - als die 'beste Ordnung'.

Die DVU grenzt sich auch von rechtsextremistischen Gewalttätern und Skinheads ab, wobei zu Letztgenannten ein formeller Unvereinbarkeitsbeschluss mit folgendem Inhalt existiert: »Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Gruppierungen der Skinheads.«

Im Gegensatz zu den Kräften, von denen sich die DVU öffentlich distanziert, zielt die Politik der DVU auf eine *legale* Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

### **Besonderheiten und interne Entwicklung**

Besonderheit der DVU ist die totale Abhängigkeit von Frey. Als ihr Kreditgeber und ihr **Bundesvorsitzender** übt er auf die Partei gleichermaßen unanfechtbare wirtschaftliche Macht und politischen Einfluss aus. Er bestimmt die Personal- und Sachpolitik. Dr. Gerhard Frey setzt Funktionäre nach seinen Vorstellungen ein und kontrolliert sie. Ein ehemaliger langjähriger Angestellter eines Verlages des Herrn Dr. Frey brachte es in einem Interview der »taz« (Ausgabe vom 08. Juni 1998) folgendermaßen auf den Punkt: »Ob für Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg oder Schleswig-Holstein: Der Wahlkampf wurde zentral in München organisiert ... Frey behandelt die Partei wie eine Untergliederung seines Unternehmens, eine personale Trennung von Verlag, sonstigen Geschäftsaktivitäten und Partei gibt es nicht. Er ist nicht nur der Vorsitzende der DVU, sondern ihr Besitzer.«

Dass Frey die DVU fest im Griff hat, wurde auch beim **Bundesparteitag** im Februar **2000** in München deutlich. Die rund 500 Delegierten bestätigten Frey mit 98,9 % der abgegebenen Stimmen in seiner Funktion als Bundesvorsitzender. Das Fehlen innerparteilicher Demokratie ist möglicherweise ein Grund dafür, warum Anhänger anderer rechtsextremistischer Organisationen den Wechsel zu dieser mitgliederstarken Partei nicht vornehmen.

Im September **2001** fand die alljährliche **Bundesmitgliederversammlung** der DVU in Passau statt. In den letzten Jahren konnten jeweils zwischen 2.000 bis 3.000 Teilnehmende gezählt werden, in diesem Jahr waren es lediglich 1.200 (Jahr 2000: 2.200). Bei einem **Landesparteitag** in Lage-Kachtenhausen (Ostwestfalen) ebenfalls im September 2001 trafen etwa 250 bis 300 DVU-Anhänger zusammen. Der Landesvorsitzende *Wiegräfe* wurde in seinem Amt bestätigt.

### **Sonstige Aktivitäten**

Bis auf DVU-Stammtische auf Kreisebene und gelegentliche Veranstaltungen mit dem Bundesvorsitzenden, auf denen er sich von seinen Anhängern feiern lässt, finden **kaum innerparteiliche Aktivitäten** statt. Die DVU wirbt für ihre wenigen Veranstaltungen auch ausschließlich im Mitglieder- und Abonnentenkreis. Die Veranstaltungen - ausgenommen die jährliche Mitgliederversammlung in Passau - finden von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt statt. Damit beschränkt sich der Teilnehmerkreis der meisten DVU-

Zusammenkünfte auf Mitglieder, deren Angehörige und wenige Gäste.

Die einzige überregionale Mitgliederversammlung in jüngerer Vergangenheit in **NRW** fand im Juni 2000 statt. Es nahmen ca. 400 Personen, auch aus den benachbarten Ländern, teil. Von der DVU initiierte Demonstrationen wurden in den letzten Jahren nicht bekannt.

### 2.1.1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

#### Entstehung der Partei

**1964** wurde auf Betreiben ihres späteren Vorsitzenden *Adolf von Thadden* die NPD in Hannover **gegründet**. Den Kern der neuen Partei bildeten Funktionäre der Deutschen Reichspartei (DRP), die sich hieraus folgend 1965 auflöste.

Der Bundesvorsitzende der NPD, deren Bundesgeschäftsstelle in Berlin ist, heißt *Udo Voigt*. Sitz des **NRW**-Landesverbandes ist Bochum-Wattenscheid, den Vorsitz führt hier *Udo Holtmann*.

#### Bedeutung bei Wahlen

##### Bundesebene

Mitgliederentwicklung und Erfolge der NPD führten bei Wahlen vorübergehend zu einer Konzentration des Rechtsextremismus auf die NPD, die zeitweise die einzig bedeutsame rechtsextremistische Organisation darstellte. Es gelang der NPD **zwischen 1966 und 1968**, insgesamt 61 Mandate in sieben Landesparlamenten - Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein - zu erringen. In **Baden-Württemberg** erreichte sie bei der Landtagswahlen 1968 **9,8 %** der Stimmen.

Das Jahr **1969** wurde zum 'Schicksalsjahr' für die NPD. Ihr Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 (4,3 % Stimmenanteil) leitete den Niedergang ein. Im Jahre **1972** verlor die Partei ihre letzten Landtagssitze. Bei den folgenden Wahlen lag der Stimmenanteil der NPD - soweit die Partei überhaupt zur Wahl antrat - unter 1 %.

Als Wahlpartei ist die NPD damit nahezu bedeutungslos geworden. Sie lag bei der **Bundestagswahl 1998** bundes- und landesweit mit weitem Abstand hinter den REP und der DVU. Und um ein aktuelles Beispiel für die Bedeutungslosigkeit der NPD als Wahlpartei anzuführen: Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im September 2001 konnte sie lediglich 368 Stimmen auf sich vereinigen.

##### NRW

Das NRW-Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 1998 lag mit **0,1 %** deutlich unter dem bundesweiten Ergebnis von 0,3 %. Bei der **Europawahl 1999** erreichte sie 0,3 % der Stimmen.

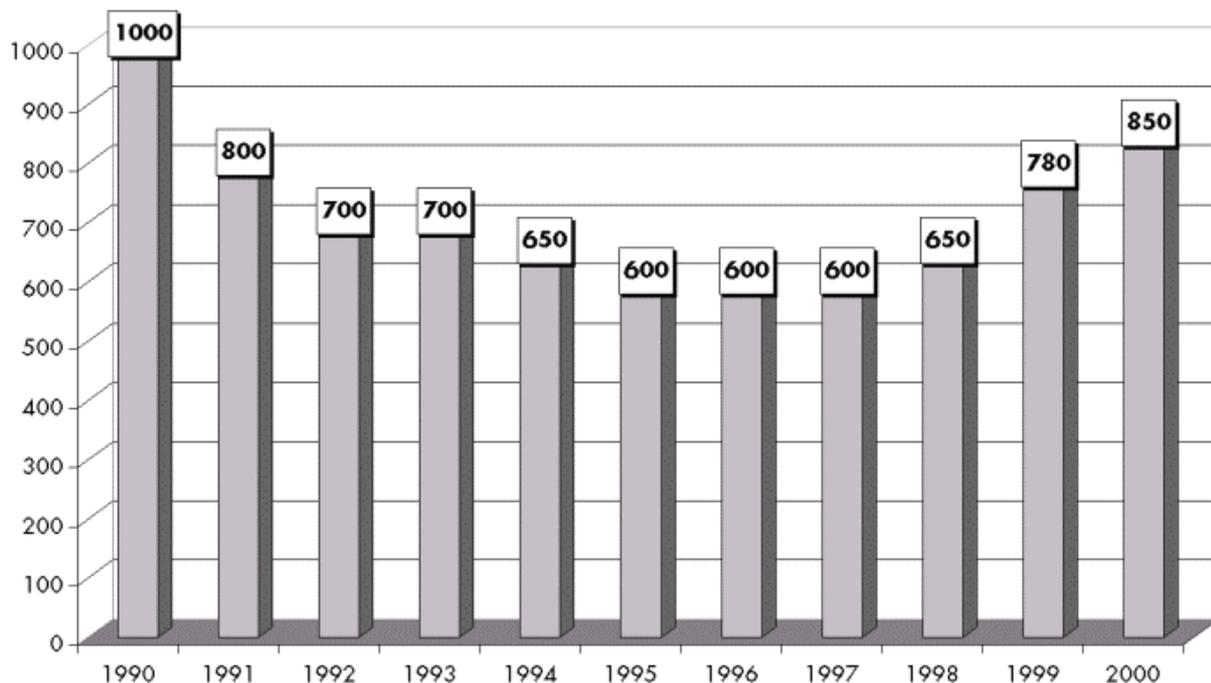
Auf Grund des Wegfalls der 5 %-Sperrklausel konnte die NPD bei der **Kommunalwahl 1999** in NRW drei Ratsmandate (Ennepe-Ruhr-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis und in Schwelm) erringen. Zu der **NRW-Landtagswahl 2000** trat die NPD nur in 11 von 151 Wahlkreisen an. Ihr Stimmenanteil in den einzelnen Wahlkreisen lag zwischen 0,3 und 0,6 %.

#### Mitgliederzahlen

Ähnlich wie die Wählerschaft reagierten auch die Mitglieder der Partei auf das Abschneiden bei der Bundestagswahl 1969: Hatte die NPD in ihrer Hochphase ca. 28.000 Mitglieder, so sank ihre Mitgliederzahl im Jahre **1972** auf ca. 14.000 und bis **1982** auf ca. 6.000. Nach einem zwischenzeitlichen Konsolidierungsprozess der Partei zwischen 1982 und 1990 sanken die Mitgliederzahlen bis **1996** auf den absoluten Tiefstand von etwa 3.500 bundesweit (NRW ca. 600).

Zwar ist die NPD als Wahlpartei aktuell nicht von Bedeutung. Seit 1996 - das Jahr der Wahl *Udo Voigts* zum Bundesvorsitzenden - spiegelt jedoch die stetig ansteigende **Mitgliederzahl** den Aufwärtstrend der NPD wider. Dieser Trend setzt sich aber nicht mehr fort, die Zahl der NPD-Mitglieder ist in 2001 wieder rückläufig. Die Zahlen im Einzelnen:

### Mitglieder der NPD in Nordrhein-Westfalen



Mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen war im Übrigen auch eine deutliche **Verjüngung** der ehemals als »Altherren-Partei« bezeichneten NPD festzustellen. Über die Hälfte der Mitglieder sind 40 Jahre und jünger (vgl. 2.2.1).

#### Politische Strategie und Themen

Unter dem Vorsitz von Martin *Mußgnug* erfolgte ab **1982** eine politisch-programmatische Erneuerung. Die NPD konzentrierte sich darauf, den »populären Gedanken der Systemüberwindung aufzugreifen und antikapitalistische Thesen mit der Frage nach nationaler Souveränität zu verbinden« (Zitat aus einer Publikation der NPD zum 35-jährigen Bestehen der NPD bzw. 30-jährigen Bestehen der JN). Für die politische Praxis bedeutete dies, dass neben die Ablehnung einer angeblichen Vormundschaft durch die UdSSR und die USA vor allem die Propagierung nationalistischer und fremdenfeindlicher Thesen trat. In der Folgezeit konnte die NPD leichte Mitgliederzuwächse und Stimmengewinne bei Wahlen erzielen.

Die Zeit Günter *Deckerts* als NPD-Parteivorsitzender (bis 1995) war geprägt durch **antisemitische Agitation** verbunden mit einer **Relativierung der NS-Verbrechen**. So hatte Deckert beispielsweise im November 1991 in Weinheim (Baden-Württemberg) eine Revisionismus-Tagung veranstaltet und dabei einen Vortrag des US-Amerikaners Fred Leuchter übersetzt und zustimmend kommentiert, in dem dieser den Massenmord an Juden in den Gaskammern der Konzentrationslager leugnete.

Mit dem Führungswechsel an der NPD-Spitze im Jahre 1996 - zum neuen Vorsitzenden war Udo *Voigt* gewählt worden - wurde die revisionistische Agitation der Partei etwas zurückgenommen. Dagegen wurde in der Folgezeit die Bereitschaft zur **Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppierungen** immer größer. Teilweise haben diese dadurch auch ihre politische Heimat in der NPD gefunden.

Unter der neuen Führung konnte die NPD eine bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung verzeichnen: steigende Mitgliederzahlen, konsolidierte Finanzen und ein deutlicher Reputationsgewinn der Partei im rechtsextremistischen Lager durch eine themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis. Der zuletzt genannte strategische Ansatz in Kombination mit der Fortführung des traditionellen Kurses der NPD als Wahlpartei ist die **Doppelstrategie**, mit der der Bundesvorsitzende ein wichtiges Ziel erreichen möchte: die Meinungsführerschaft im 'rechten Lager'.

Die Strategie der NPD ist dabei stark auf **öffentlichkeitswirksame Aufmärsche und**

**Veranstaltungen** angelegt. Die NPD verfolgt dabei ein sog. »**Drei-Säulen-Konzept**«: Neben dem ideologischen 'Kampf um die Köpfe' zählen dazu der 'Kampf um die Straße' - im Sinne einer außerparlamentarische Opposition - und der 'Kampf um die Parlamente'. Dies wird durch die parallele Teilnahme der Partei an den meisten Wahlen auf Bundes- und Landesebene und an einer Vielzahl von Aufzügen und Kundgebungen in den letzten Jahren deutlich.

Bis zum Einsetzen der Verbotsdiskussion kooperierte die Partei immer offener mit Neonazis, Skinheads und sog. Kameradschaften (vgl. 2.1.2). So äußerte sich der Parteivorsitzende Voigt in dem Parteiorgan »*Deutsche Stimme*« Nr. 7/2000 wie folgt:

*»Die Kameradschaften sind in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil des sogenannten nationalen Widerstandes geworden. Es sollte den Gruppen allerdings auch daran gelegen sein, größere politische Wirksamkeit zu entfalten. Dazu braucht es die Konzentration aller vorhandenen nationalen Kräfte mit revolutionärem Geist auf eine nationale Wahlpartei. Ich habe allerdings auch Verständnis dafür, wenn sich nicht alle in einer Partei organisieren wollen. Handeln sollte man dann allerdings nach der Parole 'Getrennt marschieren, vereint schlagen!'. Die NPD war unter meiner Führung stets Ansprechpartner für die sogenannten Freien.«*

Die NPD setzte ihre aktionistische Strategie mit Demonstrationen und Kundgebungen im Jahr **2001** fort. Hinsichtlich ihrer Bündnisstrategie mit neonazistischen Gruppierungen zeigt sich eine ambivalente Situation. War der schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert noch seines Amtes enthoben worden<sup>5</sup>, weil er bei der zentralen 1. Mai-Demonstration der Neonazis in Frankfurt/Main als Redner aufgetreten war, zeigten sich NPD und Neonazi-Szene in der Folgezeit wieder häufig gemeinsam auf Demonstrationen.

### **Besonderheiten und interne Entwicklung**

Die Krise der NPD, die 1969 eingesetzt hatte, hielt bis Anfang der 80er Jahre an. Erst mit dem 16. **Bundesparteitag 1982** gelang es der NPD unter ihrem damaligen Vorsitzenden Martin Mußgnug, die Talfahrt zu stoppen. Dieser Konsolidierungsprozess fand 1990 allerdings sein Ende. Bei nur seltenen Wahlbeteiligungen ergaben sich Ergebnisse unter 0,5 % Stimmenanteil. Auch parteiinterne Auseinandersetzungen brachten die NPD in eine existenzbedrohende Situation. Dazu gehörte insbesondere die Diskussion um den **Parteivorsitzenden** Günter Deckert, der 1995 bis 2000 wegen diverser rechtsextremistisch motivierter Straftaten (Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass) eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüßte. Er wurde im September **1995** schließlich vom Präsidium der NPD abgesetzt. Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im März **1996** unterlag Deckert dem zum neuen Vorsitzenden gewählten Udo Voigt.

In **NRW** wurde der bisherige Landesvorsitzende Udo Holtmann auf dem NPD-Landesparteitag im September **2001** in Essen in seinem Amt bestätigt. Der Landesverband NRW hat sich außerdem offen zu der Zusammenarbeit mit Neonazis bekannt.

### **Die Haltung der NPD im Parteiverbotsverfahren**

Die NPD, die in ihrer offenen Systemfeindlichkeit als **aggressivste der rechtsextremistischen Parteien** bezeichnet werden kann, hält weiter an ihrem Bestreben fest, die Führungsrolle im rechtsextremistischen Lager einzunehmen. Um die unterschiedlichen Strömungen der rechtsextremistischen Szene zu bündeln, hatte die Zusammenarbeit mit Neonazis und der 'Kampf um die Straße' bis zum Beginn der NPD-Verbotsdiskussion Priorität.

Die NPD schien anfangs die Ernsthaftigkeit der Verbotsdiskussion zu unterschätzen. Sie reagierte forsch und auftrumpfend, änderte jedoch bald ihre Taktik. Ein kurzzeitiger **Verzicht auf Demonstrationen** und gelegentliche Äußerungen von Spitzenfunktionären, die eine **Distanzierung von neonazistischen Gruppierungen** enthielten, waren wohl eher taktisch motiviert - gerade vor dem Hintergrund der gegensätzlichen Positionierung des Bundesvorsitzenden in der Vergangenheit. Der neue Kurs der NPD führte zu teils heftig ablehnenden Reaktionen der Neonazi-Szene. In der Folgezeit führte diese eigene

Demonstrationen ohne Unterstützung der NPD durch. Auch wenn die NPD-Parteiführung einen endgültigen Bruch mit der Neonazi-Szene zu vermeiden sucht, bahnt sich hier doch ein tiefgreifender Konflikt an. Der vorsichtiger Kurs der NPD führte außerdem zu Spannungen mit einer innerparteilichen, stark neonazistisch ausgerichteten Opposition - der sog. »*Revolutionären Plattform*« (RPF).

Letztlich dürfte die NPD im Hinblick auf das Verbotsverfahren einerseits versuchen, die Aggressivität ihrer Agitation und Propaganda zu mäßigen, andererseits will sie durch zu 'milde' Töne aber auch ihre Anhängerschaft nicht verprellen. Ähnliches gilt für ihre aktionistische Strategie mit öffentlichen Aufmärschen und Kundgebungen: Ein zu aggressives Auftreten kann ihre Prozessaussichten weiter mindern, ein zu starkes Zurücknehmen von Aktivitäten würden ihr vermutlich insbesondere Teile der jüngeren - häufig stark neonazistisch orientierten - Parteibasis übel nehmen. Maßgeblich verursacht durch das NPD-Verbotsverfahren steht die Partei also in mehrerer Hinsicht **vor einem schwierigen Spagat**.

### Sonstige Aktivitäten

Die NPD ist die einzige rechtsextremistische Organisation, der es in größerem Umfang gelingt, Personen *außerhalb* ihrer Mitgliedschaft anzusprechen und zu mobilisieren. Dies ist auf ihre seit 1996 eingeschlagene Strategie zurückzuführen, die auf Aktionismus und öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und Kundgebungen abzielt. So gelang es ihr seit 1997 mehrmals, zu zentralen Kundgebungen und Veranstaltungen mehrere Tausend Menschen zu mobilisieren (z.B. bei Großkundgebungen am 01. Mai 1998 in Leipzig (ca. 4.000 - 5.000 Teilnehmende), am 19. September 1998 in Rostock (ca. 3.000) und zwei große Saalveranstaltungen in Passau am 07. Februar 1998 und am 27. Mai 2000 (4.000 - 5.000)).

In **NRW** fanden im Vergleich zu anderen Ländern - insbesondere zu den neuen Ländern - nur wenige von der NPD angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen statt. Insgesamt gab es acht Veranstaltungen, im Folgenden sind die vier größeren aufgeführt:

- 24.10.1998 Demonstration in **Bonn** gegen die sog. »Wehrmachtsausstellung« mit **950** Teilnehmern (größte von der NPD in NRW organisierte Demonstration der letzten 5 Jahre).
- 22. 05.1999 Demonstration in **Köln** gegen die sog. »Wehrmachtsausstellung« mit ca. **350** Teilnehmern.
- 02. 10.1999 Demonstration in **Köln** gegen die 'Doppelte Staatsbürgerschaft' mit ca. **500** Teilnehmern.
- 06. 05.2000 Demonstration in **Essen** unter dem Motto 'Gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit' mit ca. **500** Teilnehmern.

Auffällig ist, dass an fast allen Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen der NPD eine große Zahl von **Neonazis und Skinheads** teilnahm. Häufig dominierten sie schon rein zahlenmäßig das Geschehen. Führende Neonazis erhielten auf den von der NPD organisierten Veranstaltungen fast regelmäßig Rederecht. Wie bereits beschrieben ist das Verhältnis der NPD zur Neonazi-Szene zeitweise allerdings durch Spannungen gekennzeichnet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der NPD in den letzten Jahren zunehmend gelungen ist, über die eigene Mitgliedschaft hinaus zahlreiche Personen zu Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen zu mobilisieren. Allerdings relativiert sich dies, wenn man berücksichtigt, dass diese 'Mobilisierungserfolge' sich fast ausschließlich auf Neonazis und Skinheads beziehen. Für das bürgerliche Spektrum bleibt die NPD weiterhin unattraktiv.

### Junge Nationaldemokraten (JN)

Mit der JN verfügt die NPD als einzige rechtsextremistische Partei über eine zahlenmäßig relevante und mobilisierungsfähige **Jugendorganisation**. Die JN wurde **1969 gegründet** und hat ihren Sitz in Riesa (Sachsen). Den **Vorsitz** über die bundesweit etwa 350 Mitglieder übt Sascha *Roßmüller* aus.

Die Geschäftsstelle des NRW-Landesverbandes der JN befindet sich - wie bei der Mutterpartei - in Bochum-Wattenscheid. Die Funktion des **NRW-Vorsitzenden** wird kommissarisch durch Claus *Cremer* wahrgenommen. Der auf dem JN-Landeskongress im Juni 2000 gewählte Landesvorsitzende Thorsten *Crämer* wurde wegen eines Überfalls auf Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte Kemna im Juli 2000 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt (Urteil vom 9.

Januar 2001). Nach der Verurteilung wurde gegen ihn ein Parteausschlussverfahren eingeleitet.

In NRW hatte die JN im Jahr 2000 60 **Mitglieder**. 1999 waren es noch 40 Mitglieder gewesen. Im April 2001 wurde per Rundschreiben an alle Mitglieder und sonstigen Anhänger der JN NRW mitgeteilt, dass ein »JN-Mädelsbund-NRW« gegründet wurde. Zur 'Mädelsbeauftragten' wurde eine junge Frau vom JN-Stützpunkt Duisburg ernannt. In dem Rundschreiben heißt es u.a.: »Ziel und Zweck dieser Organisation in der Organisation ist es, auch dem femininen Teil unserer Bewegung, ein auf ihre Interessen und Probleme zugeschnittenes Sprachrohr zu bieten! Politische Konzepte (Selbstbild der Frau im Nationalismus, Umwelt- und Tierschutz, Familienpolitik etc.), sowie auch die kameradschaftliche Seite (Kameradschaftsabende endlich einmal ohne Männer) sollen im Mädelsbund-NRW bearbeitet werden.« (vgl. »1. Exkurs«). Der »Mädelsbund«, der bislang kein Erfolgsprojekt ist, stellt eine neue Form der Mitgliederwerbung dar. Auf diese Weise will der mitgliederschwache Verband seine Position stärken.

Denn bereits durch die Verurteilung des damaligen Landesvorsitzenden Crämer (und seines Stellvertreters) und zuvor durch den Austritt des damaligen JN-Landesvorsitzenden Ezer und etlicher seiner Gefolgsleute 1999 ist die JN geschwächt. Crämer war zum Zeitpunkt der Tat nicht nur Landesvorsitzender in NRW, sondern auch Mitglied im NPD-Landesvorstand sowie Mitglied im JN-Bundesvorstand.

Die JN bekennt sich zu **Ideologie, Zielsetzung** und zum **Programm** der Mutterpartei NPD. Sie lehnt die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland ab und will die Gesellschaft durch eine Revolution zu einer völkischen Solidargemeinschaft umstrukturieren.

Die JN hat in letzter Zeit an Eigenständigkeit verloren. Ihre **Aktivitäten** sind stark rückläufig bzw. gehen in den Aktivitäten der Mutterpartei weitgehend auf. In NRW fällt vornehmlich noch die JN-Gruppe in Duisburg mit eigenen Aktivitäten auf, die auch zeitweise über eine eigene Internet-Homepage verfügte. Diese Gruppe kennzeichnet eine besondere Nähe zum Neonazi-Spektrum. Generell hat die JN in ihrer früheren Eigenschaft als Nahtstelle zwischen NPD und neonazistischen Organisationen an Bedeutung verloren.

Ein Wiedererstarken der JN erscheint kaum realistisch. Hierbei spielen auch Spannungen mit der Neonazi-Szene eine Rolle. Da gerade größere Teile der jüngeren Parteimitglieder stark neonazistisch ausgerichtet sind und häufig über entsprechende Kontakte verfügen, könnte sich die JN verstärkter Konkurrenz durch die Neonazi-Szene ausgesetzt sehen.

## 2.1.2 Neonazis

### Entwicklungsdaten der Bewegung

Nach Jaschke (2001) gelten Neonazis als diejenigen »männlichen Aktivisten des rechtsextremen Spektrums, die sich offen in die Tradition des Nationalsozialismus stellen - ideologisch-programmatisch und/oder über Symbolik und Gruppenverhalten«. Zum Begriff des Neonazismus und zu den Zielen der Bewegung sei auf die Einleitung (1. Kapitel) dieser Broschüre verwiesen.

Erste bedeutende neonazistische Gruppierungen bildeten sich in der Phase des Niedergangs der NPD **Anfang/Mitte der 70er Jahre**. Diese aktionistisch orientierten Kleingruppen bedienten sich teilweise illegaler, bisweilen auch terroristischer Mittel. Beispielhaft für diese Zeit seien hier genannt: die »Aktionsfront Nationaler Sozialisten«, die von dem 1991 verstorbenen Michael Kühnen dominiert wurde, die »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands« des Friedhelm Busse (der bis heute im neonazistischen Spektrum aktiv ist), die »Deutschen Aktionsgruppen« des Manfred Roeder (ebenfalls noch aktiv) und die »Wehrsportgruppe Hoffmann«. In der **zweiten Hälfte der 70er und in den 80er Jahren** bildeten sich weitere neonazistische Gruppierungen. Die neonazistische Szene blieb zersplittert.

In **NRW** waren die Mitglieder der Neonazi-Szene bis in die Anfänge der 90er Jahre mehr oder weniger fest in den folgenden Gruppen organisiert:

- »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)
- »Nationalistische Front« (NF)
- »Deutsche Alternative« (DA) und
- »Nationale Offensive« (NO).

Seit den **Verboten** der drei zuletzt genannten Gruppierungen in 1992 und der FAP in 1995 haben sich Teile der ehemaligen Mitglieder - soweit sie sich nicht der NPD zuwandten - bewusst nur noch in losen Strukturen zusammengefunden, um die Gefahr eines Verbotes nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes abzuwenden. Man kann seit dieser Zeit kaum mehr von Mitgliedern unterschiedlicher Vereinigungen, sondern eher von Aktivisten der Szene sprechen. Über die noch am besten erkennbaren Strukturen verfügen die sog. **»Freien Kameradschaften«**. Sie stellen die Schnittstelle des politischen Rechtsextremismus mit der Jugendkultur dar, organisieren Konzerte oder beteiligen sich am Vertrieb von »Fanzines« (vgl. 2.3). Gleichzeitig fungieren sie als Kaderschmiede.

'Kameradschaften' haben zwar eine höhere Bedeutung für den ostdeutschen Rechtsextremismus, gewinnen aber auch in NRW an Bedeutung. Hier gibt es 'Kameradschaften' bzw. ähnlich strukturierte Personenzusammenschlüsse der Neonazi-Szene in Bielefeld und Minden/Lübbecke, in Hagen/Lüdenscheid, in Duisburg, in Dortmund, im Sauerland/Siegerland, in Düsseldorf, in Köln und im Rhein-Sieg-Kreis.

Darüber hinaus existieren schwächer als die 'Kameradschaften' strukturierte, cliquenähnliche und zum Teil mit Skinheads vermischte oder von diesen dominierte Szenen - zumindest mit neonazistischen Tendenzen - in Teilen des Ruhrgebiets, des Niederrheins, im Kreis Steinfurt, im Bergischen Raum sowie im Gebiet um Velbert im Kreis Mettmann. Zu den Szenen im Einzelnen:

- ❑ **Düsseldorf:** In Düsseldorf existiert um die Betreiber des »Nationalen Infotelefon Rheinland« (NIT) (vgl. 2.3) eine ca. 10 bis 20 Personen umfassende neonazistische Szene. Das NIT-Rheinland gilt als zentrale Informationsbörse der Neonazis in NRW- aber auch für die bundesdeutsche Neonazi-Szene. Einer der Betreiber des NIT hat im April 2000 die Düsseldorfer Szene-Schrift »Düsseldorfer Beobachter« herausgegeben, die sich vorwiegend mit lokalen Themen beschäftigt. Als es im Sommer 2000 zu dem bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag auf eine Düsseldorfer S-Bahn-Station kam, wurde in der Szene-Schrift beispielsweise zu einer Demonstration unter dem Motto »Der Widerstand lässt sich nicht kriminalisieren - Gegen Medienhetze und roten Terror!« aufgerufen. Die Durchführung dieser Veranstaltung wurde verboten.
- ❑ **Köln:** Die im Oktober 1998 gegründete »Freie Kameradschaft Köln«, die sich zwischenzeitlich »Kameradschaft Walter Spangenberg Köln« nennt, hat etwa 15 Mitglieder. Sie wird von einem gerade Volljährigen geführt, der über sehr gute Kontakte in die bundesdeutsche Neonazi-Szene verfügt. Im Gegensatz zu vergangenen Jahren, als er sich - auch öffentlich - sehr militant äußerte, hat er sich angesichts staatlicher Verbotsmaßnahmen auffallend zurück genommen. Die Kölner Kameradschaft ist weitgehend personenidentisch mit dem »Gau Rheinland« des KDS<sup>G</sup>. Ihr 'Anführer' gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Kameradschaft.
- ❑ **Rhein-Sieg-Kreis:** Die ca. 15 bis 20 Personen umfassende Szene im Rhein-Sieg-Kreis und den angrenzenden Gebieten von Rheinland-Pfalz wird seit Jahren von Ralf *Tegethoff* angeführt. Der ehemalige Aktivist der 1995 verbotenen FAP trat auch einige Male als Demonstrationsredner auf. Eine besondere Vorliebe hat Tegethoff für militärische Verhaltensmuster: Er lässt seine 'Kameraden' gerne 'antreten' und organisiert Geländespiele. Die regelmäßigen Treffen dieser Szene finden im angrenzenden Rheinland-Pfalz statt.
- ❑ **Duisburg:** In Duisburg existiert seit Jahren eine ca. 15 Personen umfassende Neonazi-Szene unter der Bezeichnung »Kameradschaft Heinrich Bauschen«. Der Führungsaktivist, der ebenfalls über enge Kontakte in die bundesdeutsche Neonazi-Szene verfügt, war Gründungsmitglied des KDS<sup>G</sup> und fungiert als KDS-Gausekretär des »Gau Ruhr«. Die Aktivisten der »Kameradschaft Heinrich Bauschen« treffen sich (fast) regelmäßig, beteiligen sich an Demonstrationen und organisieren alljährlich am Volkstrauertag eine Kranzniederlegung der Szene auf dem Duisburger Soldatenfriedhof. Bei dieser Kameradschaft ist in letzter Zeit allerdings ein Auflösungsprozess zu beobachten. Dementsprechend haben deren Aktivitäten stark abgenommen.
- ❑ **Ostwestfalen:** Mitte Juli 2000 gründete sich in Bielefeld um den in der Region führenden Aktivisten Bernd *Stehmann* das »Freie Forum OWL«. Es war hervorgegangen aus der »Initiative Widerstand Jetzt!« und dem »Unabhängigen Freundeskreis Ostwestfalen«. Die Szene setzt sich aus Neonazis und Skinheads zusammen und hat enge Kontakte zu NPD-Kreisen. Stehmann selbst besitzt ausgezeichnete

Verbindungen zu führenden Aktivisten der bundesdeutschen - insbesondere norddeutschen - Neonazi-Szene und ist in der Lage, seine 'Kameraden' auch kurzfristig zu Veranstaltungen zu mobilisieren. Aus der eng mit Stehmann kooperierenden Neonaziszene im Kreis Minden-Lübbecke rekrutierte sich der harte Kern der Sektion Westfalen von »Blood & Honour«<sup>9</sup>.

- *Dortmund*: Seit Ende 1999 etablierte sich in Dortmund ein zunächst strukturloser Personenzusammenschluss der rechtsextremistischen Szene unter maßgeblicher Beteiligung Siegfried Borchardts. Dieser war zuvor Landesvorsitzender NRW und stellvertretender Bundesvorsitzender der 1995 verbotenen FAP. Die Dortmunder Gruppierung nennt sich mittlerweile »Nationaler Widerstand Ruhrgebiet«. Hierbei handelt es sich zum Teil um Neonazis, darüber hinaus um NPD-Mitglieder, Aktivisten aus dem Umfeld der 'Hooligan'-Szene und Skinheads. Auf den Treffen wird weniger politisiert als ein Gemeinschaftsgefühl ausgelebt. Aus konkreten Anlässen wird auch zur Teilnahme an öffentlichen Kundgebungen der rechtsextremistischen Szene geworben. Wie der Name erkennen lässt, kommen die Teilnehmer aus verschiedenen Regionen des Ruhrgebietes.
- *Hagen/Lüdenscheid*: Diese Szene besteht aus ca. 10 bis 15 Personen. Sie unterhält eine eigene Homepage im Internet. Ihre Aktivisten nahmen an öffentlichkeitswirksamen Szene-Demonstrationen in der zweiten Jahreshälfte 2000 in Dortmund, Köln und Düsseldorf teil. Auch im Jahr 2001 waren sie bei Neonazi-Demonstrationen vertreten und organisierten auch selbst Demonstrationen in Hagen und Lüdenscheid.
- *Sauerland/Siegerland*: Die bisher unter der Bezeichnung »Sauerländer Aktionsfront« (SAF) aktive Gruppierung hat seit dem Jahr 2000 auf diesen Namen weitgehend verzichtet und tritt statt dessen unter den Bezeichnungen »Nationaler Widerstand Hochsauerland« bzw. »Freie Nationalisten Sauerland/Siegerland« auf. Die wechselnde Namensgebung ist bezeichnend für die Szene, die im Hinblick auf befürchtete staatliche Verbotsmaßnahmen auf feste Strukturen verzichtet. Die personell unveränderte Szene umfasst neben Personen aus dem Hochsauerlandkreis Aktivisten aus dem Kreis Siegen. Ungewöhnlich für diese Gruppe ist, dass eine junge Frau aus Olsberg eine maßgebliche Rolle spielt. Mit bis zu ca. 70 mobilisierbaren 'Mitgliedern' gehört sie zu den aktivsten Gruppierungen der Neonazi-Szene Nordrhein-Westfalens. Ihre Aktivitäten werden über das Internet, aber auch über eigene Publikationen (»Sauerländer Stürmer« und »Sprung auf ... marsch, marsch!«) verbreitet.

### Anzahl der Anhänger

Bis zu den Vereinsverboten der Jahre 1992 und 1995 (vgl. »4. Exkurs«.) setzte sich das erkannte mobilisierbare Potenzial der Neonazi-Szene in **NRW** gleichbleibend aus ca. 250 bis 300 Personen zusammen. Nach den Verboten ging die Anzahl zunächst zurück. Im Jahr 2000 gab es in NRW etwa 220 Aktivisten - Tendenz steigend. Die **bundesweite** Neonazi-Szene verfügte im Jahr 2000 über ca. 2.200 Aktivisten und engere Sympathisanten. Auffallend an der personellen Struktur ist, dass die bedeutendsten Aktivisten über Jahre in der Szene verbleiben, und demzufolge nicht mehr ganz jung sind, dagegen neue Anhänger der Szene sehr jung, zum Teil noch minderjährig sind.

### Politische Strategie und Themen

Im Zuge von Verbotsverfügungen und erkennbar schärferer Verfolgung politisch motivierter Straftaten haben sich die **Themen**, mit denen Neonazis an die Öffentlichkeit treten, signifikant verändert: Waren es früher Themen wie Antisemitismus, Aufrufe zum Völkerhass, Verherrlichung von Persönlichkeiten des Dritten Reiches und Ausländerdiffamierung, befassen sich Neonazis - zumindest in der Öffentlichkeit - zwischenzeitlich häufiger mit gesellschaftlich relevanten Themen wie Arbeitslosigkeit, Globalisierung und in letzter Zeit mit den Terroranschlägen in den USA.

Hinsichtlich der **öffentlichen Aktivitäten** waren bis Mitte der 90er Jahre eher vergangenheitsbezogene Aktionen typisch für die Neonazi-Szene. Besonders hervorzuheben sind dabei die jährlichen bundesweiten Aktivitäten zum **Todestag des** ehemaligen »Führerstellvertreters« **Rudolf Heß**. Während neonazistische Gruppierungen ansonsten kaum größere Aufmärsche durchführten, gelang es ihnen bei bundesweiten Heß-Veranstaltungen bis zu 1.500 Personen (Veranstaltung 1991 in Bayreuth) zu mobilisieren. Am 18. August 2001 fand in Wunsiedel/Bayern - Ort der Grabstätte von Heß - erstmals seit vielen Jahren wieder ein

zentraler Demonstrationzug unter Beteiligung von etwa 900 Personen statt, darunter zahlreiche nordrhein-westfälische Aktivisten.

Die in der 1. Hälfte der 90er Jahre nach den zahlreichen Vereinsverboten einsetzende **Strategie**, lose strukturierte Kameradschaften zu bilden, hat die Mobilisierungsfähigkeit der Szene erhalten. Neonazis verzichteten seit Mitte der 90er Jahre weitgehend auf eigene Demonstrationen und traten dann vornehmlich **bei Demonstrationen der NPD** öffentlichkeitswirksam auf. Zu nennen ist hier u.a. die Teilnahme an NPD-Demonstrationen gegen die sog. »Wehrmachtsausstellung« (vgl. 2.1.1.3).

Seit der 2. Jahreshälfte 2000 mit dem zeitweiligen Demonstrationsverzicht der NPD, der von der Neonazi-Szene heftig kritisiert wurde, ging die Neonazi-Szene ausgehend von Norddeutschland zunehmend dazu über, selber Demonstrationen - auch in NRW - anzumelden und durchzuführen. Thema war dabei häufig das aus ihrer Sicht einseitige Vorgehen des Staates gegen rechtsextremistische Gruppierungen.

### Sonstige Aktivitäten/Mobilisierungsfähigkeit

Auf Grund ihrer kommunikativen Vernetzung sind Neonazi-Szenen in der Lage, ad hoc Aktionen durchzuführen. Hierbei handelt es sich zumeist zwar um örtlich begrenzte Kleinstaktionen (z. B. Plakatierungsaktionen), die aber für das Selbstwertgefühl der Gruppenmitglieder wichtig sind. Weitere Aktivitäten der Kameradschaften bestehen in der Organisation von Saalveranstaltungen, bei denen oft bis zu hundert Personen erscheinen. Diese Veranstaltungen sind zum Teil gruppen- bzw. parteiübergreifend, zuweilen auch 'international'. Denn die nordrhein-westfälische Neonazi-Szene pflegt gute Kontakte zu Gesinnungsgenossen aus den Niederlanden. Ein Beispiel: Ein bekannter nordrhein-westfälischer Neonazi hat angekündigt, im Jahr 2002 bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden zu kandidieren.

Wie bisher in kaum einem Jahr zuvor gelang es Neonazis in **2000**, sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Beispielhaft seien hier folgende Ereignisse genannt:

- ❑ Im Oktober 2000 führte die Dortmunder Neonazi-Szene eine vom Hamburger Neonazi Christian Worch angemeldete **Demonstration** unter dem Thema »Gegen die verleumderische Berichterstattung und Hysterie der Medien gegen rechts« durch. Unter den ca. **500** Teilnehmenden, die überwiegend aus NRW kamen, befanden sich auch eine größere Gruppe aus Norddeutschland und niederländische Gesinnungsgenossen.
- ❑ Etwa **300** Aktivisten der rechtsextremistischen/neonazistischen Szene aus NRW kamen - ebenfalls im Oktober 2000 - in Düsseldorf zu einem angemeldeten **Aufzug** unter dem Motto »Meinungsfreiheit für Nationalisten - Argumente statt Verbote« zusammen.
- ❑ Im Dezember 2000 demonstrierten in Dortmund auf einer von Christian Worch unter dem Thema »Gegen Polizeiwilkkür und Medienhetze« angemeldeten Veranstaltung ca. **300** Neonazis. Neben einigen wenigen Teilnehmern aus Hamburg, die Worch mitgebracht hatte, und aus den Niederlanden kamen die übrigen Teilnehmer fast ausschließlich aus NRW.

Die Neonazi-Szene setzte die im Herbst 2000 begonnene aktionistische Strategie in NRW mit zahlreichen Demonstrationen in **2001** fort, so demonstrierte sie z.B. im Februar 2001 in Hagen und im März 2001 in Dortmund (jeweils ca. **300** Teilnehmende). Eine letzte größere Veranstaltung fand im Juli in Gevelsberg statt, an der etwa **120** Demonstranten aus der Neonazi-Szene teilnahmen. Danach hat die Demonstrationstätigkeit in NRW deutlich abgenommen. Eine für den August in Dortmund geplante Versammlung unter freiem Himmel - mit Bezügen zu Rudolf Heß - sowie eine für den September geplante Demonstration in Köln wurden verboten. Weitere Demonstrationen in NRW wurden angekündigt.

Bei den Teilnehmern der beschriebenen Aktionen handelt es sich nahezu ausschließlich um Neonazis, Skinheads und einzelne NPD-Mitglieder. Personen außerhalb des gefestigten rechtsextremistischen Spektrums können von der Neonazi-Szene nicht mobilisiert werden.

## 2.1.3 Skinhead-Szene

### Entwicklungsdaten der Bewegung

Die Wurzeln der Skinheadbewegung liegen in **Großbritannien**. Dort bildete sich **Ende der 60er Jahre** in den

Arbeiterquartieren der Großstädte eine anfangs eher unpolitische Gegenbewegung zu den vornehmlich der Mittelschicht entstammenden Hippies und Mods (als 'Mods' wurden die Töchter und Söhne der etablierten Mittelschicht bezeichnet). Als Aufschrei des Protests gegen wachsende Arbeitslosigkeit und den Verlust vertrauter sozialer Strukturen entwickelten **Arbeiterkinder** einen ausgeprägten Stolz auf ihre Herkunft. Dieses neue Selbstbewusstsein verkörperte sie durch ein einheitliches, 'sauberes', aber auch provozierendes Aussehen: Hervorstechendes äußeres Merkmal war bereits damals der »Skinhead« - also extrem kurz geschnittenes Kopfhair. Von den gesellschaftlich Bessergestellten grenzte man sich bewusst durch robuste Arbeiterkleidung wie klobige Stiefel, Fliegerjacken und offen über dem karierten Hemd getragene Hosenträger ab.

Diese **erste Skinheadbewegung**, die sich im Wesentlichen auf den Besuch von Fußballspielen und Musikveranstaltungen beschränkte, bei denen es allerdings zu ersten gewalttätigen Auseinandersetzungen kam, schief zu Beginn der 70er Jahre wieder ein. Im Jahre 1977 entstand - ebenfalls zuerst in Großbritannien - eine **neue Skinheadbewegung**, die Kleider, Musik und Verhalten der ersten Skinheads aufgriff und kopierte. Im Unterschied zur vorherigen wurden aber nun Teile dieser Bewegung **politisch** aktiv und es gelang rechtsextremistischen britischen Gruppierungen, sie für ihre Ziele zu gewinnen. Daneben gab - und gibt es weiterhin - politisch 'links' orientierte, aber auch gänzlich unpolitische Skinhead-Gruppierungen.

In **Deutschland** begann die Skinhead-Bewegung Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre Fuß zu fassen. Anders als in Großbritannien war für ihr Entstehen allerdings weniger die soziale Not ausschlaggebend als vielmehr eine ausgeprägte Protesthaltung gegen vermeintliche gesellschaftliche Missstände. Bereits damals wurden erste Übergriffe von Skinheads gegen 'Linke' und Ausländer bekannt.

**Mitte der 80er Jahre** verbreitete sich die Skinhead-Bewegung im Bundesgebiet und trat nach außen durch gewalttätige Aktionen - insbesondere bei Fußballspielen - immer stärker in Erscheinung. Seit der deutschen Wiedervereinigung haben Skinhead-Zusammenschlüsse gerade in den neuen Ländern erheblichen Zulauf. Dort bildete sich ein Schwerpunkt besonders extremer Skinhead-Gruppierungen wie z. B. die mittlerweile verbotene Gruppierung »Blood & Honour«<sup>6</sup> und die sog. Hammer-Skins<sup>6</sup>. In **NRW** hat diese Szene allerdings eine vergleichsweise geringere Bedeutung.

Eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen Skinhead-Bewegung bietet das Schaubild auf der nächsten Seite.

### Anzahl der Anhänger

Die Zahl der erkannten rechtsextremistischen Skinheads stieg in **NRW** langsam von ca. 300 Personen zu Beginn der 90er Jahre auf **550 bis 700** im Jahre 2000 an. Diese Zahlen können jedoch nicht eindeutig bestimmt werden. Grobe Schätzungen sind nur insoweit möglich, wie Skinheads durch rechtsextremistisch motivierte Straftaten (u.a. Verwenden von NS-Symbolik, Volksverhetzung, Gewalttaten gegen ausländische Mitbürger) auffällig wurden. Häufig ist allerdings auf Grund einer Vermischung mit der Neonazi-Szene und teilweise auch NPD-Kreisen eine eindeutige Zuordnung nicht möglich. Zudem ist von einer Dunkelziffer auszugehen, die insbesondere Minderjährige betrifft ([Problem der Datenerfassung](#), vgl. 4.1).

Die genannte Zahl von 550 bezieht sich auf Personen, die in erster Linie als rechtsextremistische Skinheads anzusehen sind. Rechnet man diejenigen Personen hinzu, die sich nicht nur im Skinhead-Bereich sondern mehr oder weniger regelmäßig auch im Bereich neonazistischer Gruppierungen oder rechtsextremistischer Organisationen (z.B. bei der NPD) betätigen, dürfte die Zahl bei ca. 700 Szene-Mitgliedern liegen. Besorgniserregend erscheint der Trend zu einem immer niedrigeren Einstiegsalter in die Skinhead-Szene (sog. »Babyskins«). Die Neueinsteiger sind häufig wie bei den Neonazis Jugendliche unter 18, nicht selten sogar unter 16 Jahren.

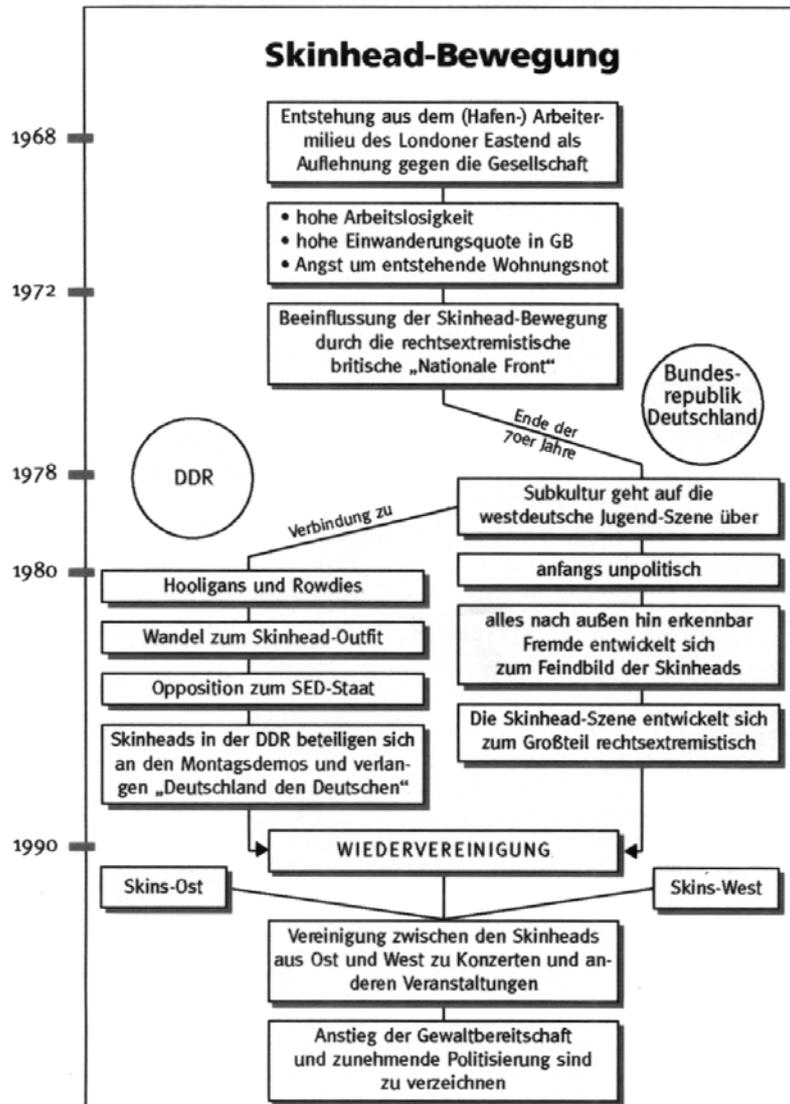


Schaubild entnommen aus:

IM Mecklenburg-Vorpommern: Skinheads; Rostock 1999, S. 10

### Politische Strategie und Themen

Bei der großen Mehrheit der Szene-Aktivisten fällt es schwer, von einer *politischen* Strategie zu sprechen. Die Skinhead-Szene ist seit Jahren durch eine hohe **Gewaltbereitschaft** geprägt. Diese Gewalt ist jedoch vor allem Selbstzweck - politische Ziele, für die die Skinheads Gewalt instrumentell einsetzen, sind nur selten auszumachen. Das heißt, Skin-Gewalt ist in erster Linie Ausdruck eines Lebensgefühls, das durch 'Fun-Mentalität', aber auch durch einen übersteigerten 'Männlichkeitswahn' bestimmt ist. Sie richtet sich vornehmlich gegen Ausländer, Asylbewerber, politisch Andersdenkende - generell gegen alles 'Fremde', wozu auch Homosexuelle, Obdachlose oder Aussiedler gehören können. In dieser Hinsicht besteht eine große Nähe zu den Feindbildern der Neonazis. Da sich Skinheads aber in den meisten Fällen durch ihre geringere Politisierung unterscheiden, erfolgen Gewalttaten in der Regel spontan. Sie schlagen ohne Planungs- und Vorbereitungsphase aus nichtigem Anlass - und häufig unter Alkoholeinfluss - zu.

Wie bereits erwähnt konnte in den letzten Jahren auch in der nordrhein-westfälischen Skinhead-Szene eine zunehmende **Vermischung mit der Neonazi-Szene** und partiell auch mit NPD-Kreisen beobachtet

werden. Demzufolge gab es auch eine erhöhte Bereitschaft, an von der NPD oder der Neonazi-Szene organisierten Demonstrationen teilzunehmen.

### **Sonstige Aktivitäten/Mobilisierungsfähigkeit**

Ein wichtiger Gradmesser für die Mobilisierbarkeit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene sind die Anzahl der einschlägigen Szene-**Konzerte** und die jeweils erreichten Besucherzahlen (vgl. 2.3.2).

Die in den vorausgegangenen Jahren festgestellte stetige Zunahme der Skinhead-Konzerte setzte sich in den Jahren 1999 und 2000 nicht fort. **Bundesweit** fanden im Jahr 2000 noch 73 Konzertveranstaltungen statt. 17 weitere geplante Veranstaltungen wurden bereits im Vorfeld verboten oder von den Organisatoren abgesagt. Die geringere Anzahl von Skinhead-Konzerten ist also eher der vermehrten Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden als einer abnehmenden Bedeutung der Skinhead-Szene zu verdanken. Im Gegenteil: Die Bewegung gewinnt bundesweit weiter an Bedeutung.

Das größte Konzert im Jahr 2000 fand mit über 2.000 Besuchern in Garitz (Sachsen-Anhalt) statt, bei dem eine in der Szene beliebte US-Skinhead-Band auftrat. Bei etwa einem Drittel der deutschen Skin-Konzerte beteiligen sich ausländische rechtsextremistische Musikgruppen - und alle Konzerte ziehen überdurchschnittlich viele Besucher an.

**In NRW** blieb die Anzahl der Skinhead-Konzerte seit 1996 mit jährlich 3 bis 5 Konzerten (Ausnahme 1997, als nur ein Konzert bekannt wurde) konstant auf relativ geringem Niveau. Bei der Mehrzahl der seit 1996 bekannt gewordenen Skinhead-Konzerte in NRW handelte es sich um kleine Veranstaltungen mit unter 100 Besuchern. Die letzten größeren Konzerte in NRW fanden im April 2001 in Gevelsberg/Ennepe-Ruhr-Kreis (etwa 300 Anwesende) und mit rund 200 Besuchern im September 2001 in Borken statt.

**Teilnehmer** dieser Konzerte sind überwiegend rechtsextremistisch orientierte Skinheads und zum erheblich kleineren Teil auch Neonazis. Letztere nutzen Skinhead-Konzerte gerne zur Rekrutierung von Nachwuchs. Die Neonazi-AktivistInnen treffen hier zwar wie bereits erwähnt auch auf unpolitische Zuhörer/innen, aber auch bei diesen besteht meist eine deutliche Affinität zu rechtsextremistischem Gedankengut. Je häufiger Skinhead-Konzerte besucht werden, umso mehr steigt die Gefahr einer entsprechenden Politisierung.

Bei zahlreichen Skinhead-Konzerten wurden sog. **Propagandadelikte**<sup>6</sup> begangen - u.a. spielten die Bands Lieder mit volksverhetzenden Inhalten oder die Bandmitglieder oder Besucher grüßten mit »Sieg Heil« oder zeigten den Hitler-Gruß. Bei zahlreichen Skinhead-Konzerten wurde auch die Gewaltbereitschaft der Skinheads deutlich: Es kam nicht nur immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen untereinander, sondern auch zu gewaltsamen Aktionen gegen Polizisten.

## **2.1.4 Revisionismus**

### **Hintergründe und Themen**

Zu einem wichtigen Agitationsfeld des Rechtsextremismus zählt der Revisionismus. Es handelt sich um eine **Denkrichtung**, die eine Umdeutung des Nationalsozialismus anstrebt. Die Verbrechen der NS-Zeit werden verharmlost und geleugnet. Insbesondere die Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust steht dabei im Mittelpunkt der revisionistischen Themen.

Die Bemühungen, die Geschichte umzudeuten, treten meist in pseudo-wissenschaftlichem Gewand auf. Wesentliche Strategie ist, revisionistisch motivierte Autoren als ernsthafte Wissenschaftler mit lediglich abweichenden Meinungen zu behandeln - mit dem Ziel, langfristig eine **Rehabilitierung der nationalsozialistischen Ideologie** zu erreichen. Gleichzeitig sollen die Deutschen von ihrem vermeintlich aufgezwungenen 'Schuldkomplex' befreit werden.

Häufiger Diskussionsgegenstand des Revisionismus in Deutschland ist die **Kriegsschuldfrage**. Durch Veröffentlichung vermeintlich geheimer Unterlagen soll die Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges relativiert bzw. geleugnet werden.

Auch die Infragestellung der deutschen **Ostgrenze** (sog. *geografischer* oder *Gebietsrevisionismus*) ist Thema der Revisionisten. In der revisionistischen Agitation besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Es gibt aber auch noch weiterreichende Vorstellungen - u.a. die Grenzen von 1914, sogar

teilweise unter Einschluss Österreichs, Südtirols, des Sudetenlandes usw..

### Vorgehen

Eine der gängigsten Strategien in revisionistischen Publikationen ist, durch angebliche Beweise oder Widersprüche beim Leser Zweifel zu erwecken. Durch geschickte Argumentation münden diese Zweifel schließlich in der Infragestellung des Holocaust bzw. seines Umfangs, womit letztlich das politische Ziel - die politische Rehabilitation des Nationalsozialismus - erreicht ist.

Um diesem Ziel näher zu kommen, veröffentlichen Revisionisten u.a. **Bücher** und **'Gutachten'**, darunter das sog. »*Rudolf-Gutachten*« und der »*Leuchter-Report*«.

Das 'Gutachten' des Amerikaners Fred A. Leuchter wurde 1989 veröffentlicht. Er behauptet darin, in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern wäre es auf Grund der technischen Gegebenheiten gar nicht möglich gewesen, Menschen in Gaskammern zu töten. 1994 wurde vom Diplom-Chemiker und ehemaligen REP-Mitglied Germar Scheerer geb. Rudolf ein »*Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den 'Gaskammern' von Auschwitz*« verbreitet, das zum gleichen Ergebnis wie zuvor Leuchter gelangt.

Darüber hinaus gibt es Periodika und eine Vielzahl von Internet-Homepages, die die revisionistische Agitation unterstützen.

### Führende Köpfe der Bewegung

Revisionismus ist ein **internationales Phänomen**. Erste Bestrebungen konnten Anfang der 50er Jahre insbesondere in Frankreich und in den USA beobachtet werden. Dementsprechend gibt es eine Reihe wichtiger internationaler Vertreter des Revisionismus. Zu den bekanntesten **internationalen Revisionisten** zählen u.a. der Brite David Irving und der deutschstämmige, in den USA lebende Ernst Zündel.

Der Publizist David Irving wurde 1993 in Deutschland wegen Leugnung der Massenvergasungen in Auschwitz zu einer Geldstrafe verurteilt und ausgewiesen. Es wurde ein unbefristetes Einreiseverbot ausgesprochen.

Das 1993er Urteil, mit dem eine Verleumdungsklage<sup>6</sup> Irvings abgewiesen wurde, hat der politischen Arbeit Irvings jegliche 'Seriosität' genommen. Gleichwohl ist zu befürchten, dass er sich im rechtsextremistischen Spektrum zum international beachteten Märtyrer entwickelt. Zudem ist davon auszugehen, dass sich Irving durch das Urteil nicht an der Fortführung seiner politischen Agitation hindern lassen wird.

Der seit 1958 in Toronto/Kanada lebende und mittlerweile in die USA übersiedelte deutsche Staatsangehörige Ernst C.F. Zündel ist einer der weltweit aktivsten Propagandisten und Verbreiter des Revisionismus. Zündel ist Inhaber eines Verlages, der rechtsextremistische Publikationen, Bild- und Tonträger anbietet und versendet. Daneben verbreitet er revisionistische Propaganda durch Radiosendungen auf angemieteten Frequenzen und mehrsprachig über seine Internet-Homepage (»*Zündel-Site*«). Zündel unterhält Kontakte zu weltweit agierenden revisionistischen Organisationen. Die Homepage bietet u.a. ein umfangreiches Textangebot bekannter Revisionisten.

**Revisionisten aus NRW** sind u.a. Erhard Kemper, Ernst Günter Kögel und Udo Walendy:

- ❑ Kemper verbüßt seit seiner Festnahme 1999 eine mehrjährige Haftstrafe. Er war bereits mehrfach u.a. wegen Volksverhetzung vorbestraft. Auf Grund seiner Inhaftierung wird Kemper von zahlreichen Publikationen aus dem In- und Ausland zum Märtyrer stilisiert.
- ❑ Kögel war 1. Vorsitzender der »*Vereinigung Gesamtdeutsche Politik*« (VGP)<sup>7</sup>. An der Ausübung dieser Funktion ist er derzeit jedoch gehindert, da er eine Haftstrafe verbüßt.
- ❑ Der Diplom-Politologe Udo Walendy gehörte in der Vergangenheit zu den aktivsten Revisionisten in Deutschland. Walendy war Verleger und Verfasser zahlreicher revisionistischer Schriften, in denen er die Verbrechen des Holocaust wiederholt leugnete. Insbesondere die von Walendy bis 1996 geführte Schriftenreihe »*Historische Tatsachen*« unterlag zahlreichen Indizierungs- und Beschlagnahmeverfahren. Er ist wegen seiner Publikationen bereits u.a. wegen Volksverhetzung vorbestraft und hat eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßt. Auf Grund dessen gilt er als 'Märtyrer' und Symbolfigur 'staatlichen

Gesinnungsterrors<sup>1</sup>.

## 2.1.5 Neue Rechte

### Hintergründe und Themen

Bei der sog. Neuen Rechten handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation, auch nicht um eine homogen-ideologische Richtung. Anhänger der Neuen Rechten vertreten - in unterschiedlichen Akzentuierungen - insbesondere **antiliberalen, revisionistische und nationalistische Ideen**. Die unterschiedlichen Strömungen lehnen sich zum Teil an die »Nouvelle Droite« an, die in Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen 1965 entstanden ist. Andere beziehen sich stärker auf die Theoretiker der »Konservativen Revolution« aus der Zeit der Weimarer Republik (z. B. Moeller von den Bruck, Oswald Spengler, Edgar Julius Jung). Daneben gibt es noch weitere Ausrichtungen.

Gemeinsam ist den Vertretern der Neuen Rechten weitgehend, dass sie im Regelfall keine platte rechtsextremistische Agitation betreiben, sie aber die **Vision eines ethnisch und kulturell homogenen Volkes** und die **Ablehnung einer pluralistischen Gesellschaft** verbindet. Fernziel ist ein starker, autoritärer Staat mit einer klar gegliederten, von Eliten geführten hierarchischen Gesellschaft. Etliche Anhänger der Neuen Rechten vertreten die Auffassung, dass das Gemeinwohl nicht durch demokratischen Konsens herbeigeführt werden kann, sondern nur durch eine Elite, die als eigenständige Kraft 'im Namen des Volkswohls' entscheidet.

Sie versuchen häufig, ihre Vorstellungen durch scheinbar unverfängliche und intellektuell wirkende Formulierungen zu verschleiern. Dieser intellektuelle Rechtsextremismus, der auch häufig von Akademikern getragen wird, zielt auf ein Verwischen der Grenzen zwischen Demokraten und Extremisten bzw. hier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten.

Publikationen und Akteure der Neuen Rechten versuchen, den öffentlichen Diskurs in Richtung ihrer tendenziell antidemokratischen und antisemitischen Vorstellungen zu beeinflussen. Schwerpunktmäßig werden **Themen der aktuellen politischen Debatte** aufgegriffen, bei denen fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments bedient werden können. Für die Jahre 2000/2001 sind vor allem die Themen Zwangsarbeiterentschädigung, Zuwanderung und Integration zu nennen.

Weiteres Agitationsfeld ist eine kritische Haltung gegenüber der »Globalisierung«. Hier werden häufig stark antikapitalistische Tendenzen deutlich, und mitunter auch das Bemühen, Gemeinsamkeiten mit linksextremistischen Systemgegnern herzustellen. Die Globalisierungsentwicklung wird häufig im Kontext mit den als Bedrohung empfundenen und vehement abgelehnten 'multirassischen' Strukturen bekämpft.

### Vorgehen

Die Neue Rechte plant - jedenfalls zurzeit - nicht die Bildung einer Partei. Sie versteht sich als geistige Elite in der Politik und strebt eine grundlegende Wende des politischen Klimas in Deutschland an. Nahziel ist die »**kulturelle Hegemonie**«, auf deren Basis dann organisatorische politische Bestrebungen Erfolg versprechen.

Derzeit gibt es nur wenige, mitgliederschwache **Organisationen** im Bereich der Neuen Rechten. Es seien hier genannt

- ❑ das *Deutsche Kolleg* - 1994 gegründeter Theoriezirkel mit antisemitischer Ausrichtung, der auch im Internet präsent ist,
- ❑ das *Thule-Seminar / Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die Indoeuropäische Kultur e.V.* - der 1980 gegründete Verein lehnt eine »multirassische« Gesellschaft ab und zielt auf die Bildung »geistiger Eliten«, dabei steht er in der Tradition der französischen Neuen Rechten (»Nouvelle Droite«), sowie
- ❑ die *Deutsch-Europäische Studiengesellschaft* - ein nationalrevolutionär ausgerichteter Intellektuellenzirkel, der 1972 gegründet wurde und sich als überparteiliches Forum aller »systemkritischen und nonkonformen Kräfte« bezeichnet.

Da größere strukturierte Organisationen der Neuen Rechten fehlen, werden politische Inhalte in erster Linie über einschlägige **Publikationen** transportiert. Dabei dominieren einzelne Akteure, die sich häufig gleichzeitig für mehrere Zeitschriften engagieren. Zwischen den einzelnen Publikationen gibt es oft

netzwerkartige Querverbindungen - nicht selten in Form persönlicher Bekanntschaften.

Publikationen der Neuen Rechten sind beispielsweise

- ❑ die *Junge Freiheit (JF)*: Die seit 1986 erscheinende »Wochenzeitung für Politik und Kultur« (Untertitel) erscheint in einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren pro Ausgabe (vgl. 2.3.1.1).
- ❑ *Nation & Europa - Deutsche Monatshefte (NE)*: Die seit 1951 monatlich erscheinende Publikation (Auflage: ca. 14.500) gilt als bedeutendstes rechtsextremistisches Strategie- und Theorieorgan im Bereich der Neuen Rechten.
- ❑ *Signal* (ehemals »Europa vorn«): Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift mit dem Untertitel »Das patriotische Magazin« wird seit 1987 von dem Kölner Verlag Manfred Rouhs vertrieben. Das Theorieorgan ist eine weitere Diskussionsplattform der Neuen Rechten, hat aber mit einer Auflage von etwa 5.000 Stück pro Ausgabe eine geringere Bedeutung als *Nation & Europa*.
- ❑ *Staatsbriefe*: Diese Publikation erscheint - in einer Auflage von ca. 900 Stück - seit 1990 monatlich und wird in München verlegt. Ebenfalls als Theorieorgan angelegt, werden die *Staatsbriefe* einem festen Abonentenkreis zugestellt. Die Bildung einer nationalen Elite wird als Hauptziel betrachtet. Daneben sind Agitation gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und eine antisemitische Grundhaltung kennzeichnend für die Publikation.
- ❑ *Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik*: Die seit 1995 unregelmäßig erscheinende Schrift, benannt nach dem in der nordischen Mythologie bekannten achtbeinigen Pferd Odins, verstand sich zunächst als überparteiliches »national-revolutionäres« Theorieorgan. Mittlerweile werden aber vornehmlich revisionistische Beiträge bekannter ausländischer Organisationen abgedruckt.

## 2.2 Sozialstruktur der organisierten Rechtsextremisten

Es existiert eine Reihe von Untersuchungen zum Profil von *Wählerinnen und Wählern* rechtsextremistischer Parteien (z.B. Guggemos 2000; Falter 1994; Meyer 1991). Demnach entspricht beispielsweise die Bildungsstruktur von REP-Wählern in etwa der der SPD: Arbeiter und Facharbeiter sind über-, Akademiker unterrepräsentiert. Des Weiteren sind gut zwei Drittel der Wählerschaft männlich. Zum Alter der REP-Wähler stellte Falter fest, dass es im Westen kein spezifisches Altersprofil gibt, im Osten aber sehr viele *Erstwähler* die REP gewählt hätten (vgl. 3.1).

Wenig Datenmaterial liegt dagegen zur *Mitgliederstruktur* der rechtsextremistischen organisierten Szene selbst - also Parteien sowie Neonazis und Skinheads<sup>9</sup> - vor.

Im Folgenden sollen daher einige Trends zur sozialen Herkunft, zur gesellschaftlichen Schichtzugehörigkeit, zum Ausbildungsniveau und zum Alter der Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen in NRW aufgezeigt werden. Auf Grund der zum Teil rudimentären Datenlage lassen sich jedoch nicht durchgängig gesicherte bzw. repräsentative Aussagen treffen.

### 2.2.1 Altersstruktur

Nach der öffentlichen Berichterstattung zu urteilen, müsste der Rechtsextremismus ein reines Jugendproblem sein. Überwiegend tauchen in den Medien im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Straftaten jugendliche Gewalttäter auf. Hinsichtlich des *organisierten* Rechtsextremismus ergibt sich jedoch ein völlig anderes Bild.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind lediglich **knapp 15 %** der organisierten 'Rechten' **18 bis 25 Jahre** alt. Welchen Anteil die Jüngeren *zwischen 16 und 18 Jahren* haben, ist schlecht einzuschätzen. Der Verfassungsschutz unterliegt bei der Erfassung von Personen dieser Altersgruppe strengen Restriktionen: Daten zu Mitgliedern einer Gruppe dürfen nur dann erfasst werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der Einbindung in einer extremistischen Gruppe bestehen. Zudem muss die Bereitschaft gegeben sein, die Ziele der Gruppierung auch mit Gewalt durchzusetzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 VSG NW, vgl. 4.1).

So hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz nur etwas mehr als 50 Personen zwischen 16 und 18 Jahren aus dem Bereich Rechtsextremismus erfasst, die zum größten Teil der gewaltbereiten,

rechtsextremistisch orientierten Skinhead-Szene zuzurechnen sind (vgl. 2.1.3). Es ist hierbei aber aus den o.g. Gründen von einer erheblichen *Dunkelziffer* auszugehen - insbesondere im Bereich der Skinhead-Szene, vereinzelt auch in der Neonazi-Szene sowie der NPD/JN. Gerade bei der NPD konnte in den letzten beiden Jahren ein verstärkter Zustrom sehr junger Leute beobachtet werden.

Zu den *unter 16-Jährigen* in der rechtsextremistischen organisierten Szene liegen keine Zahlen vor, da der Verfassungsschutz zu diesem Personenkreis keine personenbezogene Daten erfassen darf (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 VSG NW). Insoweit kann nur die allgemeine Beobachtung wiedergegeben werden, dass das Einstiegsalter gerade in der Skinhead-Szene weiter abnimmt und immer jüngere Menschen - teilweise noch Kinder als sog. »Babyskins« - in die Szene hineinrutschen. Daneben gibt es weitere rechtsextremistisch »angehauchte« Jugendszenen ohne feste Strukturen und klare politische Ausrichtung, die die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht erfüllen.

Anhaltspunkte für den Grad der Einbindung junger Menschen zwischen 16 und 25 bzw. unter 16 Jahren in rechtsextremistische Organisationen könnten möglicherweise auch die Angaben des Landeskriminalamtes NRW hinsichtlich der *Tatverdächtigen* in diesen Personengruppen geben: Danach sind dem nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt von Januar 1998 bis Dezember 2000 insgesamt 318 Tatverdächtige gemeldet worden, die erkennbar einer rechtsextremistischen Organisation angehören. Davon gehören 250 der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren an (79 %), sowie 17 der Altersgruppe der unter 16-Jährigen (5%) an. Diese Darstellung verzerrt das tatsächliche Bild jedoch dahingehend, dass es meist die *jugen* Mitglieder der 'Szene' sind, die (Gewalt-) Straftaten verüben. Dies sagt aber wenig über deren Anteil an der organisierten rechtsextremistischen Szene insgesamt aus.

Nun zu den Mitgliedern der Parteien im Einzelnen - zum Vergleich zunächst die durchschnittliche Altersverteilung der Bevölkerung in NRW (*ohne Personen unter 18 Jahren*):

18 - 25 Jahre:	10,6 %
26 - 39 Jahre:	27,8 %
40 - 59 Jahre:	32,6 %
60 Jahre und älter:	29,0 %

(Quelle: LDS NRW 1999)

### Die Republikaner (REP)

Die *Altersstruktur* der »Republikaner« in NRW sieht geschätzt wie folgt aus:

18 - 25 Jahre:	bis zu 5 %
26 - 39 Jahre:	ca. 23 - 28 %
<b>40 - 59 Jahre:</b>	<b>ca. 40 - 45 %</b>
60 Jahre und älter:	ca. 23 - 28 %.

Es zeigt sich, dass ein eindeutiges Schwergewicht der Mitgliedschaft der Republikaner in den mittleren Jahrgängen von 40 bis 59 Jahren liegt. Ein Vergleich mit der durchschnittlichen Altersverteilung in der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens (ohne unter 18-Jährige) zeigt, dass diese Gruppe damit bei den 'REPs' überrepräsentiert ist, dagegen die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen unterdurchschnittlich vertreten ist.

### Deutsche Volkunion (DVU)

Die *Altersstruktur* der DVU sieht geschätzt wie folgt aus:

18 - 25 Jahre:	unter 5 %
26 - 39 Jahre:	10 - 15 %
40 - 59 Jahre:	20 - 25 %
<b>60 Jahre und älter:</b>	<b>60 - 70 %</b>

Dies zeigt, dass die DVU eine stark überalterte Partei ist, wie sich auch an den größeren Versammlungen der DVU ablesen lässt. Dort dominieren eindeutig ältere Menschen bzw. Männer.

### Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die *Altersstruktur* der NPD sieht geschätzt wie folgt aus:

16 - 25 Jahre:	ca. 30 %
26 - 39 Jahre:	ca. 30 %
40 - 59 Jahre:	15 - 20 %
60 Jahre und älter:	20 - 25 %

Dies zeigt, dass die NPD nicht wie die DVU mit Überalterung zu kämpfen hat. Sie ist vielmehr eine Partei eher junger Menschen männlichen Geschlechts und keine »Altherren-Partei« mehr, die sie früher einmal war.

### Neonazis

Die Altersstruktur der Neonazis sieht geschätzt wie folgt aus:

<b>18 - 25 Jahre:</b>	<b>50 - 60 %</b>
26 - 39 Jahre:	30 - 40 %
40 Jahre und älter:	unter 10 %

(auf eine Differenzierung der Altersgruppen 40 - 59 und 60 bis älter wurde wegen der relativ geringen Anzahl verzichtet)

Bei den Neonazis handelt es sich damit überwiegend um jüngere bzw. sehr junge Menschen. Über 40-Jährige sind in der Neonazi-Szene stark unterrepräsentiert. Neonazis in diesem Alter spielen aber - auf ihre Position innerhalb der Szene bezogen - häufig eine hervorgehobene Rolle.

### Skinheads

Die Altersstruktur von Skinheads dürfte geschätzt wie folgt aussehen:

<b>16 - 25 Jahre:</b>	<b>ca. 3/4</b>
26 - 39 Jahre:	ca. 1/4

Über 40-jährige Skinheads sind kaum anzutreffen - allenfalls als 'Exoten'.

Diese Altersstruktur der Skinhead-Szene ist wenig überraschend. Sie stellt eine weitgehend jugendliche, subkulturell geprägte Szene dar.

## 2.2.2 Berufsstruktur/Bildungsniveau

Eine weitverbreitete Annahme lautet, dass die Mehrzahl der Anhänger rechtsextremistischer Ideen aus sozial schwachen Verhältnissen stammt: meist arbeitslos und damit auf Sozialhilfe angewiesen bzw. wenn beschäftigt, dann in niedrig qualifizierten (Aushilfs-) Arbeitsverhältnissen. Dieses Vorurteil wird durch Beobachtungen des NRW-Verfassungsschutzes nicht bestätigt. Auch in den Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums sind sämtliche Berufsgruppen - und nicht nur marginal - vertreten.

Es liegen für NRW zwar lediglich wenige Anhaltspunkte vor, aber trotzdem sollen die folgenden *Trendaussagen* gemacht werden:

### REP

- Etwa 25 % sind Rentner/Pensionäre.
- Etwa **30 %** der berufstätigen Mitglieder sind Arbeiter bzw. üben handwerkliche Berufe aus.
- Etwa **30 %** der berufstätigen Mitglieder üben kaufmännische bzw. Verwaltungstätigkeiten aus.
- Jeweils weniger als 10 % haben akademische Berufe bzw. sind Schüler/Studierende/Auszubildende.

### DVU

- Mehr als **60 %** sind Rentner/Pensionäre.
- Die Mehrzahl der berufstätigen Mitglieder sind Arbeiter bzw. üben handwerkliche Berufe aus.
- Weniger als 5 % üben akademische Berufe aus.
- Kaum Schüler/Studierende/Auszubildende vorhanden.

### NPD

- Etwa 25 % sind Rentner/Pensionäre.
- Mehr als **50 %** der berufstätigen Mitglieder sind Arbeiter bzw. üben handwerkliche Berufe aus.
- Etwa 10 % sind Schüler/Studierende/Auszubildende.

### Neonazis

- Die **Mehrzahl** der Mitglieder sind Arbeiter bzw. üben handwerkliche Berufe aus.
- Zwischen 15 und 25 % üben kaufmännische bzw. Verwaltungstätigkeiten aus.
- Zwischen 10 und 20 % sind Schüler/Studierende/Auszubildende.

### Skinheads

- Die **Mehrzahl** der Mitglieder sind Arbeiter bzw. üben handwerkliche Berufe aus.
- Mehr Schüler/Studierende/Auszubildende als in der neonazistischen Szene vorhanden.

Aus diesen Angaben lassen sich einige, wenn auch wage Rückschlüsse auf das *Bildungsniveau* der Parteimitglieder ziehen: Bis auf die Mitglieder der REP, die überwiegend einen mittleren Bildungsabschluss besitzen dürften, verfügt der hier betrachtete Personenkreis vermutlich überwiegend über einen einfachen Bildungsabschluss. Skinheads haben insgesamt einen eher niedrigeren Bildungsstand als die übrigen Organisationsmitglieder. In der neonazistischen Führungsebene können auch höhere Abschlüsse vorkommen ('Vordenker').

## 2.2.3 Geschlechterstruktur

Der Anteil der Frauen im organisierten Rechtsextremismus inklusive der Neonazi- und Skinhead-Szene dürfte nach Erkenntnissen des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes bei insgesamt 14 % liegen. Auch hier gibt es wie bei der Altersstruktur Differenzen zwischen den einzelnen Bereichen des Rechtsextremismus - diese sind allerdings weniger gravierend.

Der Frauenanteil *beträgt...*

- |  |            |
|--|------------|
| <input type="checkbox"/> ... bei DVU und NPD:      | 10 - 15 %  |
| <input type="checkbox"/> ... bei den REP:          | 15 - 20 %  |
| <input type="checkbox"/> ... in der Neonazi-Szene: | 10 - 15 %  |
| <input type="checkbox"/> ... bei den Skinheads:    | knapp 10 % |

Die genannten Zahlen beziehen sich jeweils auf Nordrhein-Westfalen. Die hier im Einzelnen aufgeführten drei Parteien sowie der Neonazi- und Skin-Bereich machen ca. 90 % der organisierten Rechtsextremisten aus.

### 1. Exkurs: Frauen im organisierten Rechtsextremismus

Es ist nicht zutreffend, wenn der Rechtsextremismus als rein 'männliches Phänomen' bezeichnet wird. Je nach Blickwinkel tragen Frauen in unterschiedlichem Maß zur Festigung der 'Szene' bei. Abweichend von den in diesem Bereich vergleichsweise gesicherten Erkenntnissen des Verfassungsschutzes NRW gibt es Veröffentlichungen, in denen der **Frauenanteil** der rechtsextremistischen organisierten Szene auf 20-30 % (NRW: 14 %) geschätzt wird (z.B. Bitzan 1997). Wobei es sich bei den weiblichen Parteimitgliedern häufig um Ehefrauen, Freundinnen, Töchter und andere Familienmitglieder handelt, die von Männern auch deshalb geworben wurden, um deren eigene 'Partei-Hausmacht' zu stärken.

In den Führungsetagen werden lediglich ca. 5 % Frauen vermutet. Als **Wählerinnen** rechtsextremistischer Parteien machen Frauen etwa *ein Drittel* der Wählerschaft aus. Und betrachtet man das rechtsextremistische **Einstellungspotenzial** der Bevölkerung, gibt es kaum noch Unterschiede zwischen Männern und Frauen (vgl. 3.1).

Die Frage nach der Bedeutung von Mädchen und Frauen in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen ist stark vom **Frauenbild** der jeweiligen Organisation abhängig. Die Programmatik der rechtsextremistischen Parteien ist dabei deutlich konservativer als die Position ihrer weiblichen Mitglieder. So sind bei den weiblichen REP-Mitgliedern lediglich die Hälfte mit dem Frauenbild ihrer Partei zufrieden (Büchner 1995). Denn in rechtsextremistischen Parteien überwiegt ein tradiertes Frauenbild, das die Frau stark auf die Rolle als treusorgende Hausfrau und Mutter reduziert. Dies beruht auf dem übergeordneten Ziel rechtsextremistischer Ideologien, die die Errichtung eines völkischen Nationalstaates anstreben. Und in diesem Gefüge erfüllen die Geschlechter vorherbestimmte Funktionen. Die Aufgabe der Frau ist demnach die»... *Geburt und Aufzucht von Kindern, und da mindestens drei Kinder pro Familie zur Volkserhaltung lebensnotwendig sind ..., ist der Lebensmittelpunkt der Frau die Familie.*« (Michael Kühnen, zitiert in Renz 1995).

Die **REP** anerkennen in ihrem Programm zwar den Wunsch der Frauen nach Berufstätigkeit, allerdings dürfe hierunter die Familie nicht leiden. Eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung würde demnach den unterschiedlichen 'Wesensarten' der Geschlechter widersprechen:

*»Die Gleichberechtigung der Frau kann nur unter Berücksichtigung der ihr eigenen Werte und Fähigkeiten verwirklicht werden. Es ist daher anzustreben, daß die Frau in politischer wie auch in sozialer Hinsicht grundsätzlich gleichwertig, aber keinesfalls gleichartig zu behandeln ist. Die heutige Gleichmacherei von Frau und Mann lehnen wir ab.«* (REP-Bundesprogramm von 1993).

Die **NPD** formuliert es folgendermaßen:

*»Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. Ihr gebührt ein nach Anzahl der Kinder gestaffeltes Hausfrauen- und Müttergehalt, das ihrer vielseitigen Tätigkeit und Verantwortung entspricht. Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.«* (Quelle: <http://www.npd.net>)

Die Bundesprogramme rechtsextremistischer Parteien produzieren damit **Konkurrenz** zwischen Frauen mit und ohne Kindern und ebenso zwischen Hausfrauen und berufstätigen Frauen. Da das Bild der treusorgenden 'Nur-Hausfrau' bei den meisten Frauen keine Akzeptanz findet, könnte dies ein wesentlicher Grund dafür sein, warum Frauen seltener Mitglied in diesen Parteien werden und auch einen deutlich geringeren Anteil an der Wählerschaft rechtsextremistischer Parteien haben. Zusammenfassend dazu Rommelspacher (2000):

*»Wenn Frauen diese Parteien wählen oder gar Mitglied oder Funktionärinnen werden, dann tun sie dies in der Regel wegen deren rassistischer Programmatik und ihren Sicherheits- und Ordnungsvorstellungen und nicht wegen deren Geschlechterpolitik.«*

So ergeben sich für Frauen, die sich in rechtsextremistischen Parteien engagieren, durchaus einige **Widersprüche**: Sie leben ihr Leben eben nicht nach dem von der Partei propagierten Modell. Da verwundert es kaum, dass viele Funktionärinnen 'frauennahe' Parteithemen besetzen wie z.B. Erhöhung des Kindergeldes oder Entlohnung von Hausarbeit. Auf diesem Wege können sie gesellschaftlich rechtfertigen, dass sie sich als Partei-Frauen eben auf einer höheren Ebene um 'ihre' Aufgaben kümmern. Dabei wird nicht verkannt, dass auch in den großen Volksparteien eine geschlechtsspezifische Themenzuweisung an männliche und weibliche Funktionäre nicht immer von der Hand zu weisen ist.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass Frauen in rechtsextremistischen Organisationen **nur selten Führungspositionen** einnehmen. Allerdings gibt es auch von dieser Regel Ausnahmen.

Markanteste Ausnahme in NRW bilden dabei die **REP**, die - wie oben bereits erwähnt - den höchsten Frauenanteil besitzen und von einer Frau als Landesvorsitzenden geführt werden (vgl. 2.1.1). Diese ist zugleich geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende. Inklusiv der Landesvorsitzenden sind drei Frauen im 15-köpfigen Landesvorstand vertreten. Auf der Ebene unterhalb des Landesvorstandes sieht es für die Frauen allerdings schon erheblich ungünstiger aus. Auf Ebene der Bezirks- bzw. Kreisvorsitzenden sind Frauen so gut wie nicht existent.

Hieraus ergibt sich ein uneinheitliches Bild: Auf Ebene des Landesvorstandes entspricht der Frauenanteil noch etwa dem Gesamtanteil der Partei, in der Führungsebene unterhalb des Landesvorstandes ist eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen feststellbar. Damit stellen auch bei den REP in Nordrhein-Westfalen Frauen in Führungspositionen eher die große Ausnahme dar. Und dies, obwohl die REP - im Gegensatz zu DVU und NPD - über einen eigenen Frauenverband (»Republikanischer Bund der Frauen«) verfügen, der allerdings weder durch besondere Aktivitäten noch durch bedeutsamen innerparteilichen Einfluss auffällt.

Die Unterrepräsentanz von Frauen gilt in noch stärkerem Maße für **DVU** und **NPD**, die über einen etwas geringeren Frauenanteil als die REP verfügen. Im jeweils 15-köpfigen Landesvorstand von DVU und NPD befinden sich bei der DVU zwei und bei der NPD nur eine Frau. Diese nehmen keine wesentlichen Funktionen im Landesvorstand wahr. Auch unterhalb der Ebene des Landesvorstandes sind Frauen nur sehr

selten in wichtigen Führungspositionen anzutreffen.

Aber: Seit Mai 2001 erscheint das neue Organ der JN NRW »*Funkenflug*« als Teil der NPD-Publikation »*Deutsche Zukunft*«. Und in der Juni-Ausgabe heißt es unter der Überschrift 'JN wächst':

*»Weiter so, ihr Deutschenhasser. Ihr haltet die Jugend nicht auf. Durch das Verbotsgesetz bezüglich der NPD/JN kam es in den letzten Wochen zu einer dramatisch positiven Mitgliederentwicklung, zu der auch der neugegründete **Mädelbund** der JN kräftig beitrug. Von wegen Nationalisten sind nur Männer, - der Frauenanteil direkt bei der JN-NRW beträgt jetzt bereits **über dreißig Prozent**, - mit weiter wachsender Perspektive. Also, hetzt mal schön weiter, der Nationalismus profitiert, - die Oligarchie verliert.«*

Bei dieser Aussage steht wohl Wunschenken im Vordergrund, denn bislang kann von einem funktionierenden »Mädelbund« keine Rede sein. Inwieweit die NPD/JN ihren Frauenanteil tatsächlich steigern kann, bleibt abzuwarten.

Ähnlich wie bei der NPD ist das Bild in der **Neonazi-Szene**. Frauen in Führungspositionen sind die Ausnahme, die gelegentlich aber recht auffällig ist. Z.B. gibt es eine junge Frau mit führender Rolle in einer der kopfstärksten Neonazi-Szenen (Sauerland/Siegerland) in NRW. Außerdem existiert ein Frauenmagazin der Neoazis in NRW namens »*Triskele*«. Generell ist aber die Neonazi-Szene stark männerdominiert.

Am deutlichsten tritt diese Männerdominanz in der **Skinhead-Szene** hervor, die mit geschätzten 10 % den geringsten Frauenanteil aufweist. In diesem Bereich sind Frauen und Mädchen in aller Regel nur auf eine Komplementärrolle als »Begleiterin« oder locker in die Szene eingebundene »Freundin« reduziert. Denn besonders in der jugendlichen Skinheadszene ist männlicher Chauvinismus vorherrschend. Junge Frauen können in diese 'Männerwelt' nur Eingang finden, wenn sie männliche - und damit zumeist gewalttätige - Rollen übernehmen. Weibliche Führungsfiguren in der Skinhead-Szene, die auch von Männern als Führungspersonen akzeptiert würden, sind in NRW bisher nicht bekannt geworden.

Weibliche Skinheads - die sog. '*Skingirls*' oder '*Renees*' - organisieren sich jedoch nicht nur in gemischtgeschlechtlichen Gruppen, sondern zunehmend auch in (eher instabilen) Frauenzusammenhängen. Herausragend in diesem Zusammenhang ist der »*Skingirl-Freundeskreis Deutschland*« (SFD), der sich 1990/91 in Berlin gegründet hatte. Diesen Verband könnte man als Emanzipationsbewegung innerhalb der Skinheadszene begreifen, da die Frauen nicht mehr nur als Anhängsel oder Gefährtinnen der 'kämpfenden' Männer betrachtet werden wollten. Etwa 50 Frauen hatten sich deutschlandweit zusammengetan, um sich auszutauschen und in Interessengemeinschaften (z.B. 'Brauchtum/Germanentum', 'Fahrt und Lager', 'Gefangenenhilfe') zu arbeiten. Ende Oktober 2000 gab der SFD dann seine Selbstaflösung bekannt. Aus dem SFD sind jedoch andere Organisationen wie z.B. »*Das Braune Kreuz*«, das sich als 'nationalen Sanitätsdienst' bezeichnet und an Veranstaltungen und Aufmärschen der rechtsextremistischen Szene teilnimmt, hervorgegangen (Feldmann 2001).

Auch wenn gewaltbereite weibliche Personen in der Skinhead-Szene keine größere Rolle spielen, darf doch nicht außer Acht gelassen werden, dass sie mitunter bei Gewalttaten eskalierend wirken. Es konnte beobachtet werden, dass die bloße Anwesenheit von Frauen und Mädchen die männlichen Skins zu besonderer Aggressivität und Brutalität animierten. Dies gilt umso mehr, wenn von den weiblichen Personen noch verbale Bestärkung oder sogar 'Anfeuerung' erfolgt. Hierbei spielt der in der Skinhead-Szene verbreitete Männlichkeitskult - häufig in Verbindung mit Alkohol - eine nicht zu unterschätzende Rolle.

*Zusammenfassend* lässt sich feststellen, dass Frauen im rechtsextremistischen Spektrum auch in NRW eine untergeordnete Rolle spielen - wenn auch in gewissen Abstufungen. Sie reichen von einer weitgehenden Bedeutungslosigkeit bei den Skinheads bis zu einem gewissen Einfluss bei den REP. Es ist aber möglich, dass zukünftig mehr (auch emanzipierte) Frauen ihre Position in der rechtsextremistischen Szene finden, da ihre Betätigungsmöglichkeiten und Funktionen vielfältiger werden könnten.

Die **drei vorherrschenden Frauenbilder** der rechtsextremistischen Szene sind damit im Vorstehenden skizziert worden:

- die ideologisch überhöhte Rolle als **Hausfrau und Mutter** (Parteiprogramme!),

- ❑ die Rolle als **Mitläuferin** oder auch **Anstifterin** im Hintergrund (im gesamten organisierten Spektrum) sowie
- ❑ die **militante**, 'männliche' Rolle (insbesondere Skinhead-Szene).

### 2.2.4 Zusammenfassung

Fasst man die beschriebenen sozialstrukturellen Aspekte zusammen, lassen sich *schematisch* folgende 'Mitgliedertypen' der organisierten rechtsextremistischen Szene Nordrhein-Westfalens bilden:

- ❑ Das typische **REP-Mitglied** ist eine Person männlichen Geschlechts zwischen 40 und 59 Jahren, die einen handwerklichen Beruf ausübt oder im kaufmännischen bzw. Verwaltungs-Bereich tätig ist.
- ❑ Das typische **DVU-Mitglied** ist ein männlicher Rentner, der zuvor einen handwerklichen oder Arbeiterberuf ausgeübt hat und über einen einfachen Bildungsabschluss verfügt.
- ❑ Das typische **NPD-Mitglied** ist ein männlicher junger Arbeiter mit einfacher Schulbildung.
- ❑ Für den typischen **Neonazi** und den typischen **Skinhead** gilt das Gleiche wie für das NPD-Mitglied, nur werden diese tendenziell jünger sein.

Im Vergleich wird deutlich, dass die rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen durchaus *unterschiedliche Sozialstrukturen* aufweisen: Während DVU und NPD hinsichtlich der beruflichen Schichtung eine ähnlich deutliche Dominanz im Bereich von Arbeitern/handwerklichen Berufen aufweisen, besitzen sie jedoch eine völlig gegensätzliche Altersstruktur. Die NPD ist eher eine Partei der jüngeren und die DVU mehr eine Partei der älteren Menschen. Demgegenüber liegt das Gros der REP-Mitglieder im Bereich der mittleren Jahrgänge (40-59 Jahre); zudem weisen sie eine andere berufliche Schichtung auf. Es fehlt die deutliche Dominanz des Arbeiter-/Handwerkerbereichs. Verwaltungs- und kaufmännische Berufe nehmen einen ähnlich hohen Anteil ein. Auch dürfte das durchschnittliche Bildungsniveau der REP-Mitglieder nicht unerheblich über dem von DVU und NPD liegen.

Skinhead- und Neonazi-Szene sind deutlich dominiert von jüngeren Menschen und entsprechen in ihrer beruflichen Schichtung - mit Ausnahme des Pensionärs-/Rentneranteils - in etwa dem der NPD.

Den größten Frauenanteil können die REP aufweisen.

Auf Grund der Ähnlichkeit der sozialdemografischen Strukturen von NPD, Neonazi- und Skinhead-Szene ist es auch nicht überraschend, dass es *zahlreiche personelle Überschneidungen* gibt. Dies gilt im besonderen Maße für das Verhältnis von Neonazi- zur Skinhead-Szene.

*Arbeitslosigkeit* scheint - abweichend von herrschenden Vorurteilen - in den rechtsextremistischen Parteien und Szenen keine überproportionale Rolle zu spielen, auch wenn hierzu keine präzisen Zahlen vorliegen. Am ehesten scheinen noch Personen aus der Neonazi-Szene und insbesondere der Skinhead-Szene hiervon betroffen zu sein.

## 2.3 Rechtsextremistische 'Öffentlichkeitsarbeit'

### 2.3.1 Kommunikation, Information und Vernetzung in der 'Szene'

Zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda in der Öffentlichkeit und zur besseren Information, Kommunikation und Verständigung innerhalb ihrer Szene nutzen Rechtsextremisten neben eher **klassischen Kommunikationsmedien** wie Zeitungen oder andere Publikationen vor allem auch die sog. **Neuen Medien** - wie z.B. das Internet. Darüber hinaus sind auch die **Nationalen Info-Telefone** beliebte Kommunikationsmittel.

Nachfolgend werden die vielfältigen Möglichkeiten beschrieben, mit denen rechtsextremistische Propaganda verbreitet bzw. die Kommunikations- und Aktionsfähigkeit innerhalb der Szene gewährleistet wird. Des Weiteren werden die für die rechtsextremistische Szene wichtigen Zeitungen, Publikationen etc. exemplarisch vorgestellt (ergänzend hierzu: Verfassungsschutzbericht).

#### 2.3.1.1 Printmedien

Printmedien werden sowohl von den drei größeren rechtsextremistischen Parteien als auch von der Neonazi- und Skinhead-Szene genutzt, um ihre verfassungsfeindliche Ideologie zu transportieren. Ebenso werden sie

von der Neuen Rechten und von rechtsextremistischen Verlagen eingesetzt.

Die drei größeren rechtsextremistischen **Parteien** lassen neben Plakaten, Aufklebern etc. vor allem auch eigene Zeitungen drucken:

- ❑ Offizielles Organ des **REP**-Bundesverbandes ist die monatlich bundesweit erscheinende Zeitung **Der Republikaner**. Eine regelmäßig erscheinende Publikation des NRW-Landesverbandes gibt es zur Zeit nicht, es gibt aber lokale Publikationen, wie *Der REPräsident* und *REPort*.
- ❑ Die **DVU** hat zwar kein offizielles Parteiorgan, faktisch übernimmt diese Rolle aber die wöchentlich erscheinende **National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)** des DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Frey (Auflage ca. 45.000 Exemplare, vgl. 2.1.1.2).
- ❑ Die **NPD** vertreibt monatlich die **Deutsche Stimme** (Auflage ca. 10.000 Exemplare). Der Landesverband NRW legt eine Beilage mit dem Titel *WIR IN NRW* dazu. Darüber hinaus erscheint die Publikation **Deutsche Zukunft - Landesspiegel NRW** monatlich (Auflage ca. 1.000). Daneben publizieren auch einzelne Kreisverbände. Der Kreisverband Dortmund gibt die unregelmäßig erscheinende *Dortmunder Stimme* (Auflage ca. 500) und der Kreisverband Recklinghausen monatlich ein sog. *Kreisblatt* heraus.

Die Jugendorganisation der NPD, die **JN** gibt die Mitglieder-Zeitschrift **Der Aktivist** heraus. Seit Mai 2001 erscheint das neue Organ der JN NRW **Funkenflug** als Teil der NPD-Publikation *Deutsche Zukunft*.

Innerhalb der **Neonazi-Szene** wird *bundesweit* lediglich das von Hamburger Aktivisten sehr aufwendig und professionell aufgemachte, unregelmäßig erscheinende **Zentralorgan** vertrieben. Das Projekt versteht sich als Organ bzw. Kampfzeitung der 'Nationalen Opposition'. Schwerpunkte sind neben tagespolitisch aktuellen Themen und Interna aus der Neonaziszene in der rechtsextremistischen Szene beliebte Themen wie Zwangsarbeiterentschädigung, doppelte Staatsbürgerschaft und die Wehrmachtausstellung. Des Weiteren gibt es zahlreiche regionale und lokale Neonazipublikationen. In NRW sind u.a. zu nennen der *Düsseldorfer Beobachter*, *Sauerländer Stürmer*, *Förderturm*, *Final Call - Die neue Ordnung* und *Triskele*.

Druckerzeugnisse, die innerhalb der **Skinhead-Szene** Verbreitung finden, werden »**Fanzines**« genannt. Sie sind das zweite große Kommunikationsmittel der Szene - an erster Stelle sind die Skinhead-Konzerte zu nennen (vgl. 2.3.2.1). Der Begriff »Fanzine«, bei dem es sich um eine Wortneuschöpfung handelt, ist aus den englischen Begriffen 'fan' und 'magazine' entstanden. Fanzines vermitteln gemeinsame 'Werte' und wirken damit für die größtenteils noch jugendlichen Szene-Angehörigen **identitätsstiftend**.

Meistens enthalten die Fanzines Informationen über Konzerte und Skinhead-Bands sowie Hinweise auf Neuerscheinungen und Bezugsadressen für die entsprechenden Tonträger. Darüber hinaus informieren sie über **szenetypische Aktivitäten** wie Skinhead-Treffen und Feten. Leserbriefe und Reaktionen hierauf sorgen für eine gemeinsame Plattform, auf der Meinungen und Gedankengut ausgetauscht werden und der Zusammenhalt der Skinhead-Szene gegenüber einer sie 'ausgrenzenden' Öffentlichkeit gefestigt wird. Zudem gibt es auch Berichte über politische Demonstrationen von Rechtsextremisten. Mit Interviews und sonstigen Beiträgen wird insbesondere auch ausländischen rechtsextremistischen Bands ein Forum geboten. Ein Großteil der Fanzines enthält damit rechtsextremistisches Gedankengut.

Viele Fanzines erscheinen nur **unregelmäßig**. Sie sind nicht im Zeitschriftenhandel erhältlich, sondern werden direkt vertrieben bei Skinhead-Konzerten oder durch schriftliche Bestellung bei den in den Fanzines genannten Bezugsadressen. Die Hefte werden in der Regel von einzelnen Skinheads hergestellt, die schon länger dieser Szene angehören, und deshalb auch über die notwendigen umfassenden Kontakte verfügen - beispielsweise zu einschlägigen Musikgruppen oder auch zu Mitgliedern rechtsextremistischer Vereinigungen. Zum Teil agieren sie auch selbst in rechtsextremistischen Kreisen oder sind an rechtsextremistischen Straftaten beteiligt. Die Auflagen belaufen sich meist auf einige hundert Exemplare pro Ausgabe. Einige wenige erreichen durch bundesweite Verteilung Auflagenhöhen von bis zu 1.000 Exemplaren (Stückpreis ca. 3 bis 6 DM).

Aufmachung und **Qualität** der Fanzines sind sehr unterschiedlich. Neben sprachlich und technisch schlechten Fanzines sind inzwischen professionelle, regelmäßig erscheinende Hefte erhältlich. Diese

Entwicklung dürfte nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der **Kommerzialisierung** der Skinhead-Szene zu sehen sein. Die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Fanzines ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Oktober 2000 kursierten in Deutschland etwa 50 Fanzines - in NRW wurden seit Ende 1996 neun Fanzines bekannt, u.a. das für die Skinhead-Musikszene bedeutende professionelle Fanzine *Rock Nord* (Auflage ca. 15.000 Exemplare). Auf farbigen Hochglanzseiten wird hier über Skinhead-Konzerte berichtet, Bandmitglieder werden interviewt und Meinungen aus der Rechtsrock-Szene wiedergegeben.

Auch die **Neue Rechte** publiziert ihre einschlägige Propaganda. Im Folgenden werden zwei bedeutende Publikationen vorgestellt (vgl. 2.1.5):

### **Junge Freiheit (JF)**

Diese Wochenzeitung verfolgt - wie auch andere Publikationen der Neuen Rechten - vermutlich die vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci formulierte Strategie, wonach zunächst die Eroberung der **kulturellen Hegemonie** als Voraussetzung für die spätere Erringung der politischen Macht anzustreben sei. Zum strategischen Konzept der 'kulturellen Hegemonie' gehört, dass die eigentlichen politischen Ziele nicht immer offen genannt und verfolgt werden, sondern dass rechtsextremistisches Gedankengut möglichst verschleiert transportiert wird. Als Deckmantel nutzt die JF verstärkt die Bereitschaft von Persönlichkeiten des demokratischen Spektrums zu Interviews und einzelnen Textbeiträgen. Den Zusammenhang zwischen politischer Zielsetzung und kultureller Basis betont die JF bereits in ihrem Untertitel *Wochenzeitung für Politik und Kultur*. Bezeichnend ist der umfangreiche Kulturteil der JF, in dem verschiedene Elemente aus den Kultursparten der Musik, des Films und der Literatur geschickt aufgenommen und kommentiert werden.

Bei der Berichterstattung der JF über tagespolitische Aktualitäten, die überwiegend in der Form des *Kommentarjournalismus* mit bestimmter politischer Botschaft behandelt werden, liegt ein deutlicher inhaltlicher Schwerpunkt auf der Deutschlandpolitik. Begriffe wie 'Nationalstaat', 'Überfremdung' oder 'Multikulturelle Gesellschaft' werden im Zusammenhang mit Themen der allgemeinen politischen Diskussion (z.B. zur sog. »Leitkultur« oder zur »Green-Card«) so diskutiert, dass sich Rechtsextremisten der unterschiedlichsten Schattierungen ideologisch wiederfinden. Durch Terminhinweise auf Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen und durch Beiträge, die Sympathie für rechtsextremistische Organisationen und nicht selten auch Solidarität mit einschlägig verurteilten Straftätern erkennen lassen, signalisiert die JF der rechtsextremistischen Szene Nähe und Unterstützung.

### **Nation & Europa - Deutsche Monatshefte (NE)**

Diese Publikation ist das bedeutendste Strategie- und Theorieorgan der Neuen Rechten. Ihre Ziele definierten die Herausgeber im November 2000 auf ihrer Internet-Homepage wie folgt:

*»Wir sind überparteilich.*

*Aber wir ergreifen Partei.*

*Gegen den Ausverkauf nationaler Lebensinteressen und den Verzicht auf demokratische Selbstbestimmung.*

*Für eine wirtschaftliche und soziale Solidargemeinschaft des Volksganzen und für die nationale Präferenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.*

*Gegen die 'multikulturelle' Zerstörung der Volksidentität, gegen Masseneinwanderung und Asylmissbrauch.*

*Für den Schutz aller Völker vor Überfremdung, Ausbeutung und 'globalisierender' Gleichmacherei.*

*Gegen die zunehmende Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte, gegen 'Political correctness', Zensur und eine Geschichtsschreibung unter Strafrechtsdiktat.« (Auszüge)*

Bedeutsam für die Richtung der *Strategiedebatte* unter den rechtsextremistischen Gruppierungen ist die verstärkte Kritik an dem REP-Vorsitzenden Dr. Schlierer anlässlich der Wahlniederlagen in Hessen und Baden-Württemberg. So werden in mehreren Beiträgen (Heft-Nr. 5/2001) die Ablösung des REP-Bundesvorsitzenden und eine Neuformierung des nationalen Lagers gefordert. In der NE wurde in der

Vergangenheit wiederholt die Bündelung nationaler Kräfte gefordert und der durch den REP-Bundesvorsitzenden propagierte Abgrenzungsbeschluss der REP gegenüber DVU und NPD verurteilt.

Darüber hinaus werden weitere der Neuen Rechten zuzurechnende *Theorie- und Strategieorgane* aufgelegt. Dazu gehören beispielsweise die Publikationen *Opposition - Magazin für Deutschland*, das stark an »Nation & Europa« angelehnt ist, und *Staatsbriefe* (fester Abonnentenkreis, der mit einer Auflage von ca. 900 Exemplaren versorgt wird).

Neben den genannten Publikationen der Parteien und der sog. Neuen Rechten existieren zahlreiche weitere **rechtsextremistische Verlage und Vertriebe** mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung. Abschließend sollen noch zwei auflagenstarke rechtsextremistische Druckwerke aus **NRW** kurz vorgestellt werden:

### **Unabhängige Nachrichten (UN)**

Die *Unabhängigen Nachrichten* werden mit einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren von der rechtsextremistischen Gruppierung 'Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V.' herausgegeben. Der Verein hat seinen Sitz in Oberhausen. Selbsterklärtes **Ziel** ist, den fortschreitenden »Verdrängungswettbewerb nationaler und/oder internationaler Medienkonzerne und die damit zwangsläufig verbundene direkte oder indirekte Steuerung der 'öffentlichen Meinungsbildung'« zu verhindern und einen Beitrag gegen die »Pressekonzentration und Monopolisierung der Medien« zu leisten.

In dieser Publikation wird vor allem die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet, es wird fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet und die Bundesrepublik Deutschland bzw. deren Repräsentanten werden verunglimpft. Die in Deutschland lebenden Ausländer und Asylbewerber werden ausschließlich aus dem Blickwinkel der 'Überfremdung', 'Ausbeutung öffentlicher Kassen' und angeblichem 'Schmarotzertum' betrachtet. Um die eigene politische Ausrichtung zu kaschieren und damit einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen, werden Artikel anderer Presseorgane oder Aussagen Oppositioneller publizistisch auf die Weise instrumentalisiert, dass für den Leser die gewollte Botschaft erzeugt wird. So wurden in der Ausgabe vom August 2000 unter der Überschrift »Wachen die Medien endlich auf?« Überschriften anderer Presseorgane zitiert, die beispielsweise lauteten: »Auf dem Weg zu einem Deutschland ohne Deutsche« oder »Deutschland am Ende? Werden Deutschlands Großstädte islamisch?«.

Darüber hinaus versuchen die UN, mit Schülerzeitungen Kontakt aufzunehmen. Man versucht, sich unter Verschleierung der rechtsextremistischen Zielsetzung in einem positiven Licht darzustellen und bietet eine Zusammenarbeit an. Bei entsprechender 'Gegenleistung' durch Abdruck einer Werbeanzeige der UN in der Schülerzeitung wird ein kostenloses Abonnement der UN angeboten.

### **Der Schlesier**

Die Wochenzeitung *Der Schlesier* (Auflage: 8.500 bis 10.000) wurde 1948 gegründet. Hauptschwerpunkt der Zeitung ist der sog. **geografische Revisionismus** (vgl. 2.1.4). Die Publikation weist weiter die Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zurück und verharmlost die Verbrechen des NS-Regimes. Diese Zielsetzungen gehen - wie bei der UN - einher mit ständiger massiver Verunglimpfung des Staates und seiner Repräsentanten, zudem werden immer wieder fremdenfeindliche Ressentiments geschürt.

#### **2.3.1.2 Vernetzung mit Hilfe 'Neuer Medien'**

In der Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus wird in den letzten Jahren verstärkt die Bedeutung der Neuen Medien betont. In erster Linie wird an das **Internet** gedacht. Es steht daher auch im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung. Daneben wird die Bedeutung von **Mobil- und Infotelefonen**, die in der rechtsextremistischen Szene ebenfalls zu den häufig genutzten Kommunikationsmitteln zählen, skizziert.

Die **Bedeutung des Internets** hat innerhalb des Rechtsextremismus als komfortables Medium zur Selbstdarstellung sowie als Informationsinstrument und vor allem als Agitationsbasis in erheblichem Maße zugenommen. Es dient Rechtsextremisten als Plattform für ihre verfassungsfeindlichen Ziele und Ideen und als Infopool für Gleichgesinnte.

Lag die **Zahl der** bekannten, von deutschen Rechtsextremisten betriebenen **Homepages** 1999 noch bei etwa 320, so wurden im Laufe des Jahres 2000 nach grober Schätzung 800 rechtsextremistische Homepages in das weltweite Netz eingestellt. Zurzeit sind etwa 1.300 entsprechende deutschsprachige Homepages bekannt (Stand Oktober 2001). Von einer weiteren Steigerung ist auszugehen.

Ein Hauptgrund für die hohe **Attraktivität** des Internets als Plattform für rechtsextremistische Propaganda liegt - neben der technisch unkomplizierten Handhabung und dem niedrigen Kostenaufwand - insbesondere in der Möglichkeit, eine Strafverfolgung nach deutschem Recht zu umgehen. So werden Inhalte, die in Deutschland beispielsweise nach den §§ 86, 86a und 130 StGB (Propagandadelikte<sup>e</sup>) strafbar sind, anonym über Provider solcher Länder ins Netz gestellt, in denen rechtsextremistische Agitation und Volksverhetzung bis hin zu Bombenbauanleitungen oder der Propagierung von Gewalt gegenüber politischen Gegnern ebenso zur freien Meinungsäußerung zählen wie Verkaufsangebote von NS-Propaganda und Devotionalien (= Andachtsgegenstände) aus der Zeit des Naziregimes.

Die **breite Palette** rechtsextremistischen Gedankenguts im Internet reicht vom Revisionismus über die Musik- und Jugend-Subkultur (Skinhead-, NS Black Metal-Musik) bis hin zur Neonazi-Szene. Daneben sind alle wesentlichen rechtsextremistischen Parteien - teilweise einschließlich der Landes-, Kreis- bzw. Ortsverbandsebene - sowie Publikationen und sonstige Organisationen im Internet vertreten. Zu den rechtsextremistischen Zusammenschlüssen, die sich im Internet präsentieren, gehören auch zahlreiche rechtsextreme Sammelbewegungen und parteiübergreifende Projekte, wie *Bündnis Rechts*, *Vereinigte Rechte*, *Deutschland-Bewegung/DAO* (Dr. Alfred Mechtersheimer), *Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)*, *Deutsches Kolleg* sowie Einzelpersonen wie Horst Mahler oder Franz Schönhuber.

Im Bereich des **Revisionismus**, dem in Deutschland auf Grund seiner strafrechtlichen Relevanz eine besondere Bedeutung zukommt, sind als verbreitetste Form des 'harten' Revisionismus das *National Journal*, die Stiftung *Vrij Historisch Onderzoek (VHO)*, das *Adelaide-Institut*, *Radio Islam*, das *Institute for Historical Review* sowie die *Zündel-Site* und David Irving mit seiner Homepage zu nennen. Hierbei handelt es sich um Internetseiten, die vom Ausland aus in deutscher Sprache eingestellt werden. Nach einer neuen Entscheidung des Bundesgerichtshofes ist auch bei solchen Einstellungen durch Ausländer im und aus dem Ausland in Deutschland das deutsche Strafrecht anwendbar, so dass die Homepage-Betreiber bei einer Einreise nach Deutschland mit Strafverfolgung rechnen müssen.

Bei den Publikationen und Theorie-/Strategieorganen der **Neuen Rechten** sind u.a. die *Junge Freiheit*, *Nation & Europa*, *Signal - Das patriotische Magazin* und *Staatsbriefe* im Netz vertreten (vgl. 2.1.5). Auf den Homepages gesetzte Links verweisen auf einschlägige Verlage bzw. Versandvertriebe. Ebenfalls in den Bereich der Neuen Rechten gehört beispielsweise die *Thule-Netz-Homepage*, die ausführliche Textdokumente zu den unterschiedlichsten Themen des Rechtsextremismus, Informationen und Links zu rechtsextremistischen Parteien, sonstigen Organisationen und Publikationen sowie Adressen von politischen Gegnern enthält. Außerdem sind Erläuterungen und Hilfestellungen zum Mailboxeinsatz sowie zur Verwendung einer Verschlüsselungssoftware abrufbar.

Auch **Neonazis** sind im Internet vertreten. Aus NRW sind dies - zum Teil über ausländische Provider - beispielsweise der *Kampf-Aktion-Widerstand* (Hagen), zwei Homepages aus dem Bereich der Neonaziszene im Sauer-/Siegerland, der *Nationale Widerstand Ruhr*, das *Nationale Info-Telefon/NIT-Rheinland*, *Widerstand West* (Düsseldorf) und *Nationalisten im Düsseldorfer Süden*. Außerdem sei die Homepage des US-Staatsbürgers Gary Rex Lauck (NSDAP/AO) erwähnt, die neben der Verbreitung seines nationalsozialistisch ausgerichteten Gedankenguts zahlreiche Links zu anderen Gruppen aus dem NS-Spektrum, aber auch zu deutschen rechtsextremistischen Organisationen bietet. Lauck versorgt die deutsche Neonazi-Szene auch mit der unregelmäßig erscheinenden Schrift *NS-Kampfruf* oder mit sog. 'Spuckis'.

Auf Grund fehlender festgefügtter bundesweiter Organisationsstrukturen innerhalb der bundesdeutschen Neonazi-Szene sind die **Nationalen Infotelefone** (NIT) ein wichtiger Bestandteil der kommunikativen Vernetzung der Szene in Deutschland. Sie sind Info-Börsen, die 24 Stunden am Tag abgerufen werden können. Über sie werden alle wesentlichen Aktionen der Szene von der Vorbereitung über die aktuelle Durchführung bis zur abschließenden Kommentierung begleitet. Ohne Nationale Infotelefone wäre eine Koordinierung der jeweiligen Szenenaktionen kaum möglich. Im Jahr 2000 waren insgesamt 14 Infotelefone aktiv - darunter

das NIT Rheinland (vgl. 2.1.2), das für NRW von besonderer Bedeutung ist, da über dieses Telefon nahezu alle wesentlichen NRW-Aktivitäten und häufig auch Aktionen in anderen (Bundes-)Ländern angekündigt und beworben werden.

Im **Musikbereich** umfasst das Internet ein breites Angebot an rechtsextremistischer Skin-, Rock- und Black-Metal-Musik, die vornehmlich von kleineren Labels angeboten wird. Bekannte Verlage/Vertriebe sind beispielsweise *VGR-Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland*<sup>8</sup>, *Nord Versand*, *Hanse Records*, *Hagal Records* und *Moin Moin Records*. Eine sog. »Heimatseite« im Internet betreibt auch der rechtsextremistische Liedermacher Frank *Rennicke*, der zu den bekanntesten Personen der rechtsextremen Musikszene gehört. Vereinzelt finden sich auch Skin-Bands im Internet.

Weiterhin von Bedeutung für die Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda sind aus dem Internet kostenlos herunter ladbare **Musikdateien im MP3-Format**, die über PC oder MP3-Player abgespielt werden können. Dabei sind auf einschlägigen, rechtsextremistischen Homepages (z.B. *Thule-Netz*) aber auch auf sog. Internet-Tauschbörsen u.a. Musiktitel abrufbar, die in Deutschland auf Grund strafbarer Inhalte indiziert sind.

Ein weiteres Kommunikationsmittel der rechtsextremistischen Szene ist die Nutzung von **SMS** (»Short Message System«) zum Verschicken von Nachrichten an Handys. Neben dem Informationsaustausch innerhalb der Szene eröffnen einige rechtsextremistische Homepages beispielsweise die Möglichkeit, Ausländern und/oder unbeteiligten Bürgern, die Mobiltelefone besitzen, gezielt Nachrichten mit fremdenfeindlichen, volksverhetzenden Inhalten zu übermitteln. Einen Hinweis auf den Absender erhält der Empfänger in der Regel nicht.

**Resümierend für die Bedeutung des Internets** als herausragendes Medium der rechtsextremistischen Szene ist festzustellen:

- ❑ Die optische und technische **Gestaltung rechtsextremistischer Homepages** wird immer weiter verbessert. Internet-Nutzer haben u.a. regelmäßig die Möglichkeit, über entsprechende »Links« (automatisierte Verbindungen) eine Fülle von weiteren rechtsextremistischen Seiten aufzurufen. Diese Link-Listen begünstigen die **Vernetzung** der rechtsextremistischen Szene.
- ❑ Das Internet dient - wie die Nationalen Infotelefone - verstärkt der **Mobilisierung der Szene**. Über diverse Homepages wird regelmäßig zur Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen aufgerufen. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass Rechtsextremisten durch »informationelle Vernetzung« die Strategie verfolgen, strukturelle Schwächen in der Kommunikation auszugleichen und die organisatorische Spaltung in der rechtsextremistischen Szene zu überwinden.
- ❑ Das Internet kann Rechtsextremisten die Möglichkeit eröffnen, **Personen** außerhalb ihres eigenen Umfeldes **anzusprechen**, die sie mit Flugblättern oder Publikationen nicht erreichen würden. Vor allem jüngere Menschen - die Hauptnutzer des Internets - könnten durch rechtsextremistische Parteien und Organisationen angesprochen werden. Auch Bürger, die auf Grund von Hemmschwellen oder fehlendem Zugang zu einschlägigen Kreisen bisher davon abgehalten wurden, sich mit rechtsextremistischer Ideologie zu beschäftigen, könnten durch anonyme Internetrecherchen in ihren rechtsextremen Einstellungen bestärkt werden. Allerdings lässt sich diese Gefahr bisher *nicht* empirisch belegen. Wichtiger erscheint die Möglichkeit der Kommunikation und Vernetzung bereits 'Eingeweihter' durch das Internet.

## 2.3.2 Rechtsextremistische 'Kulturszene'

Im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen 'Kulturszene' wird häufig die Ansicht vertreten, Rechtsextremisten hätten kulturell nichts oder nur wenig zu bieten. Diese Ansicht beinhaltet jedoch eine nicht wertneutrale Verwendung des Begriffes 'Kultur'. Hier wird ein bestimmtes inhaltliches Niveau an den Kulturbegriff angelegt. Eine solche inhaltliche Festlegung wird bei der folgenden Darstellung der rechtsextremistischen Kultur - insbesondere der Bereiche Musik und Sport - nicht vorgenommen.

### 2.3.2.1 Musik

#### Skinhead-Szene

Bei den verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen und Szenen ist die Bedeutung von Musik sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die mit Abstand höchste Bedeutung hat Musik für die **Skinhead-Szene**.

Skinheads ohne Skin-Musik sind kaum denkbar. Die Skin-Musik ist ein entscheidendes 'Bindemittel' für die Skinhead-Szene. Sie wirkt in ihrer Gesamtheit als **Integrations- und Aggressionsfaktor** und liefert Jugendlichen Anreize zum Einstieg in die rechtsextreme Szene.

Es gibt unterschiedliche stilistische Ausdifferenzierungen von Skin-Musik. Im Folgenden wird nur von der Musik des rechtsextremistisch geprägten Teils der Skinheadszenen gesprochen. Hier wird Musik zum **Propagandaträger**.

Die dumpfe Skinhead-Musik ist von **schlichten Melodien** und **harten**, schnellen und stakkatoartigen **Rhythmen** geprägt. Sie ist extrem laut und aggressiv. Die rechtsextremistischen Texte sind zum Teil von kaum vorstellbarer volksverhetzender und gewaltverherrlichender Qualität. Hierzu zwei Beispiele:

*»... kommen zwei Zecken auf mich zu,  
zwei Tritte in die Schnauze, dann ist Ruh.  
Sie liegen da in ihrem Blut,  
ich muss euch sagen, dieser Anblick tut mir gut. ...  
Ein Trupp von Skinheads steht zum Kampf bereit.  
Sie hauen die ganzen Alis kurz und klein,  
so ist es richtig, so muss es immer sein.«  
(aus »Kreuzberger Nächte« der Band »Zillertaler Türkenjäger«)*

*»Irgendwer wollt den Niggern erzählen,  
sie hätten hier das freie Recht zu wählen.  
Das haben sie auch,  
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch...«  
(aus der CD »Ran an den Feind« der Band »Landser«)*

Von solcher Musik geht die Gefahr aus, bei unkritischen und prädisponierten Hörern eine **aggressive Stimmung** hervorzurufen. Dies könnte dazu animieren, die durch die Texte transportierte Brutalität auch in die Tat umzusetzen - insbesondere dann, wenn auch noch Alkohol hinzukommt. Angesichts derartiger Musik ist es nicht verwunderlich, dass in der Skinhead-Szene eine große Affinität zu Gewalt bzw. eine hohe Gewaltbereitschaft besteht. Gewalt ist neben der Musik eines der wesentlichen Bindeglieder der rechtsextremistischen Skinhead-Szene.

Da der Skinhead-Szene feste organisatorische Strukturen fremd sind (Ausnahme war die »Blood & Honour«-Bewegung<sup>9</sup>) und oft nur lose Zirkel existieren, Musikveranstaltungen für die Szene von hoher Bedeutung. Sie bieten die Möglichkeit sich zu treffen, Kontakte zu knüpfen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Auch die Wirkung der Musik als Indokrinationsmittel darf nicht unterschätzt werden. Aber nicht nur die rechtsextremistischen Liedtexte spielen eine Rolle, sondern auch die Begleitumstände: Bandauftritte werden beispielsweise oft vom »Hitler-Gruß« oder durch das Schwenken der Reichskriegsflagge im Publikum begleitet. Zwischen den Bands und ihren Zuhörern besteht dabei häufig ein Art Arbeitsteilung. Die Bands geben bestimmte Textpassagen an das Publikum ab. Während z.B. die Band vorgibt *»... machen die Straßen...«* soll die letzte Textpassage - nämlich *»türkenfrei«* - durch die Zuhörerschaft gesungen werden. So entsteht eine Art Wechselgesang, ein Grundprinzip der Massenstimulation.

*Zusammenfassend* für die Skinhead-Szene lässt sich sagen, dass Musik hier für den Zusammenhang und Zusammenhalt von ganz entscheidender Bedeutung ist. Andere Kultur- oder Musikformen spielen kaum eine Rolle - dies gilt auch für Heimat- oder Volkslieder. Allenfalls lassen sich einige Skinheads noch dazu bewegen, einen Balladenabend mit dem NPD-Vorzeigesänger Frank Rennie zu besuchen.

### Neonazis

In der stärker politisierten **Neonazi-Szene** spielt Kultur oder Musik eine erheblich geringere Rolle. Bei geschlossenen Saalveranstaltungen wird teilweise altes **NS-Liedgut** angestimmt oder es werden alte **Heimatlieder** gesungen. Obgleich das gemeinsame Singen von Liedern das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt, ist es aber nicht der Regelfall. Skinhead-Musik wird normalerweise nicht gespielt. Gelegentlich besuchen Neonazis Balladenabende - beispielsweise mit dem bereits genannten Frank Rennie. In seltenen

Ausnahmefällen wurden auf Veranstaltungen der Neonazi-Szene selbst verfasste Gedichte vorgetragen.

Eine gewisse Bedeutung in der Neonazi-Szene haben Sonnwendfeiern, insbesondere die Sommersonnwendfeier. Bei solchen Gelegenheiten wird häufig gesungen, politische »Treueschwüre« werden abgegeben und es wird versucht, bei Feuer- und Fackelschein Bezüge zur nordischen Mythologie - und gleichzeitig zur Zeit des Nationalsozialismus - herzustellen. Mit derartigen Veranstaltungen, die gerade auf junge Menschen eine Faszination ausüben, wird das interne Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Häufig spielt allerdings auch der Alkoholkonsum eine so große Rolle, dass die Veranstaltungen in »Trinkgelagen« ausarten.

### Parteien

Bei den rechtsextremistischen **Parteien** (REP, DVU und NPD) ist die Bedeutung von Kultur und Musik unterschiedlich ausgeprägt. Bei REP und DVU ist die Bedeutung sehr gering, während sie bei der NPD etwas höher ist, aber auch dort keine überragende Stellung einnimmt.

Bei den **REP** sind kulturelle Veranstaltungen oder ein musikalisches Rahmenprogramm bei großen Veranstaltungen eher die Ausnahme. Dies gilt auch für die größeren Parteitage auf Bundes- oder Landesebene. Auch die Veranstaltung von Balladenabenden ist bisher in NRW nicht beobachtet worden<sup>9</sup>.

Auch bei der **DVU** spielen Kultur und Musik eine eher bescheidene Rolle. Lediglich auf den großen jährlichen Versammlungen in Passau mit jeweils 2.000 bis 3.000 Menschen sind im Programm auch Musikdarbietungen enthalten. Hierbei wird auf den Musikgeschmack der vorwiegend älteren Klientel Rücksicht genommen. Skin-Musik ist absolut verpönt.

Bei der **NPD** nimmt Kultur in Form von Musik eine etwas bedeutendere Stellung ein. Bei vielen der größeren Saalveranstaltungen der NPD wird ein musikalisches Beiprogramm geboten. Meistens handelt es sich dabei um sog. Balladensänger wie *Rennicke*. Skin-Musik spielt bei NPD-Veranstaltungen keine Rolle. In NPD-Kreisen werden mitunter auch Sonnwendfeiern wie in der Neonazi-Szene abgehalten.

*Resümierend* lässt sich sagen, dass die bindungs- und identifikationsstiftende Wirkung von Kultur in der rechtsextremistischen Szene eher wenig genutzt wird. Lediglich in der Skinhead-Szene spielt Musik eine exorbitant wichtige Rolle.

### 2.3.2.2 Sport

Auch Rechtsextremisten interessieren sich für Sport und nutzen die große sportliche Angebotspalette. Vor diesem Hintergrund stellt sich aber die Frage, ob sich Gruppierungen und Zusammenschlüsse mit rechtsextremistischem Hintergrund im Bereich des Sports bzw. der Fangruppen betätigen.

Beteiligungen im Bereich des Sports bzw. Versuche der Einflussnahme auf Fangruppen durch Rechtsextremisten in NRW konnten bisher fast ausschließlich im **Fußballsport** beobachtet werden. Neonazis, Skinheads und teilweise auch NPD-Gruppierungen organisierten gelegentlich Fußballturniere oder nahmen an Turnieren teil. Selbstverständlich kann man nicht ausschließen, dass einzelne Rechtsextremisten in regulären Sportvereinen organisiert sind und dort am regulären Spielbetrieb teilnehmen. Aktuell liegen jedoch keine Hinweise vor, dass sich das rechtsextremistische Parteienspektrum organisiert im Bereich der Fußballfanszenen der Bundes- wie auch Regionalligen betätigt.

Allerdings gibt es partiell Überschneidungen zwischen lokalen Skinhead- und vereinzelt auch Neonaziszenen mit sog. **Hooligan-Szenen**. Nach Polizeierkenntnissen handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der politisch 'rechts' orientierten Fußballfans um Skinheads, die - meist unter Alkoholeinfluss - die 'Bühne' des Fußballs nutzen, um als Einzelperson bzw. in kleinen Gruppen durch einschlägige Provokationen aufzufallen. Neben dem Zeigen des »Hitler-Grußes«, dem Skandieren von »Sieg-Heil«-Rufen sowie Sprechgesängen mit volksverhetzenden Inhalten gehört hierzu auch das Tragen bzw. Verwenden von NS-Symbolen an der (Fan-)Kleidung und auf Transparenten.

Organisierte Rechtsextremisten - vornehmlich aus der Neonazi-Szene - versuchten jedoch mehrfach, insbesondere **unter den** gewaltbereiten bzw. gewalttätigen **Fußballfans Nachwuchs zu rekrutieren**. Diese Aktionen haben nur in Einzelfällen Erfolg, da die überwiegende Zahl der Fans nicht bereit ist, sich aktiv im Sinne rechtsextremistischer Zielsetzungen zu engagieren.

Berichte aus bestehenden **Fußball-Fan-Projekten** zeigen, dass die direkte Betätigung von rechtsextremen Gruppen in der Fan-Szene deutlich zurückgegangen ist. In Nordrhein-Westfalen haben sie auf Grund der intensiven präventiven Arbeit der Fan-Projekte immer weniger Chancen, die Fan-Szene als Einflussraum zu nutzen (vgl. 5.2.5).

Neben der Nähe zum Fußball wird häufig eine Verbindung von rechtsextremistischen Gruppen mit dem **Kampf- und Wehrsport** angenommen. Der Verfassungsschutz verfügt jedoch über keine Erkenntnisse zu organisierten und planmäßigen Betätigungen rechtsextremistischer Gruppierungen im Bereich des **Kampfsports**.

Ähnlich verhält es sich im Bereich **Wehrsport**. Die Verbindung, die zwischen dieser 'Sportart' und Rechtsextremisten hergestellt wird, könnte auf der 1980 vom Bundesministerium des Innern verbotenen *Wehrsportgruppe Hofmann* beruhen. Die damals ca. 400 Mitglieder umfassende Organisation führte in Uniformen mit ausrangierten Militärfahrzeugen Geländeübungen durch, um sich im Partisanenkampf zu trainieren. Derartige Gruppen sind in NRW aber nicht bekannt. Eine Ausnahme bildet eventuell eine Gruppe von Neonazis aus dem Rhein-Sieg-Kreis: Ihr Kern besteht aus 15-20 Personen, nach einer groben Schätzung kann sie weitere 20 bis 30 Personen im Umfeld ansprechen. Diese erproben häufiger Geländespiele und militärähnliches Exerzieren wie »Antreten« (vgl. 2.1.2). Bisher konnte allerdings bei dieser Gruppierung keine erhöhte Militanz im Vergleich zu den übrigen Neonazi-Gruppierungen in NRW festgestellt werden.

## 2.4 Rechtsextremistische Gewalt und Bedrohung

Nach Einschätzung von Polizei und Verfassungsschutz NRW waren im Jahr 2000 etwa **720** Personen des rechtsextremistischen Spektrums als **gewaltbereit** einzustufen. Hierbei handelt es sich überwiegend um rechtsextremistische Skinheads. Doch zunächst zu den Opfern.

### 2.4.1 Opfer rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt

Für Nordrhein-Westfalen lässt sich feststellen, dass von Januar 1991 bis Dezember 2000 *sieben Menschen* durch rechtsextremistische Anschläge bzw. Überfälle *getötet* wurden. Fünf davon wurden 1993 Opfer des Brandanschlages auf das Haus der Familie Genc in Solingen. Darüber hinaus gab es weitere Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten ohne Todesfolge.

Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt hat für den Zeitraum von 1991 bis 1998 folgende Daten zu Opfern fremdenfeindlicher Gewaltdelikte erfasst:

Quelle: *LKA NRW*

Eine eindeutige Motivzuweisung ist nicht möglich, es ist lediglich davon auszugehen, dass ein Teil der Tatverdächtigen (auch) aus rechtsextremistischer Motivation (vgl. 1) heraus gehandelt hat.

Problematisch ist, dass **bislang keine bundeseinheitliche**, kontinuierlich geführte polizeiliche **Statistik** zu Todesopfern rechter Gewalt existierte. So wurde im September 2000 eine von Journalisten veröffentlichte Zahl von 93 Todesopfern auf Bundesebene seit 1990 heftig diskutiert. Die Polizei kam für den gleichen Zeitraum auf 37 Personen. Für diese Diskrepanz gibt es verschiedene Ursachen - nicht zuletzt Uneinigkeiten bei der Begriffsdefinition »Rechtsextremismus«. Nur wenn ein nachweislich *rechtsextremistisches Motiv* für eine Tat ursächlich war, wurde die Tat bisher auch als rechtsextremistisch eingestuft. Neben der Gewaltanwendung musste für eine solche Charakterisierung auch die Absicht auf Überwindung des Systems der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erkennbar sein. Das war bei den Anschlägen der RAF beispielsweise der Fall, die sich *gezielt* gegen politische und wirtschaftliche Funktionsträger richteten. Bei brutaler Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten lässt sich das Motiv »Systemüberwindung« zunächst nicht immer so eindeutig zuordnen.

Jahr	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Opfer	85	135	306	143	104	74	97	51	52	138

Bislang tauchten daher in den offiziellen Statistiken eine Reihe von Gewalttaten gar nicht erst auf, die in der

Öffentlichkeit als 'rechts' und/oder fremdenfeindlich eingestuft werden. Zu den Opfern gehören beispielsweise Obdachlose oder Sozialhilfeempfänger, die eher 'zufällig' Opfer rechtsextremistischer Gewalt werden, Punks und Linke, Homosexuelle, aber auch Ausländer, weil Ausländerhass allein bisher nicht für ein nachweislich rechtsextremistisches Motiv ausreichte (BMI 2001). Einer besonderen Bewertung unterliegen antisemitische Straftaten (vgl. 2.4.3.1): Ist ein solches Motiv erwiesen, muss keine systemüberwindende Absicht erkennbar sein, um als rechtsextremistisch eingestuft zu werden.

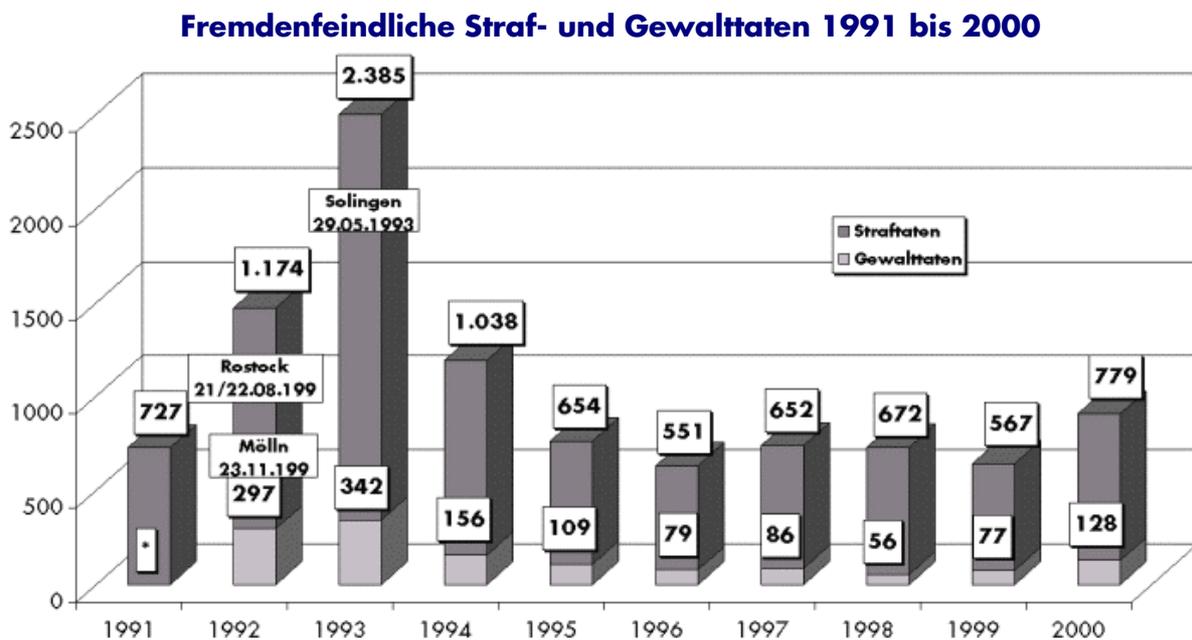
Auch vor diesem Hintergrund hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder im Mai 2001 das *neue Definitionssystem zur politisch motivierten Kriminalität* in Kraft gesetzt und rückwirkend zum 1. Januar 2001 den Kriminalpolizeilichen Meldedienst umgestellt. Ziel der neuen Erfassungsmodalitäten ist, eine bundeseinheitliche Erfassung und Bewertung politisch motivierter Straftaten sicherzustellen. Zudem sollen die häufig mehrdimensionalen Beweggründe einer Straftat wirklichkeitsnäher abgebildet werden.

Im Mittelpunkt der neuen Definition steht nun nicht mehr der Extremismusbegriff, sondern die *tatenslösende, politische Motivation* des Täters. Die Straftaten, denen zwar ein politisches Motiv, nicht aber zwingend eine gefestigte Ideologie mit dem Ziel der Systemüberwindung zu Grunde liegt, werden danach Themenfeldern zugeordnet, die - um eine Einheitlichkeit der Statistiken zu erreichen - in einem bundeseinheitlichen Katalog festgelegt werden. Außerdem wird die *Deliktsqualität* differenziert: nach 'politisch motivierter Kriminalität', 'politisch motivierter Gewaltdelinquenz' und 'Terrorismus'. Erst danach werden Feststellungen getroffen, ob die Tat extremistisch ist oder internationale Bezüge bestehen. Sog. Propagandadelikte<sup>G</sup> (wie z.B. das Sprühen eines Hakenkreuzes) werden gesondert erfasst.

## 2.4.2 (Gewalt-)Taten und Täterstruktur

Die Zahlen der Opfer rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten und die der Täter selbst müssen getrennt betrachtet werden, denn einer Straftat können beispielsweise mehrere Menschen zum Opfer fallen. Auch für diese Angaben gelten aber die genannten statistischen Vorbehalte und ein ab 2001 geändertes Definitionssystem. Daher werden hier lediglich die Daten bis einschließlich des Jahres 2000 dargestellt.

Dem nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt sind seit 1991 die in der nachstehenden Abbildung dargestellten **fremdenfeindlichen Straftaten** gemeldet worden:



\* Die gesonderte Erfassung der entsprechenden Motiv(Tat-)bereiche wurde erst später eingeführt

## NRW

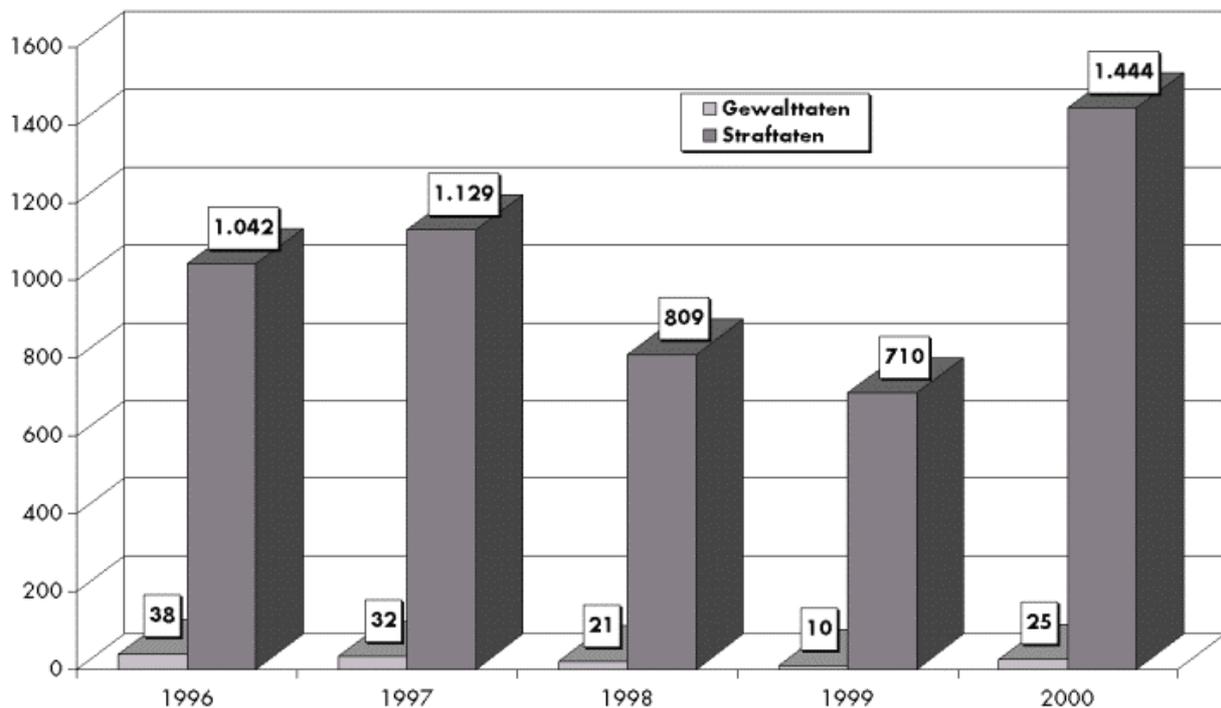
Seit der Gewaltserie von Rostock, Mölln und Solingen 1992/93 ging die Zahl fremdenfeindlicher Gewalt- und Straftaten deutlich zurück und hatte sich in den Jahren 1995 bis 1999 stabilisiert. Erst im Vergleich der Jahre 1999 und 2000 ergab sich wiederum ein größerer Anstieg bei den Deliktzahlen. Das hohe Niveau der Jahre 1992 und 1993 wurde aber keineswegs erreicht. Unter den Tatverdächtigen im Zeitraum vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 2000 waren ca. 9 % Frauen. Dies deckt sich mit anderen empirischen Untersuchungen (vgl. »2. Exkurs«).

Der Definition folgend, die im ersten Kapitel angeführt ist, *beinhaltet* der Rechtsextremismus grundsätzlich das Ideologieelement 'Fremdenfeindlichkeit'. Umgekehrt werden vom LKA NRW allerdings auch fremdenfeindliche Straftaten *ohne* extremistische Motivation festgestellt - d.h. *nicht jeder fremdenfeindliche Täter ist auch Rechtsextremist*. Für das Jahr 2000 konnte bei 120 der 779 gezählten fremdenfeindlichen Straftaten keine extremistische Motivation nachgewiesen werden.

Wie die folgende Abbildung zeigt, ist es bei den **rechtsextremistisch motivierten Straftaten ohne fremdenfeindliche Straftaten** im Vergleich der Jahre 1999 und 2000 ebenfalls zu einem erheblichen Anstieg gekommen.

Die Zahl rechtsextremistischer *Gewaltdelikte* stieg 1996 gegenüber den Vorjahren erheblich an: Waren es 1995 noch 14, so wurden 1996 bereits 38 Gewalttaten registriert. Hierfür war in erster Linie eine gestiegene Zahl von Körperverletzungsdelikten verantwortlich, von denen sich etwa die Hälfte gegen den politischen Gegner (z.B. »Antifa«) richteten.

### Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten 1996 bis 2000 (ohne fremdenfeindliche)



Quelle: LKA NRW

Zum eklatanten **Anstieg der Gesamtstrafaten von 1999 nach 2000** haben verschiedene *Ursachen* beigetragen. So gab es beispielsweise eine Reihe politischer Diskussionen, die ein Medienecho hatten, das Rechtsextremisten möglicherweise zu Straftaten 'stimulierte': Es wurde der Verbotsantrag gegen die NPD diskutiert und im NRW-Wahlkampf ging es u.a. um die Anwerbung ausländischer Computerspezialisten. Im

Juli 2000 kam es außerdem in Düsseldorf zu dem bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag auf eine S-Bahn-Station, bei dem zunächst vielfach ein rechtsextremistischer Täterkreis vermutet wurde. Im selben Jahr hat es auch noch andere rechtsextremistisch motivierte Anschläge mit Fanalwirkung gegeben. Diese Vorfälle provozierten wiederum einige sog. 'Trittbrettfahrer' zu Nachahmungsdelikten.

Diese (Gewalt-)Taten trugen dazu bei, für das Thema Rechtsextremismus gesamtgesellschaftlich eine höhere Sensibilität zu schaffen. In der Folge entstand ein *verändertes Anzeigeverhalten* in der Bevölkerung; dank aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger erhielten und erhalten die Ermittlungsbehörden von mehr Vorfällen Kenntnis als noch vor einigen Jahren. Auch Polizistinnen und Polizisten verhielten sich teilweise anders, insofern als mehr Straftaten rechtsextremistisch eingestuft und (statistisch) erfasst wurden. Qualitativ betrachtet ist die Steigerung der Straftaten im Wesentlichen auf eine zunehmende Zahl von Propagandadelikten<sup>9</sup> (2000: 84 % aller Straftaten) zurückzuführen.

## 2. Exkurs: 'Täter und Typen': Wissenschaftliche Untersuchungen zu Sozialstrukturmerkmalen von Tatverdächtigen

### Täter

Die Untersuchungen der Universität Trier (Willems et al. 1993; Willems/Würtz/Eckert 1994) zu fremdenfeindlichen Tätern bildeten eine erste empirische Grundlage zur Erforschung biografischer sowie weiterer sozialer Hintergründe (z.B. Gruppenzugehörigkeit) der Täter. Nach einer ersten Stichprobenerhebung 1991/92 wurde 1992/93 eine bundesweite Vollerhebung auf Basis aller polizeilich erhobenen Daten für den genannten Zeitraum angeschlossen. Die Vollerhebung hatte ergeben, dass beinahe ein Drittel (31,3 %) der **Täter sehr jung**, nämlich unter 18 Jahren alt war, fast ausschließlich **männlich** waren (94,9 %) und über einen **niedrigen Bildungsabschluss** (60 % Hauptschulabschluss) verfügten. Es ist aber keineswegs eine Dominanz von Tätern *ohne* jeden formalen Bildungsabschluss (13,7 %) festzustellen.

Insgesamt ergab sich auch eine **überdurchschnittliche Arbeitslosenquote** unter den Befragten (23,9 %), aber diese Quote war nicht so hoch, wie bis dahin angenommen wurde. Arbeitslosigkeit als Hauptursache für fremdenfeindliche Übergriffe konnte somit nicht belegt werden, muss aber dennoch als Risikofaktor für das Entstehen fremdenfeindlichen Gedankengutes angesehen werden. Wobei Arbeitslosigkeit umgekehrt auch *Folge* sozialer Auffälligkeiten sein kann - wenn z.B. ein Jugendlicher auf Grund seines ausländerfeindlichen Verhaltens im Betrieb seinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz verliert.

Über sog. **'Broken-Home-Erfahrungen'** (z.B. geschiedene oder getrennt lebende Eltern) verfügte mit 24,5 % zwar auch ein größerer Teil der Täter - aber auch hier ließ sich keine allgemeingültige Ursache ausmachen. Die *Trierer Studie* konnte folglich nicht belegen, dass Fremdenfeindlichkeit ausschließlich ein Problem sozialer Randgruppen ist.

Die 1992/93er Studie wurde 1997/98 von einem Münchener Forscherteam neu aufgelegt, um - u.a. mit Hilfe einer bundesweiten Vollerhebung fremdenfeindlicher Tatverdächtiger für das Jahr **1997** - Veränderungen in der Struktur der Tätergruppe nachhalten zu können. Es wurden einige Ähnlichkeiten ermittelt, so blieb beispielsweise die Altersgruppenzusammensetzung nahezu unverändert. **Unterschiede** gegenüber 1992/93 ergaben sich hinsichtlich der **Beteiligung der Geschlechter** an Straftaten: Der Anteil weiblicher Verdächtiger hat von 5,1 % auf rund 9 % zugenommen.

Auch in Bezug auf die **Gruppenzugehörigkeit** der Täter und Täterinnen hat sich eine Veränderung ergeben, da immer mehr von ihnen einer rechtsextremistischen oder Skinhead-Gruppe angehören<sup>10</sup>. Dies könnte allerdings auch auf einer besseren Szenekenntnis der Polizei beruhen.

Eine weitere Auffälligkeit wurde bei Betrachtung der **polizeilichen Vorerkenntnisse** bzw. der **Vorstrafen** der betrachteten Tätergruppe ersichtlich: Der Anteil derjenigen Täter, die bereits zuvor straffällig geworden waren, ist seit 1992/93 beträchtlich gestiegen. Allerdings war der größte Teil der Betroffenen nicht durch politisch motivierte Straftaten aufgefallen, sondern mit Vorfällen, die mit dem Begriff *allgemeine Jugenddelinquenz* überschrieben werden könnten.

Wenig hat sich gegenüber den Daten aus 1992/93 bei den *Bildungsabschlüssen* bzw. dem *Erwerbsstatus*

verändert<sup>11</sup>.

### Typen

Verschiedene wissenschaftliche Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Gruppe der fremdenfeindlichen Tatverdächtigen keineswegs homogen ist. Dies gilt sowohl für die biografischen Merkmale als auch für deren Motive. Es lassen sich dabei jedoch Kategorien bilden.

In der *Trierer Studie* wurden beispielsweise vier *Tätergruppen* unterschieden (Willems et al. 1993):

- ❑ **ideologisch motivierte, rechtsextremistische Täter:** oft Mitglied einer rechtsextremistischen Partei oder Gruppierung, ideologisch verfestigtes rechtsextremistisches Weltbild;
- ❑ **fremdenfeindliche bzw. ethnozentristische Jugendliche:** kein Mitglied rechtsextremistischer Parteien, sondern Teil einer jugendlichen Subkultur (Skins, Hooligans oder andere Cliques); weniger verfestigtes rechtsextremistisches Weltbild, sondern Vorurteile bzw. feindselige Haltung bis hin zur Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern;
- ❑ **kriminelle Jugendliche (»Schläger«):** berufliche und private 'Negativkarrieren', ausgeprägte kriminelle Karriere sowie hohe, aber diffuse Gewaltbereitschaft und
- ❑ **Mitläufer:** wenig ausgeprägte rechtsextremistische Ideologie, aber ausländerfeindliche Gesinnung oder Gewaltbereitschaft, aber starke Gruppenorientierung.

In der folgenden Tabelle sind noch einmal Parallelen und Unterschiede in der familialen und biografischen Entwicklung fremdenfeindlicher Straftäter gegenübergestellt.

### Tätertypen (Willems)

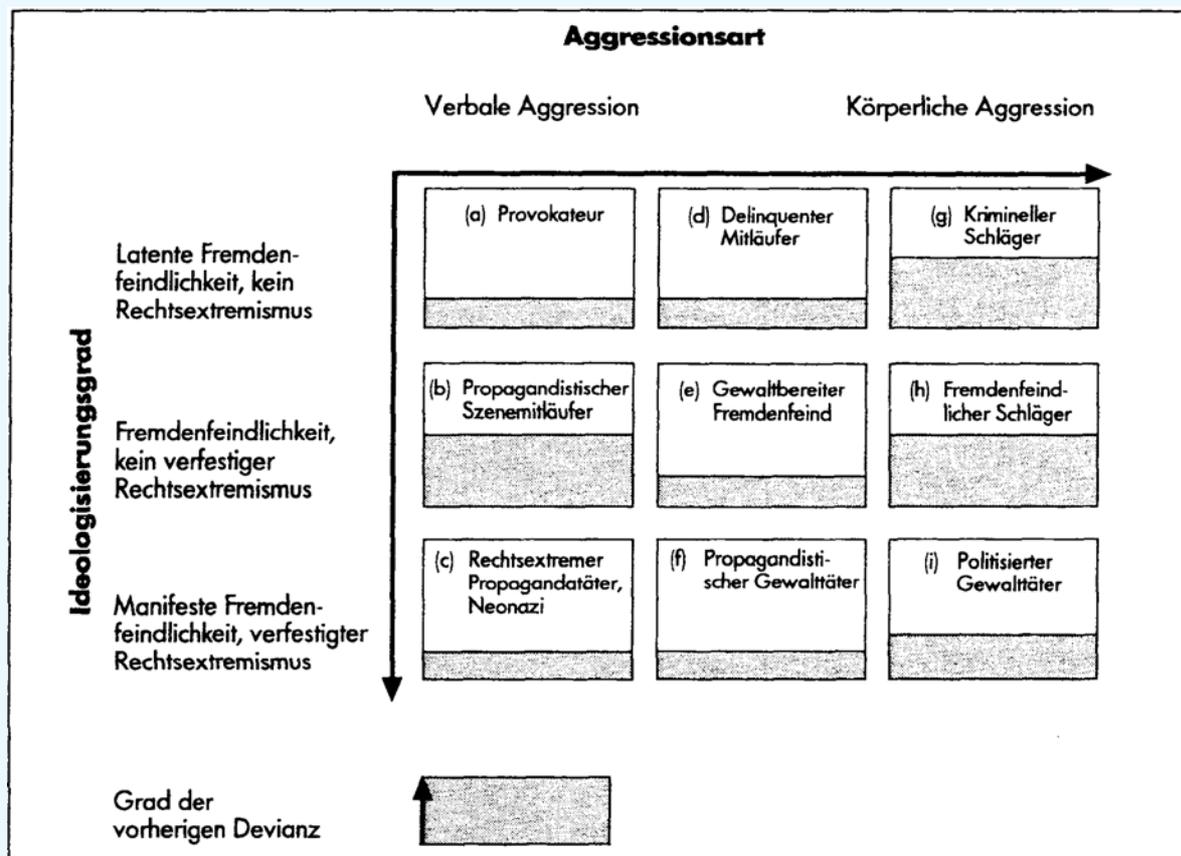
	<b>Mitläufer</b>	<b>Schläger</b>	<b>Ethnozentrist</b>	<b>Rechtsextreme</b>
<b>rechtsextremes Weltbild</b>	-	-	-	++
<b>verfestigte Ausländerfeindlichkeit</b>	-	++	++	++
<b>Elternhaus</b>	intakt, bürgerlich	'Problemfamilien', Gewalt- und Erziehungsoffer	häufiger familiäre Probleme	intakt, kleinbürgerlich, bürgerlich
<b>private/berufliche Probleme</b>	-	++ häufiger familiäre/berufliche Probleme	+	-
<b>Schulabschluss/-abschluss</b>	erfolgreicher Haupt-/Realschulabschluss	häufig abgebrochene Schul- und Berufsausbildung	Hauptschulabschluss	erfolgreiche Hauptschule und oft Realschulabschluss
<b>Vorstrafen</b>	-	+	-	z.T. politische Straftaten
<b>berufliche Situation</b>	feste Berufsausbildung und/oder Arbeitsplatz, geringe Arbeitslosigkeit	häufige und hohe Arbeitslosigkeit, geringe Beständigkeit	erhöhte Arbeitslosigkeit	fester Arbeitsplatz und Berufsausbildung

	<b>Mitläufer</b>	<b>Schläger</b>	<b>Ethnozentrist</b>	<b>Rechtsextreme</b>
<b>Gewaltanwendung, -bereitschaft</b>	Gruppendynamische Aspekte	actionorientiert, alltägliche Normalität der Gewalt; keine Legitimation benötigt, nur Feindbilder	diffuse Gewaltbereitschaft, instrumentell-expressive Mischung	ideologisch legitimierte, strategisch gefestigte Gewaltbereitschaft, gegen bestimmte Feindbilder: Fremde, 'Nichtdeutsche', unmännlich

Entnommen aus: Eckert/Willems/Würtz 1996, S. 161

Wahl (2001) hingegen differenziert die Tätertypologie noch weiter aus. Er unterscheidet neun Typvarianten und weist darauf hin, dass diese nicht als statisch begriffen werden dürfen. Im Laufe einer 'Kriminalitätskarriere' können sich die Dimensionen, die in der folgenden Abbildung dargestellt sind, verändern. Neben der *Aggressionsart* (verbal bis körperlich) und dem *Ideologisierungshintergrund* (latent bis manifest) bezieht Wahl auch den Grad der vorherigen Devianz der Täter ein (hier ist gemäß Wahl ein »antisoziales Verhalten« gemeint, das bereits zu Vorstrafen der Befragten führte (Wahl 2001 (b); S. 130).

**Kriminalitätskarrieren und Täter/innen-Varianten (Wahl)**



Entnommen aus: Wahl 2001(b), S. 130

Welche Ursachen die Wissenschaft für die Straftaten der o.g. Tätergruppen verantwortlich macht, soll im 3. Kapitel näher beleuchtet werden. An dieser Stelle sei bereits erwähnt, dass keine allgemein anerkannte Theorie existiert.

## 2.4.3 Antisemitismus<sup>6</sup>

### 2.4.3.1 Antisemitische Straftaten in NRW

Das LKA NRW erfasst seit 1992 gesonderte Daten über antisemitische Delikte. Seit 1994 wurden Gewalttaten und seit 1997 häufig vorkommende Straftaten (z.B. Volksverhetzung) gesondert erfasst. Die Entwicklung der Deliktzahlen stellt sich wie folgt dar:

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Gewaltdelikte *)			5	3	6	2	1	2	3
davon Körperverletzungen			1	1	3	2	1	2	3
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB **)						40	55	53	53
Volksverhetzung § 130 StGB						96	83	55	94
Bedrohung						7	7	4	2
Sachbeschädigung						5	12	9	8
Sonstige Delikte						11	6	2	7
<b>Gesamtzahl</b>	<b>130</b>	<b>176</b>	<b>215</b>	<b>211</b>	<b>117</b>	<b>163</b>	<b>165</b>	<b>127</b>	<b>170</b>

\*) zu den Gewaltdelikten zählen: Tötungsdelikte (auch Versuche), Brand- /Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Körperverletzung

\*\*) Verbreiten von Propagandamaterial / Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Quelle: LKA NRW

Die Steigerung der antisemitischen Straftaten von 1999 nach 2000 könnte ebenfalls auf die Fanalwirkung des Anschlags auf die Düsseldorfer S-Bahn-Station zurückzuführen sein (S. 73). Wie bereits erwähnt ging man zunächst von einem rechtsextremistischen Motiv aus, da es sich bei den Opfern in der Mehrzahl um Menschen jüdischer Abstammung handelte.

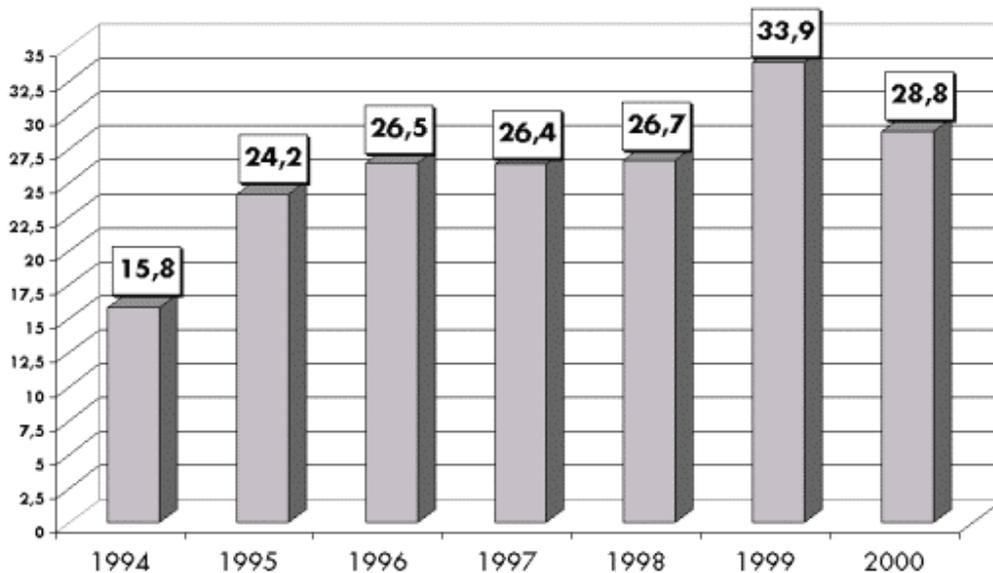
Der Anteil der antisemitischen Straftaten an allen rechtsextremistischen Delikten ist - trotz einer erhöhten absoluten Zahl - relativ zurückgegangen: 1999 betrug ihr Anteil 11,1 %, in 2000 noch 8,1 % (vgl. 2.4.2).

Unter den in der Tabelle genannten Zahlen sind seit 1997 auch 26 Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Mahnmale, bei denen ein rechtsextremistisches Motiv vorlag, bzw. von einem solchen ausgegangen werden musste.

Die Aufklärungsquoten für antisemitische Straftaten sind in der folgenden Grafik dargestellt:

Zu den **Tatverdächtigen** antisemitischer Straftaten, die im Zeitraum von Januar 1998 bis Dezember 2000 ermittelt werden konnten, lassen sich folgende sozialdemografische Aussagen treffen:

### Aufklärungsquoten bei antisemitischen Straftaten



Quelle: LKA NRW

- Von insgesamt 278 Tatverdächtigen waren nur 25 (9 %) **weiblich**. Nur in der Altersgruppe bis 13 Jahren (!) waren je 3 Mädchen und 3 Jungen vertreten.
- Die größten Gruppen bildeten die **14- bis 17-Jährigen** und die **18- bis 20-Jährigen** mit je 70 Tatverdächtigen (je 25 %). Mit zunehmendem Alter vermindert sich die Zahl der Verdächtigen. Die gesamte Altersgruppe **ab 30 Jahren und älter** hat einen Anteil von 21 % an der Gesamtgruppe der Tatverdächtigen. Damit sind antisemitische Straftäter im Durchschnitt älter als die Gesamtgruppe rechtsextremistischer Täter.

Hinsichtlich des Alters sei jedoch vor Fehlschlüssen gewarnt: Antisemitismus ist kein Phänomen, das mit zunehmendem Alter rückläufig ist - im Gegenteil. Allerdings werden Ältere seltener straffällig, fungieren jedoch häufig als 'geistige Brandstifter'.

#### 2.4.3.2 Antisemitische Einstellungen von Deutschen

Der Bekämpfung des Antisemitismus kommt in Deutschland auf Grund der planmäßig organisierten Judenvernichtung in der Zeit des Nationalsozialismus eine besondere Bedeutung zu. Antisemitismus ist ein **Ideologieelement rechtsextremistischer Vorstellungen**, daher ist er bei fast allen rechtsextremistischen Strömungen mehr oder minder ausgeprägt vorhanden. Antisemitismus und antisemitische Vorurteile sind aber nicht nur bei den Rechtsextremisten und deren Sympathisanten anzutreffen. Er zieht sich *quer durch alle gesellschaftlichen und sozialen Schichten*. Allerdings werden nur selten öffentlich extreme antisemitische und rassistische Äußerungen verzeichnet, da sie in Deutschland unter Strafverfolgung stehen. Beispielsweise können Leugnung oder Verharmlosung der Judenvernichtung in der Zeit des Nationalsozialismus nach § 130 Abs. 3 StGB geahndet werden. In anonym oder im Ausland eingestellten Internet-Homepages finden sich antisemitische Aussagen häufiger. Auch in manchen Skinhead-Musiktexten finden sich menschenverachtende und antisemitische Aussagen (vgl. 2.3.2.1).

Besorgniserregend ist, dass 'weichere' **antisemitische Vorurteile und Aussagen** bei einem erheblichen Anteil der Bevölkerung Zustimmung finden. So stimmten nach einer Emnid-Umfrage aus dem Jahre 1994 22 % der Bevölkerung in den alten Ländern (21 % in den neuen Ländern) dem Statement zu »Ich möchte Juden lieber nicht als Nachbarn haben«. Noch höhere Zustimmungsraten fanden in der genannten Emnid-Umfrage die Statements: »Heute wie damals üben die Juden zu viel Einfluss auf die Vorgänge in der Welt aus« (alte Länder 34 %, neue Länder 19 %) und »Die Juden nutzten den

*nationalsozialistischen Holocaust für ihre eigenen Absichten aus*« (alte Länder 44 %, neue Länder 19 %). Angesichts dieser besorgniserregenden Zahlen antisemitischer Vorurteile ist es nur ein geringer Trost, dass tendenziell mit besserer Bildung und niedrigerem Alter antisemitische Vorurteile seltener vorkommen. Aber auch bei jungen Menschen ist das antisemitische Einstellungsniveau teilweise recht hoch wie eine vergleichende Umfrage bei Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg (Schülern und Auszubildenden) deutlich machte. Insbesondere von den männlichen Auszubildenden waren insgesamt über 20 % antisemitischen Vorurteilen zugeneigt. Für Brandenburg ergaben sich insgesamt höhere Werte als für NRW (alle Angaben aus: Ahlheim/Heger 1999).

Solche Vorurteile werden mitunter in der Folge öffentlicher Debatten wie die zur Zwangsarbeiterentschädigung und zum Holocaust-Denkmal geschürt. Es stimmt bedenklich, wenn in einer Forsa-Umfrage 1998 42 % (!) der Westdeutschen und 39 % der Ostdeutschen der Aussage zustimmen »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.« (Bergmann 2001).

Häufig richten sich auch Unwillen und regelrechte Hassausbrüche gegen jüdische Organisationen und deren führende Repräsentanten. So äußerte sich beispielsweise der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, in einem Interview des Bonner Generalanzeigers vom 23./24. Dezember 2000 wie folgt:

*»... Der Antisemitismus stellt sich in den vergangenen Monaten in einer enthemmten Art und Weise dar, die Sie sich gar nicht vorstellen können. Ich spreche nicht von anonymen Briefen, ich spreche von Briefen mit voller Namensnennung, von E-Mails, von öffentlichen Veranstaltungen. Der Antisemitismus grassiert mittlerweile in elitären Zirkeln. Man wirft mir in der feinen Gesellschaft, nicht am Stammtisch vor, dass die Juden Deutschland wieder aussaugten, weil sie das Mahnmal forderten oder jetzt die Entschädigungszahlungen. Die interessiert gar nicht, dass wir das Mahnmal nicht verlangt haben, oder dass nur 15 % der entschädigungsberechtigten Zwangsarbeiter Juden sind.«*

### **2.4.3.3 Antijüdische Einstellungen islamistischer Organisationen**

Neben den rechtsextremistischen Organisationen sind auch Organisationen aus dem Bereich des Ausländerextremismus zu nennen, die eine antisemitische bzw. antijüdische Grundhaltung einnehmen - dies sind insbesondere islamisch-extremistische (islamistische) Organisationen.

Nahezu alle der in NRW agierenden islamistischen Organisationen vertreten eine antijüdisch geprägte Position. Für die vermeintliche wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung der islamischen Länder machen diese Organisationen eine Weltverschwörung zwischen westlichem Imperialismus und Weltjudentum verantwortlich. Hinzu kommt, dass die Anhänger islamistischer Organisationen in NRW überwiegend türkischer, arabischer oder iranischer Herkunft sind und sie die Staatsgründung Israels inmitten der islamischen Kernländer als unrechtmäßige Annexion palästinensischen Gebiets ansehen.

Die mehr oder minder ausgeprägte antijüdische Haltung islamistischer Gruppen wird allerdings in der Öffentlichkeit in NRW kaum wahrgenommen, da die meisten entlarvenden Texte in türkischer oder arabischer Sprache verfasst werden. Damit entfällt auch die Ausstrahlung auf diejenigen Kreise der deutschen Bevölkerung, die möglicherweise für antisemitisches Gedankengut anfällig sind.

Zu den Organisationen, deren Antijudaismus unverkennbar ist, gehören insbesondere:

#### **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)**

Die türkische IGMG ist die mit Abstand größte islamistische Organisation in NRW. Sie verbirgt ihre antisemitische Grundhaltung sorgfältig vor der Öffentlichkeit, so dass deutschsprachige Publikationen keine antijüdischen Inhalte haben. Die Deutschland-Ausgabe der türkischen Tageszeitung *Milli Gazete*, die von der IGMG als Sprachrohr benutzt wird, enthielt jedoch in der Vergangenheit auch antijüdische Hetzartikel.

Im August 1996 berichtete *Milli Gazete* über ein Treffen der G 7-Staaten wie folgt:

*»Der Zionismus, der seine teuflische Politik und Strategien mittels der G 7-Länder aktualisiert*

*und deren angeblich für den Weltfrieden und den Wohlstand getroffenen Entscheidungen geschönt in der Öffentlichkeit zur Akzeptanz bringt, hat - Welch Wunder - das Gipfeltreffen, das einmal im Jahr stattfindet, dieses Jahr sogar zweimal in kurzem Abstand veranstaltet. Ob ERBAKANs Wahl zum Ministerpräsidenten in der Türkei die Chefetagen durcheinandergebracht hat und der Anlass für dieses zweite Treffen war?... Diese blutsaugenden Vampire, die von außen betrachtet als die G 7-Staaten erscheinen, aber in Wirklichkeit hochrangige Vertreter der zionistischen Herrschaft sind, beuten jedes Jahr aus der gesamten Welt etwa 7 Trillionen Dollar aus... .« (Übersetzung)*

In der Ausgabe vom 30. Juni 1999 wird ein Buch empfohlen, in dem es u.a. heißt:

*»In den Konzentrationslagern unter der deutschen Besatzung während des 2. Weltkrieges fand im Gegenteil der Behauptungen keine 'Judenvernichtung' statt. Das ist eine von Zionisten erfundene Lüge, um die Weltöffentlichkeit für die Errichtung eines jüdischen Staates auf ihre Seite zu bringen.« (Übersetzung)*

Die IGMG solidarisiert sich mit der palästinensischen Intifada. Von den Angriffen auf die Synagogen in Essen und Düsseldorf im Oktober 2000 hat sich die IGMG allerdings strikt distanziert.

### **Kaplan-Verband**

Der türkische, sich selbst als »Kalifatsstaat« bezeichnende Verband polemisiert offen gegen Juden. Die Verurteilung des »Kalifen« Metin Kaplan wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten durch das OLG Düsseldorf am 15. Oktober 2000 wird in dem Verbandsorgan »Ümmet-i Muhammed« vom 14. Dezember 2000 wie folgt kommentiert:

*»Es ist bedauerlich, dass der deutsche Staat mittlerweile - d.h. nach England und Amerika, diesem unehelichen Kind des Zionismus - in dem hinterhältigen islamfeindlichen Intrigenspiel, welches auf Grund des von den Zionisten erteilten Befehls vorbereitet wurde, die Hauptrolle übernommen hat.« (Übersetzung)*

### **Muslimbruderschaft (MB)**

Die arabische multinationale MB ist in NRW insbesondere durch das 'Islamische Zentrum Aachen' vertreten. Dort wurde zumindest noch 1996 die antijüdische Hetzschrift »Die Protokolle der Weisen von Zion« in arabischer Sprache zum Verkauf angeboten.

#### **2.4.3.4 Antisemitismus und die 'Neue Rechte'**

Da es sich bei der 'Neuen Rechten' (vgl. 2.1.5) trotz ihrer Heterogenität um eine tendenziell rechtsextremistische Bewegung handelt, ist zunächst festzustellen, dass auch diese Form des Rechtsextremismus antisemitische Züge als Ideologieelement beinhaltet. Da die Publikationen der 'Neuen Rechten' häufig Themen der jeweils aktuellen politischen Debatte aufgreifen, hängt die Offensichtlichkeit ihrer antisemitischen Tendenzen auch vom politischen Tagesgeschehen ab. Der grundsätzlich vorhandene Antisemitismus (und das Schüren antisemitischer Vorurteile) war daher beispielsweise im Zusammenhang mit der Debatte der letzten beiden Jahre um die Zwangsarbeiterentschädigung erkennbar. Nachfolgend zwei Beispiele in diesem Kontext aus der »Junge Freiheit«. Dort heißt es in der Ausgabe 42/1999:

*»Das bedeutet im Klartext, 4 Milliarden vom Steuerzahler, der der ganzen Angelegenheit verständnislos gegenübersteht.« Und weiter: »Der WJC und die anderen Organisationen benutzen die Restitutionsforderungen ..., um die Vorstellung vom Holocaust auf internationaler Ebene dauerhaft zu sichern, wobei ein Leidensmonopol beansprucht und der Vergleich mit anderen Völkermorden mit theologischem Eifer bekämpft wird.« Und schließlich: »..., denn das ist der Sinn der ganzen Übung: Das Judentum als universelles Opfer darzustellen.«*

Ein weiteres Beispiel aus Nr. 47/1999 lautet:

*»Es handelt sich also genaugenommen nicht um Entschädigungsverhandlungen, sondern um Schutzgelderpressungen im ganz großen Stil.«*

Weiteres Beispiel für Antisemitismus im Bereich der 'Neuen Rechten' ist das Buch »Zwangsarbeiter -Lüge &

*Wahrheit. Wie die Deutschen bei der Wiedergutmachung über den Tisch gezogen werden*« von Peter Dehoust, dem Mitherausgeber des Strategie- und Theorieorgans *Nation & Europa*, das der 'Neuen Rechten' zuzurechnen ist. Der Autor behandelt darin Fragen der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern. Er thematisiert die tatsächliche und rechtliche Stellung ehemaliger Zwangsarbeiter in der NS-Zeit, bereits geleistete Entschädigungen sowie das angeblich fremdbestimmte pro-jüdische Verhalten der Bundesregierung und die Rolle der »Opfer-Anwälte« bei den Verhandlungen um die Höhe der Entschädigungen. Einzelne Abschnitte sind überschrieben mit Titeln wie »Wieder einmal kapituliert«, »Pandoras Büchse geöffnet« oder »Missbrauch und Betrug«. Unter dem Stichwort »Bellum judaicum« geht Dehoust auf mögliche wirtschaftliche Nachteile für zahlungsunwillige deutsche Unternehmen in den USA ein; er sieht in Boykottaufrufen einzelner jüdischer Kleinorganisationen einen Wirtschaftskrieg gegen die deutsche Wirtschaft heraufziehen. Schon einmal, im März 1933, hätten internationale jüdische Verbände Deutschland den 'Krieg' erklärt und mit dem Boykott deutscher Waren begonnen.

Diese Beispiele zeigen, dass auch bei der 'Neuen Rechten' Antisemitismus als durchgängiges Ideologieelement anzutreffen ist. Der Antisemitismus spielt dort eine ähnlich bedeutsame Rolle wie beim Rechtsextremismus insgesamt. Der Antisemitismus wird aber nicht wie z.B. bei der »*National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung*« des DVU-Bundesvorsitzenden Frey fast in jeder Ausgabe deutlich, sondern häufig eben nur dann, wenn entsprechende Themen in der Tagespolitik diskutiert werden.

#### **2.4.4 Bedrohung politischer Gegner (z.B. »Anti-Antifa«)**

Bei der etwa Mitte 1992 von dem Hamburger Neonazi *Christian Worch* ins Leben gerufenen »Anti-Antifa«-Kampagne handelt es sich nicht um eine rechtsextremistische Organisation. Der Begriff kennzeichnet vielmehr eine **politische Strategie**, die die Rechtsextremisten von ihrem politischen Gegner, der sog. »Antifa«, übernommen haben. Ziel der Kampagne ist es, durch das Sammeln und Veröffentlichen von persönlichen Daten des politischen Gegners diesen zu verunsichern.

Im April 2000 erschien beispielsweise im Internet eine sog. »Schwarze Liste« mit Namen und persönlichen Daten von Angehörigen der linken Szene, Ausländern und Journalisten. Unter den jeweiligen persönlichen Daten wird auch der Grund der Aufnahme in diese Liste erwähnt. Bei den Angehörigen der linken Szene steht als Aufnahmegrund: »*Linker/Punk*«, bei einem Ausländer steht unter dieser Rubrik »*Kanake*«, bei einem Journalisten heißt es: »*siehe seinen Bericht...*«. Darüber hinaus sind Personen genannt, die offensichtlich der 'rechten' Szene angehören und aus Sicht der Verfasser die 'Kameraden' diskriminieren.

Bereits im Sommer 1996 gab es im *Thule-Mailboxnetz* eine Serie von Bekanntmachungen über 'linke' Einrichtungen oder Personen. Die Veröffentlichungen in diesem geschlossenen Netz für Rechtsextremisten waren teilweise mit Kommentaren versehen wie: »*Die müssen wissen, was es heißt, sich gegen Nationalisten zu stellen!*« oder »*Die Adressen sind nicht dafür da, dass sie gelöscht werden, sondern dass ihr damit umgeht!*« und schließlich »*Danke für die weiteren Zusagen, die Parasiten aus dem Dunkel zu ziehen. Wir kriegen sie Alle!*«. Im Herbst 1996 wurde die gleiche Adressenliste unter der Überschrift »*Organisationen gegen Deutschland*« auf der *Thule-Homepage* im Internet frei zugänglich gemacht - allerdings ohne Kommentare.

Die genannten Internet-Beispiele veranschaulichen, welche Bedeutung ein Teil der Neonazi-Szene »Anti-Antifa«-Aktivitäten beimisst. Die jeweiligen Herausgeber wollen offensichtlich mit solchen Veröffentlichungen Rechtsextremisten zu verstärkten Aktivitäten motivieren. Bislang sind aber keine Straftaten bekannt geworden, die auf »Anti-Antifa«-Aktivitäten zurückzuführen sind. Gleichwohl besteht immer die Gefahr, dass sich einzelne Gruppen oder Personen durch derartige Veröffentlichungen zu Straf- oder Gewalttaten animiert fühlen.

### 3 Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen: Ursachen und Einstellungen

Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gibt es kein 'Patentrezept'. Wichtige Voraussetzung für ein erfolgversprechendes Vorgehen gegen gesellschaftliche Entwicklungen ist die Analyse ihrer Ursachen. Damit eng verknüpft ist eine *Potenzialanalyse*: Wie hoch ist der Anteil der Bevölkerung, der über eine rechtsextremistische Einstellung verfügt? Wie hoch ist das 'rechte' Wählerpotenzial und wie ist es altersmäßig strukturiert?

Nur wenn zuvor analysiert wurde, wie, wo und warum Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entstehen, können wirkungsvolle Gegenmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Um diese soll es - der genannten Logik folgend - erst in den Kapiteln 4 und 5 gehen.

#### 3.1 'Rechtes' Einstellungspotenzial und Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien

In vermeintlichen oder tatsächlichen Krisenzeiten konnten rechtsextremistische Parteien bisweilen überraschend hohe Wahlerfolge verbuchen. Da dies auf Grund vergangener Wahlergebnisse keine Stammwählerschaft sein konnte und auch keine kontinuierliche Entwicklung nach oben erkennbar war, muss ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial innerhalb der Bevölkerung existieren, das sich unter bestimmten Umständen durch ein entsprechendes Wahlverhalten 'Luft verschafft'. D.h., das Vorhandensein einer rechtsextremistischen Weltanschauung allein führt noch nicht zur Wahl einer Partei im rechtsextremistischen Spektrum, aber es ist theoretisch jederzeit 'abrufbar' - auch bei Wahlen. Zu den Voraussetzungen, die hierzu erfüllt sein müssen, sei auch auf den Abschnitt 3.2.3 verwiesen.

Anhand der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen hat Falter (1994) das rechtsextremistische **Einstellungspotenzial** der Bevölkerung abgefragt. Die größte Zustimmung erhielten die Sätze »Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen« und »Unter bestimmten Bedingungen ist eine Diktatur die bessere Staatsform«. Anhand dieser repräsentativen Befragung kam der Wahlforscher zu dem Ergebnis, dass - abhängig vom angelegten Maßstab - **5 bis 17 %** der deutschen Bevölkerung ein mehr oder weniger fest gefügtes **rechtsextremistisches Weltbild** hätten. 17 % der Befragten stimmten immerhin sieben der zehn Statements zu, von denen hier exemplarisch zwei genannt wurden. Im Ost-West-Vergleich ergaben sich eine erhebliche Differenz zu Lasten der Bevölkerung der neuen Länder, die den Aussagen etwa doppelt so häufig zustimmte.

Bereits 1981 hatte die sog. SINUS-Studie<sup>12</sup>, die wegen methodischer Mängel umstritten ist, ein Einstellungspotenzial von **13 %** ausgemacht. Und scheinbar hat sich an diesem Wert nicht viel verändert. Denn auch Stöss/Niedermayer (1998) kamen bei einer Befragung im Mai/Juni 1998 auf einen Gesamtwert von **13 %** (NRW: 11 %, neue Länder: 17 %, alte Länder: 12 %). Die Autoren arbeiteten mit einer 'Rechtsextremismus-Skala', die aus den Elementen Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus, pronazistische Einstellungen und Antisemitismus bestand. Zu den einzelnen Aspekten wurden wiederum Aussagen gebildet, zu denen die Befragten Stellung beziehen sollten.

Über **geschlechtsspezifische Einstellungsmuster** gibt die folgende Tabelle Auskunft. Daraus lässt sich entnehmen, dass sich Unterschiede hinsichtlich einer rechtsextremistischen Einstellung - im Gegensatz zum Wahlverhalten oder bei der Beteiligung an Gewalttaten - empirisch nicht nachweisen lassen.

**Anteil des rechtsextremen Einstellungspotentials an den Geschlechtergruppen, Mai/Juni 1998 (%)**

	<b>BRD</b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>
Männer	13	12	19
Frauen	13	12	16
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>12</b>	<b>17</b>

(Bevölkerung ab 14 Jahre; n=3764; Datenquelle: forsa)  
 entnommen aus: Stöss/Niedermayer 1998; S. 13

Ahlheim/Heger (2000) kommen im Rahmen einer Sekundäranalyse von ALLBUS-Daten (=»**Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften**« - wird seit 1980 im zweijährigen Turnus durchgeführt) sogar zu dem Ergebnis, dass Frauen fremdenfeindlicher eingestellt seien als Männer. Dabei muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass Fremdenfeindlichkeit lediglich als *Element* des Rechtsextremismus angesehen wird. Die genannten Einstellungswerte dürfen daher nicht mit den Werten zum Personenkreis mit geschlossenem rechtsextremistischem Weltbild (vgl. »2. Exkurs«) verwechselt werden.

Höhere Werte für die Fremdenfeindlichkeit bei Frauen gelten im Osten Deutschlands (45 % der Frauen, aber 'nur' 36 % der Männer) mehr als für den Westen (29 % der Frauen, 26 % der Männer). Außerdem nimmt diese Differenz - zu Lasten der Frauen - mit dem Alter tendenziell zu. Auch dies gilt in erster Linie für die neuen Länder.

Im **internationalen Vergleich** nimmt Deutschland keine 'auffällige' Position ein: Jeweils 1988 und 1997 wurde im Rahmen des 'Eurobarometers' der EU-Kommission die Zustimmung zur Aussage »Fremde stören« - bezogen auf Staatsangehörigkeit, Rasse, Religion - abgefragt. Im EU-Durchschnitt wurde für 1997 ein Zustimmungswert von 15 % (1988: 14 %) festgestellt. Für Deutschland deckte sich der Wert von 1997 mit dem EU-Durchschnittswert von 15 %, hatte aber 1988 noch bei 20 % gelegen. Traurige Spitzenreiter waren 1988 Belgien (23 %), Deutschland (20 % - s.o.) und Griechenland (18 %); 1997 waren dies Griechenland (31 %), Belgien (30 %) und Dänemark (29 %)¹³.

Zu den rechtsextremistischen Einstellungsmustern von **Jugendlichen in NRW** (14 bis 25 Jahre) hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in den Jahren 1993 und 2000 repräsentative Studien in Auftrag gegeben. Die Studien ergaben, dass sich die prozentualen Werte zwischen 1993 (8-10 %) und 2000 (rund 10 %) kaum verändert haben, dass sich das 'rechte' Weltbild bei den genannten 10 % jedoch weiter verfestigt, also eine neue Qualität erreicht hat. So haben Ausländerhass und Nationalstolz sowie die Befürwortung der Todesstrafe erheblich zugenommen.

Im Vergleich der rechtsextremistischen Einstellungsmuster von Jugendlichen und Erwachsenen ergeben sich kaum Unterschiede. Und wenn, dann eher zu Gunsten der Jugendlichen: Zwei Befragungen von Falter/Arzheimer 1994 und 1998 verdeutlichten, dass Erwachsene eher rechtsextremistisch denken als Jugendliche¹⁴. Auch Stöss/Niedermayer (1998) kommen zu der Aussage, dass rechtsextremistische Einstellungen mit dem Alter zunehmen. Diesen Verlauf kann man für Westdeutschland deutlicher feststellen als für Ostdeutschland.

Die Jugendlichen (18 bis 24 Jahre) haben allerdings einen hohen Anteil an der **Wählerschaft** rechtsextremistischer Parteien. Bei der letzten *Landtagswahl in NRW 2000* ergab sich folgendes Bild:

Erschreckend war zunächst einmal die geringe *Wahlbeteiligung* junger Wähler/innen, die bei den Erstwähler/innen zwischen 18 und 20 Jahren 40,5 % (1995: 54,2 %) betrug und bei den 21- bis 24-Jährigen nur 37,5 % (1995: 46,3 %). Insgesamt hatte die Wahlbeteiligung einen Wert von 56,4 % (1995: 60,4 %) erreicht (einschl. Briefwähler/innen). Die REP bekamen 3,0 % der Stimmen, die von 18- bis 24-Jährigen abgegeben wurden - von allen Wähler/innen erhielten sie nur 1,2 % (ohne Briefwähler/innen). Bei der *Bundestagswahl 1998* hatte sich für die Parteien REP, DVU und NPD eine noch deutlichere Differenz ergeben. Damals gaben bundesweit nur 2,4 % *aller* Wähler/innen den Genannten ihre (Zweit)Stimme, aber immerhin 7,0 % der 18- bis 24-Jährigen (Hofmann-Göttig 2001; LDS 2000).

### 3.2 Ursachen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

An dieser Stelle sollen herausragende Erkenntnisse zu den Ursachen von Rechtsextremismus dargestellt werden. Die Sozialwissenschaften haben *sehr verschiedene Ansätze* entwickelt - ebenso verschieden wie die rechtsextremistische 'Szene' selbst ist. Auch wenn die Deutungsmuster teilweise widersprüchlich erscheinen (sich aber häufig auch ergänzen!), besitzt jedes für sich eine nachvollziehbare Logik.

Vielfach beschränken sich die Theorien dabei auf die Erklärung wichtig erscheinender *Einzelaspekte*, wie z.B. die Frage nach den Eigenschaften eines 'rechten' Wählers oder nach Persönlichkeitsmerkmalen rechtsextremistischer Straftäter. Eine umfassende Analyse des *multikausalen und vielschichtigen Phänomens* 'Rechtsextremismus', die auch Wechselwirkungen zwischen den einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (z.B. Soziologie und Psychologie) darstellt, ist nur schwer durchführbar und liegt bis heute nicht vor. Allerdings erscheint es auch zu kurz gedacht, dass eine erfolgreiche Ursachenforschung sozusagen 'nebenbei' ein Patentrezept zur Bekämpfung des Phänomens liefern könnte.

Die neuere Forschung des *Deutschen Jugendinstituts* (DJI) in München betont die Bedeutung eines bisher wenig beachteten Aspekts: die Macht »*extremer Emotionen*« bei der Entstehung rechtsextremistischer Denkmuster und bei der Begehung entsprechender Gewalttaten (Wahl/Tramitz/Blumtritt 2001; Wahl/Tramitz 2001). Mit dieser Schwerpunktsetzung schließt das DJI - zumindest teilweise - eine Forschungslücke. Einige Ergebnisse der Studie<sup>15</sup>, die Teil einer gemeinsamen Studie mit der Universität Jena ist, werden im 3. Exkurs dargestellt.

Die folgende Gliederung der Erklärungsansätze von Rechtsextremismus ist angelehnt an zwei Veröffentlichungen Pfahl-Traughbers (1998, 1999). Diese Darstellung kann *nur Ausschnitte* der wissenschaftlichen Diskussion wiedergeben. Zudem können Überschneidungen zwischen einzelnen Ansätzen nicht ausgeschlossen werden.

### 3.2.1 Psychologische Deutungsmuster

In der Ursachenforschung zum Rechtsextremismus gibt es eine theoretische Richtung, die die Betonung auf psychologische, persönlichkeitsbezogene Merkmale legt. Diese Forschungsrichtung ist insbesondere für *Charakterstudien rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftäter* von Relevanz.

Besondere Beachtung fanden in der theoretischen Diskussion die »*Studien zum autoritären Charakter*«<sup>16</sup> des Frankfurter Soziologen Adorno, die die Grundlage für weitere Forschungsarbeiten bildeten. Seine Hypothese war, dass die inneren Überzeugungen eines Menschen - in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht - ein Denkmuster bilden. **Vorurteile** seien dabei kennzeichnend für das Denkmuster eines 'autoritären Charakters', der wiederum verschiedene Merkmale aufweise - z.B. autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Aberglaube oder Denken in Stereotypen<sup>17</sup>. Gegenüber mächtigen Personen verhalten sich Menschen mit autoritärem Charakter unterwürfig und gehorsam, während Schwachen überlegen und aggressiv begegnet wird. Nach Adorno ist die Ausbildung eines solchen Charakters Folge frühkindlicher und familialer **Sozialisation**.

Es existieren weitere Ansätze, die davon ausgehen, dass die Sozialisation eine wesentliche Ursache für Fremdenfeindlichkeit oder Gewaltbereitschaft ist. So gehen beispielsweise auch Hopf (1995), König (1998) und Wahl/Tramitz (2000) davon aus, dass konfliktreiche und defizitäre Familienbeziehungen Nährboden für solche Einstellungen sein können.

Wichtiger als die familiären Rahmenbedingungen (z.B. 'vollständige', 'Ein-Eltern-' oder 'Patchwork'-Familie) scheint dabei der **Erziehungsstil** zu sein: Ein autoritärer Erziehungsstil trägt eher zur Entstehung eines 'autoritären Charakters' beim Kind bei als ein verständiger, auf gegenseitigen Respekt zielender Erziehungsstil, der dabei auch notwendige Grenzziehungen nicht vernachlässigt. Auch Heitmeyer/Müller (1995) konstatieren: »*Nicht ein 'Zuwenig' an Autorität, sondern umgekehrt ein 'Zuviel' an autoritär-gewalttätiger Erziehung bildet bei vielen der Befragten den Hintergrund emotionaler Desintegration...*« Umgekehrt sei aber ein »*Mangel an Aufmerksamkeit, Zuwendung, Anerkennung und emotionaler Nähe*« häufig die Ursache familialer Auflösungsprozesse (sog. »*familiale Desintegration*«; vgl. 3.2.2).

Die Sozialisation wird auch als Ursache **geschlechtsspezifischer Unterschiede** bei rechtsextremistischen Orientierungen und bei der Herausbildung von Gewaltneigungen angesehen (u.a. Siller 1997). Wie bereits ausgeführt, sind Frauen zudem wesentlich seltener an rechtsextremistischen bzw. fremdenfeindlichen Gewalttaten beteiligt; das rechtsextremistische Einstellungspotenzial von Frauen unterscheidet sich aber kaum von dem der Männer. Auf Grund der *weiblichen Sozialisation* und vorhandener gesellschaftlicher Stereotype würden Frauen aber über eine geringere Gewaltakzeptanz verfügen (Bitzan 1997). Beispielsweise wird im innerhäuslichen Kontext, der allen gesellschaftlichen Anstrengungen zum Trotz weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der Frau fällt, Gewalt überwiegend nicht

als Konfliktlösungsmuster akzeptiert.

### 3. Exkurs: Die Macht »extremer Emotionen«

Zwischen Adornos Theorie vom 'autoritären Charakter' und einer neueren Forschungsarbeit des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München existiert eine wichtige Parallele: Beide setzen bei der Ursachenanalyse rechtsextremistischer (Gewalt-) Taten nicht erst bei den letzten Gliedern der Ursachenkette (z.B. *aktuelle* soziale Probleme) an, sondern bereits in der Kindheit. Allerdings konzentriert sich das DJI dabei insbesondere auf die Bedeutung von *Emotionen* bei der *Motivation* zu diesen Gewalttaten. Dabei wird die These vertreten, dass Emotionen möglicherweise einen größeren Einfluss auf die Motivation menschlichen Verhaltens haben als rationale Überlegungen.

Mit Hilfe verschiedener Methoden - wie z.B. Verhaltensbeobachtung und biographische Interviews - haben die Münchener Forscher dabei einige wichtige Ergebnisse erhalten (Wahl/Tramitz 2000):

- ❑ Bei vielen Jugendlichen bezieht sich Fremdenfeindlichkeit nicht nur auf ethnisch Fremde, sondern auch auf ihnen unvertraute Deutsche. Diese Art von Fremdenfeindlichkeit wäre damit eher Ausdruck einer **allgemeinen Menschenscheu** (die Verfasser der DJI-Studie sprechen sogar von einer allgemeinen *Menschenfeindlichkeit*).
- ❑ Fremdenfeindliche Jugendliche sind häufig bereits in der **Kindheit** mit ihrer **Aggressivität** aufgefallen. Je nachdem, wie das Umfeld (Familie, Clique etc.) darauf reagiert hat, entwickelte sich dieses Verhalten weiter - oder aber es konnte abgeschwächt werden.
- ❑ Das Umfeld - insbesondere die **Jugendcliquen** - haben insgesamt starken Einfluss: Für fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche haben diese Gruppen einen höheren Stellenwert als für andere Jugendliche. Hier erfahren sie **Solidarität** - kommen aber auch mit Gewalt, Musik mit rechtsextremistischen Inhalten und Alkohol in Kontakt. Hier sinken Hemmschwellen und das Aggressionspotenzial wächst.
- ❑ Viele dieser Jugendlichen hatten schon als Kinder **Scheu** vor unbekanntem Menschen. Auch hier war wieder das Umfeld entscheidend: Wurde dieser Scheu mit Offenheit begegnet, hat sich die Persönlichkeitsstruktur des Kindes möglicherweise verändert. Wurden keine »Gegenerfahrungen« gemacht, kann dies die Grundlage einer späteren Ablehnung von 'Fremdem' bzw. Minderheiten wie Ausländer, Obdachlose etc. bilden.

Gefühle, die in Kindheit und Jugend dominierten, setzten sich bei den vom DJI untersuchten Tätern im Wesentlichen auch im Erwachsenenalter fort. Viele der Gewalttäter zeigten Verhaltensauffälligkeiten in mehreren Bereichen - z.B. übersteigerte Aggression, Depression, Trauer. Liegen diese emotionalen Grunddispositionen vor, können gesellschaftliche Rahmenbedingungen und soziale Probleme wie beispielsweise Arbeitslosigkeit ein **Auslöser oder Verstärker** für fremdenfeindliche Gewalttaten sein. Mit 'oberflächlichen' Präventionsmaßnahmen beispielsweise in Form von Aufklärungskampagnen ist diese Personengruppe nicht (mehr) zu erreichen. Sie sind natürlich gut geeignet und wichtig für die deutlich größere Zielgruppe der nicht verhaltensauffälligen Jugendlichen. Bei den bereits straffällig gewordenen Jugendlichen ist eine längerfristig angelegte psychotherapeutische Behandlung nötig. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Betroffenen dazu bereit sind.

Auf diesen Erkenntnissen aufbauend wurden einige Anregungen für präventive Maßnahmen entwickelt, die zum Teil in Kapitel 4 vorgestellt werden.

#### 3.2.2 Soziale Deutungsmuster

Im Gegensatz zu den psychologischen Deutungsmustern, die das Individuum in den Mittelpunkt des Interesses stellen, heben die sozialen Erklärungsansätze auf **gesamtgemeinschaftliche Einflüsse** ab. Rechtsextremismus ist danach eine durch Verunsicherung ausgelöste Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen. Die zunehmende Individualisierung von Lebenslagen und der damit einhergehende Verlust traditioneller Lebensformen (z.B. die traditionelle Familie), Kollektive (z.B. Kirche, Gewerkschaften) oder Milieus (z.B. das traditionelle Arbeitermilieu) eröffnen neue Möglichkeiten, bergen aber auch Gefahren in sich. Der Soziologe Beck sprach 1986 in diesem Zusammenhang von einer »Risikogesellschaft«<sup>18</sup>.

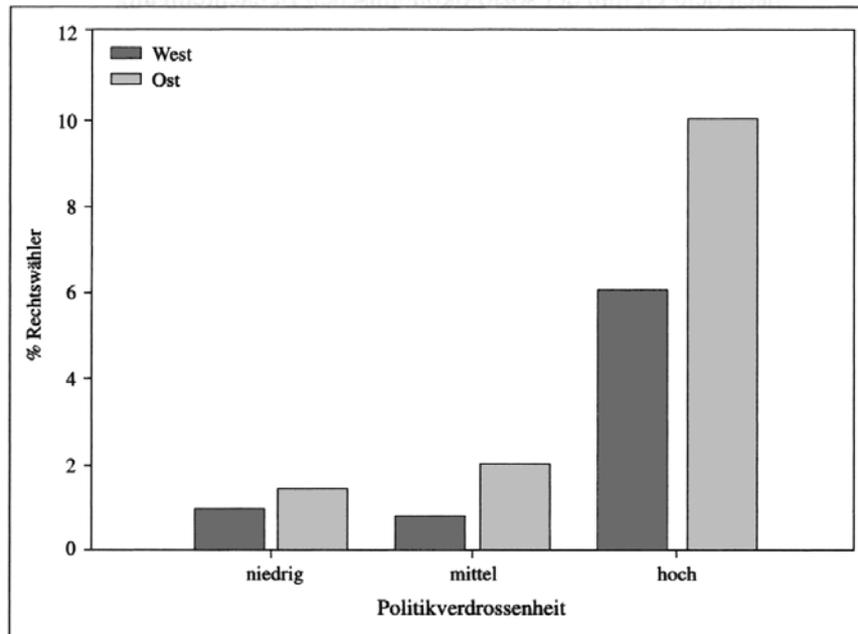
Diesem Ansatz folgend formulierte der Pädagoge Heitmeyer (1987) die These von den **Desintegrations- bzw. Modernisierungsverlierern**. Gesellschaftliche Desintegration bzw. der Zerfall traditioneller Verhaltensweisen und Werte werde ängstlich abgewehrt und käme politisch in der Akzeptanz rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck. Denn diese Konzepte versprechen dem Individuum vermeintliche Stabilität und feste Kategorien (z.B. »Nation«, »Rasse«). Zu beachten ist hierbei allerdings Heitmeyers Definition von Rechtsextremismus als jugendliches *Protestsyndrom*, das sich durch die Verbindung einer Ideologie der Ungleichheit von Menschen und mit der Akzeptanz von Gewalt auszeichnet (vgl. 1). Daher standen *rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen* im Mittelpunkt der Untersuchung Heitmeyers. Dies ist zwar lediglich ein Teilaspekt des Phänomens 'Rechtsextremismus'; da aber gerade Jugendliche als 'rechte' Gewalttäter auffallen, handelt es sich hier um einen wichtigen Teilbereich.

Einen anderen Ansatz, der auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als Ursache für Rechtsextremismus abhebt, stellt die These des **Konflikts um die Einwanderung** dar (u.a. Willems 1993). Die Zuwanderung von über vier Millionen Aussiedlern und Asylbewerbern zwischen 1988 und 1992 hat zu vielfachen Konflikten an den Aufnahmeorten geführt. Vielfache Fremdheitserfahrungen und die gleichzeitig andauernde Asylrechtsdebatte eröffneten neue Chancen für Parteien und wiegelten 'rechte' Schläger auf. Die Zugehörigkeit zum deutschen Volk - oder besser: die »Deuschtümelei« - kann sich in diesem Zusammenhang zum Ausschließungsgrund gegen alles Nicht-(Ur-)Deutsche entwickeln. Allerdings kann mit diesem Deutungsmuster die höhere Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, die einen geringeren Ausländeranteil als die alten Bundesländer aufweisen, nicht erklärt werden.

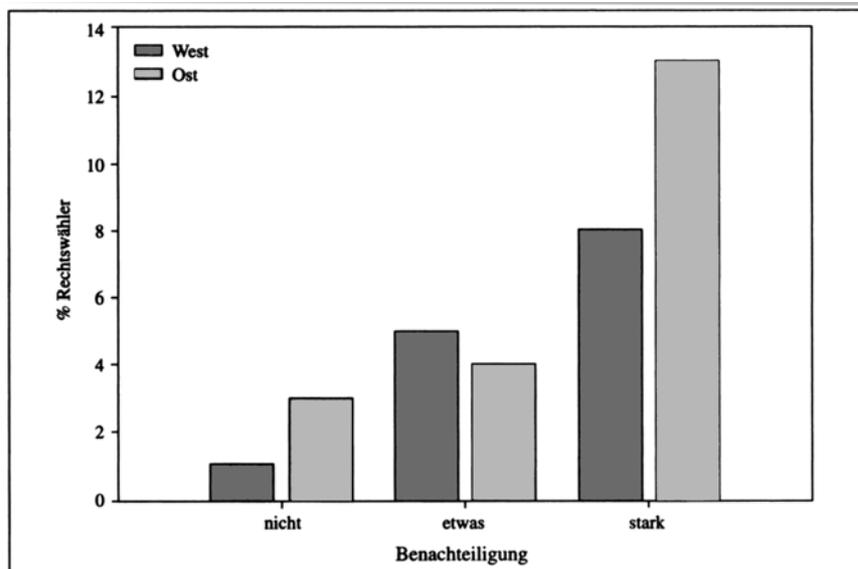
### 3.2.3 Politische Deutungsmuster

Politische Erklärungsansätze stellen die Gründung und Entwicklung rechtsextremistischer **Parteien** sowie deren Akzeptanz bei Wahlen in den Mittelpunkt. Nach Stöss (2000) lassen sich hinsichtlich der **Erfolgsbedingungen** rechtsextremistischer Parteien und anderer Organisationen interne und externe Faktoren unterscheiden. *Externe* Faktoren sind die *gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen* wie z.B. die politische Kultur (politische Skandale, Akzeptanz politischer Institutionen, Sachkompetenz der Politiker/innen), aber auch die wirtschaftlich-soziale Lage der Bevölkerung. Das heißt, u.a. auch das Niveau von Arbeitslosigkeit, Armut, Infrastruktur- und Freizeitangeboten usw. bilden die gesellschaftliche Basis für die Entstehung von Parteien. Politische Unzufriedenheit mit den traditionellen Parteien ist dabei häufig Folge einer als ungerecht empfundenen Güterverteilung (materieller und immaterieller Art). Diese Zusammenhänge verdeutlichen auch die beiden Abbildungen.

### Anteil der Rechtswähler bei der Bundestagswahl 1998 nach dem Grad der »Politikverdrossenheit«



### Anteil der Rechtswähler bei der Bundestagswahl 1998 nach dem Gefühl der sozioökonomischen Benachteiligung



Quelle der Abb.: DFG-Projekt »Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland«, ZA-Nummer 3064.

(entnommen aus: *Arzheimer et al. 2000; S. 233, 234*)

Auf der individuell-psychologischen Ebene ist ein rechtsextremistisches Einstellungsmuster notwendige Voraussetzung für die Aufgeschlossenheit gegenüber 'rechten' Parteien (allerdings sollte beachtet werden, dass es ein Potenzial sog. »Protestwähler/innen« gibt, die rechtsextremistischen Parteien auch ohne differenzierte politische Einstellung ihre Stimmen geben, vgl. 3.1).

Hinzu kommen *interne* Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um rechtsextremistische Parteien und Organisationen zum Erfolg zu verhelfen. Diese unterscheiden sich nicht von denen anderer Parteien: Sie müssen glaubwürdig und kompetent erscheinen, programmatische Alternativen zu anderen Parteien anbieten, innere Geschlossenheit zeigen, populäre und respektable Personen in der Führungsspitze haben und medienwirksam sein (Stöss 2000, S. 37).

Diese Bedingungen können von rechtsextremistischen Parteien kaum vollständig erfüllt werden, so dass der organisierte Rechtsextremismus - zumindest in NRW - bis heute keine besorgniserregenden (Wahl-)Erfolge feiern konnte. Insbesondere die zerfaserte Struktur der rechtsextremistischen Parteienlandschaft ist ein wesentliches Hemmnis.

### 3.3 Bewertung

Die Beschreibung verschiedener Erklärungsmuster für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ließe sich beinahe beliebig fortsetzen. Die Vielfalt verdeutlicht, dass es unbedingt notwendig ist, Forschungsergebnisse fortlaufend zu systematisieren und stärker zu vernetzen. Je nach Interessenschwerpunkt (z.B. rechtsextremistische Straftäter, 'rechte' Orientierungen bei Jugendlichen, politische Parteien) werden verschiedene Ursachen in den Vordergrund gestellt. Und an diesem Punkt müssen die Gegenstrategien von Politik, Pädagogik, Psychologie etc. ansetzen und sich fragen, welchen Beitrag die jeweilige 'Disziplin' bei der Ursachenbekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten kann.

Allumfassend ist also keines der vorgestellten Erklärungsmuster. Zu allen ließe sich problemlos eine kritische Haltung aufzeigen. Beispielsweise wird zu *Adornos Theorie* angemerkt, dass er die Sozialisation eines Menschen als relativ statisch betrachte, denn bereits in der Kindheit und in der Jugend komme es seiner Auffassung nach zur Ausprägung des 'autoritären Charakters', der dann grundsätzlich ein Leben lang erhalten bleibe. Sicherlich passieren in dem genannten Zeitraum wichtige Weichenstellungen. Aber die Persönlichkeitsstruktur eines Menschen ist kontinuierlichen Einflüssen unterworfen und verändert sich vermutlich ebenso kontinuierlich. Auch die neueren Studien des DJI (Wahl et al. 2001) betonen die Bedeutung der frühen Sozialisationserfahrungen.

Auch an *Heitmeyers Desintegrationsansatz* ist vielfältige Kritik geübt worden. So sei sein Fokus zu starr auf Jugendliche am Rande der Gesellschaft ausgerichtet. Zudem müsste mit der weiter zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft das Phänomen Rechtsextremismus kontinuierlich anwachsen. Dies ist aber glücklicherweise nicht der Fall, wenn man sich den Trend der Straftatenstatistik und die meisten Studien zu den Einstellungen der Bevölkerung anschaut.

Vielversprechend scheint eine *biografische* Vorgehensweise zu sein. An einzelnen Personen, deren verschiedene Lebensphasen untersucht werden, können zudem die obigen Erklärungsansätze besser überprüft werden als im Rahmen einer kollektiven Studie. Situative Kontexte und Einflussfaktoren können in Bezug gesetzt werden und auf der Zeitschiene kann überprüft werden, ob einmal ermittelte Einstellungsmuster erhalten bleiben oder sich weiterentwickeln.

Im folgenden Kapitel sollen zunächst allgemeine Handlungsfelder beschrieben werden, bevor im 5. Kapitel die konkreten Maßnahmen der Landesregierung NRW vorgestellt werden.

## 4 Prävention und Repression

Der moderne Rechtsextremismus ist kein Randphänomen. Es sind nicht 'nur' Angehörige sozialer Randgruppen oder vernachlässigte Jugendliche, die auf diese Art gegen gesellschaftliche Missstände protestieren. Es sind auch nicht lediglich Ausfälle einzelner, betrunkenen Skins. Rechtsextremismus ist ein **Problem in der 'Mitte' der Gesellschaft**. Daher müssen auch alle gesellschaftlichen Kräfte dieser Entwicklung etwas entgegensetzen.

Ebenso vielschichtig wie die Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit müssen demzufolge die Maßnahmen zu deren Vorbeugung und Bekämpfung sein, wenn die jeweilige Zielgruppe erreicht werden soll. Vereinfacht gesagt müssen derartige Anstrengungen *contra* Gewalt und Aggression und *pro* Toleranz und Demokratiefähigkeit ausgerichtet sein. Um **Synergieeffekte** zu erzielen und um Erfahrungen und Informationen austauschen zu können, sollten geeignete Strategien jedoch nicht nur nebeneinander existieren, sondern zukünftig noch besser aufeinander abgestimmt werden.

Die Bekämpfung von Erscheinungsformen des Rechtsextremismus durch **Polizei und Justiz**, konkret durch die Anwendung der Strafgesetze und des Polizei- und Ordnungsrechts in allen seinen Ausprägungen, ist meist das **letzte Glied** in einer Kette möglicher Fehlentwicklungen. Immer mehr sozialwissenschaftliche Studien kommen zu dem Schluss, dass viel früher - nämlich bereits in der Erziehung - angesetzt werden muss, um rechtsextremistische Gewalt zu verhindern.

Wichtiger als die Repression ist somit die **Prävention** - beispielsweise durch Aufklärung und gesellschaftliche Ausgrenzung extremistischer Positionen (nicht der Menschen!). Hier sind nicht nur Politiker aller demokratischen Parteien und alle gesellschaftlichen Institutionen gefordert. **Jeder Einzelne** in seinem familiären, beruflichen und sozialen Umfeld ist dazu aufgerufen, für die im Grundgesetz verankerten Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats und für die Grundrechte einzutreten. Es muss deutlich werden: Menschenverachtende Vorurteile, Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Gewalt gegen Andersdenkende haben in dieser Gesellschaft keinen Platz.

Im Folgenden sollen zunächst Fragmente verschiedener Ebenen beschrieben werden, auf denen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ansetzen können. Die Reihenfolge der Darstellung ist dabei nicht im Sinne einer Prioritätensetzung zu verstehen. Im Gegenteil: Alle drei Ebenen müssen parallel betrachtet werden.

### 4.1 Erste Ebene: Verfassungsschutz, Polizei, Recht

Die **Verfassungsschutzbehörden** der Länder und des Bundes fungieren als **'Frühwarnsystem'** und **informieren** die Bevölkerung über verfassungsgefährdende Tendenzen - u.a. extremistische Bestrebungen jeglicher Art. Aufgeklärte und gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind ein effektiver - und effizienter - Schutz gegen rechtsextremistische Strömungen in der Gesellschaft. Hierzu tragen regelmäßige Verfassungsschutzberichte, Vorträge und Informationsbroschüren wie diese bei.

Um bestehende **Gruppenstrukturen aufzubrechen**, stehen Polizei und Verfassungsschutz weitere Mittel wie z.B. das Einschleusen bzw. Abschöpfen von Informanten oder die Observation einer Gruppe zur Verfügung.

Wichtige Grundlage der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz sind **Informationen** über extremistische Bestrebungen. Bei der **Polizei** werden Daten auch zu rechtsextremistischen Straftätern in einem bundesweiten Informationssystem gespeichert. Die **Verfassungsschutzbehörde** NRW speichert personenbezogene Daten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages<sup>19</sup>. Die Daten werden zum einen in einem internen Verzeichnis und zum anderen im bundesweiten »Nachrichtendienstlichen Informationssystem« (NADIS) gespeichert. Die Dateien von Polizei und Verfassungsschutz sind gemäß gesetzlicher Vorgaben allerdings strikt voneinander getrennt.

**Kriterium für die Speicherung** durch den Verfassungsschutz ist nicht (nur), ob jemand verdächtig oder straffällig oder ein Gewalttäter ist, Anknüpfungspunkt ist vielmehr die Bewertung einer Person als Mitglied, Sympathisant, Förderer usw. einer extremistischen Bestrebung im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes. Eigene Dateien der Verfassungsschutzbehörde über Verdächtige, Straffällige oder Gewalttäter gibt es daher

nicht.

Für die Speicherung von **Daten über Minderjährige** gibt es besondere Bestimmungen. So ist für den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens eine entsprechende Vorschrift im § 9 VSG NW enthalten. Danach dürfen Daten über das Verhalten Minderjähriger nur gespeichert werden, wenn die betroffenen Personen zum Zeitpunkt der Beobachtung das 16. Lebensjahr vollendet hatten und tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Bestrebung bestehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt wird. Zudem sind diese Daten nach Ablauf von zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der weiteren Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen. Es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere einschlägige Erkenntnisse gesammelt wurden.

Der verfassungsrechtliche Rahmen eröffnet auch die Möglichkeit, rechtsextremistische **Parteien und Organisationen** nicht nur zu beobachten, sondern in letzter Konsequenz auch zu **verbieten** (vgl. »4. Exkurs«).

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) kann **rechtsextremistisches 'Material'** wie z.B. CDs, Videos oder Bücher prüfen und **indizieren**. Voraussetzung für das Tätigwerden der Prüfstelle ist ein Antrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit oder einer obersten Jugendbehörde der Länder, eines Landesjugendamtes oder eines örtlichen Jugendamtes<sup>20</sup>.

Die wachsende Bedeutung und die Internationalität des **Internet** stellt die staatlichen Einrichtungen vor massive Herausforderungen. Die deutschen Behörden sehen sich konfrontiert mit zahlreichen ausländischen Strafrechtssystemen, die hinsichtlich der Verfolgung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Propaganda wenig kompatibel sind.

Auf der **strafrechtlichen Ebene** werden u.a. verfolgt

- Volksverhetzung; Aufstachelung zu Rassenhass und Anstiftung zu rassistischen Gewalttaten (§ 130 StGB)<sup>21</sup>,
- Propagandadelikte<sup>6</sup> (§§ 86 und 86a StGB) sowie
- Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§ 166 StGB).

Das geltende **Jugendgerichtsgesetz** enthält mit seinem abgestuften Katalog von Erziehungsmaßnahmen, Zuchtmitteln und Jugendstrafe eine breite Palette möglicher Rechtsfolgen, die in der Praxis auch Umsetzung finden.

Angemeldete Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen müssen genau geprüft und die **ordnungsrechtliche** Möglichkeit, Auflagen und Verbote zu verhängen, genutzt werden. Auch die konsequente **Unterbindung rechtsextremistischer Musikkonzerte** und des Vertriebs dieser Musik - im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten - nimmt bei der Prävention eine herausragende Stellung ein: Viele Jugendliche finden über die Musik erst Zugang zur rechtsextremistischen Szene. An dieser Stelle kommt auch wieder der Verfassungsschutz zum Zuge, da ein frühzeitiger Erkenntnisaustausch zwischen den einzelnen Landes- und Bundesverfassungsschutzbehörden und der Polizei vor Ort notwendige Voraussetzung für die Verhinderung von Veranstaltungen ist. Dieser Informationsaustausch kann auch Bedeutung haben für die Vorbereitung von Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmungen.

Zum vorbeugenden Opferschutz gehört ebenso die verstärkte **Präsenz der Polizei** bzw. das Vorhalten von Verstärkungskräften an gefährdeten Orten. Auf diese Art und Weise kann möglicherweise die Bildung bzw. Verfestigung 'rechter' Gruppen auf öffentlichen Plätzen verhindert werden. Da die Polizei sehr viel unmittelbarer mit dem Phänomen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt konfrontiert wird als andere, ist es besonders wichtig, dass ihre Mitarbeiter/innen hierfür - beispielsweise durch Schulungsmaßnahmen - sensibilisiert sind. Dies kann auch dabei helfen, eine **Straftat** wirklichkeitsgetreu als rechtsextremistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch **einzustufen**.

Wichtig ist auch die lokale **Vernetzung** von Polizei und Jugendämtern. Hier sind auffällige Jugendliche oft bekannt. Eine weitere Möglichkeit, die rechtsextreme Szene aufzubrechen, bieten die **Aussteigerprogramme** von Bund und Ländern. Diese wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen

innerhalb der rechtsextremistischen Szene - z.B. an Führungspersönlichkeiten oder Aktivisten auf unteren Ebenen -, haben aber immer dasselbe Ziel: Verunsicherung der Szene, indem den angesprochenen Personen neue Lebensperspektiven aufgezeigt werden und diese schließlich ihrer alten Gruppierung den Rücken kehren (vgl. S. 118).

Trotz aller vorhandenen Mittel werden immer wieder **strafverschärfende Gesetzesänderungen** gefordert. Dabei ist nicht erwiesen, dass härtere Strafen Gewalttäter von ihren Vorhaben abhalten; abgesehen davon werden auf diesem Wege möglicherweise 'rechte Märtyrer' produziert. Es ist vielmehr so, dass die Täter sich über das Strafmaß für eine Tat überhaupt keine Gedanken machen. Und - wie Klaus Wahl vom DJI München es formuliert - »während der Tat regieren die Affekte«. Wahl bekam im Rahmen seiner Täterstudien die Annahme bestätigt, dass ein höheres Strafmaß nicht gleichbedeutend ist mit einer höheren Abschreckung.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine möglichst **zeitnahe Sanktionierung**. Nur so kann Strafe auch präventive Wirkung entfalten. Vielfach formulierten die Jugendlichen selbst noch einen weiteren Aspekt: Hätte man ihnen *rechtzeitig* die 'rote Karte' gezeigt, statt vielfach Verwarnungen auszusprechen, wäre es möglicherweise nicht zur Gewalttat gekommen (Wahl 2001a).

Dem Staat stehen somit prinzipiell **ausreichende Strafverfolgungsmöglichkeiten** zur Verfügung - abgesehen vielleicht von den Einflussmöglichkeiten auf Entwicklungen im Internet. Er muss sich als 'stark' erweisen, d.h. einerseits die Opfer schützen und andererseits bei den Tätern die vorhandenen Strafvorschriften konsequent anwenden und den vorgesehenen Strafrahmen gegebenenfalls ausschöpfen.

#### 4. Exkurs: Parteien- und Organisationsverbote

Ein **Verein** darf dann verboten werden, wenn durch die Verbotsbehörde festgestellt wird, dass seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder dass er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet (Art. 9 Abs. 2 GG i. V. m. § 3 VereinsG).

Nach Art. 21 Abs. 2 GG sind **Parteien** hingegen verfassungswidrig, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Zudem wurde vom Bundesverfassungsgericht in den bisherigen Verbotsverfahren die Voraussetzung formuliert, dass die betreffende Partei eine 'aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung' einnehmen müsse. Parteien genießen wegen ihrer herausgehobenen Stellung einen besonderen Bestandsschutz. Nach dem Grundgesetz ist allein das Bundesverfassungsgericht autorisiert, eine politische Partei zu verbieten (Art. 21 Abs. 2 GG, sog. Parteienprivileg). Ein solches Verbotsverfahren setzt einen entsprechenden Antrag voraus. Antragsberechtigt sind allein Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat - soweit es sich um Parteien handelt, die in mehr als einem Bundesland tätig sind.

Das Bundesverfassungsgericht hatte bislang vier Parteiverbotsverfahren durchzuführen. Auf Antrag der Bundesregierung wurden schließlich zwei politische Parteien verboten: 1952 die *Sozialistische Reichspartei (SRP)* und 1956 die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*. Anträge aus den 90er Jahren gegen die *Nationale Liste (NL)* und die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)* sind als unzulässig zurückgewiesen worden, da das Gericht in beiden Fällen den Parteienstatus nicht anerkannt hat.

Anfang des Jahres 2001 haben Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung einen **NPD-Verbotsantrag** (u.a. nachzulesen unter [www.idgr.de](http://www.idgr.de), Stichwort »NPD«) gestellt. Auf die Anträge wurden durch den NPD-Verfahrensbevollmächtigten Horst Mahler und den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Dr. Eisenecker bereits erwidert. Diese Stellungnahmen könnten aber für die NPD eher kontraproduktiv sein, denn sie bestätigen geradezu die Vorwürfe aus den Verbotsanträgen. Die Anträge wurden vom Bundesverfassungsgericht mittlerweile zur mündlichen Verhandlung zugelassen.

Zudem sind seit 1980 folgende bundesweit oder länderübergreifend agierende rechtsextremistische **Vereine** durch das Bundesministerium des Innern verboten worden:

- 1980** Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)
- 1982** Volksozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)

<b>1983</b>	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) - inkl. Aktion Ausländerrückführung (ARR)
<b>1989</b>	Nationale Sammlung (NS)
<b>1992</b>	Nationalistische Front (NF) Deutsche Alternative (DA) Nationale Offensive (NO)
<b>1994</b>	Wiking Jugend e. V. (WJ)
<b>1995</b>	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
<b>2000</b>	Blood & Honour <sup>6</sup>

Darüber hinaus ergingen weitere Verbote durch die Innenministerien/-senate der Länder. In NRW war dies beispielsweise im September 1993 das Verbot des *Freundeskreises Freiheit für Deutschland (FFD)*, in Hamburg wurde 1995 die bereits erwähnte *Nationale Liste (NL)* verboten.

Zur **Wirksamkeit** von Parteien- und Organisationsverboten gibt es divergierende Auffassungen.

Alle Aktivitäten zur Aufrechterhaltung verbotener Organisationen stehen kraft Gesetzes unter Strafe; die Erhaltung mitgliedschaftlicher Strukturen im alten Umfang wurde daher auch nur selten versucht. Den ehemaligen Mitgliedern verbotener Organisationen sind allerdings nicht jegliche politische Aktivitäten untersagt. Es kann beispielsweise nicht ausgeschlossen werden, dass sich Mitglieder verbotener Organisationen anderen Organisationen anschließen oder neue Organisationen gründen, soweit diese nicht als Nachfolge- oder Ersatzorganisationen anzusehen sind.

Die bisherigen Erfahrungen mit Partei- und Vereinsverboten hinsichtlich der **Zerschlagung von Mitglieder- und Infrastrukturen** sind überwiegend positiv. Mit den Verboten wurde das Vereinsvermögen beschlagnahmt und den Organisationen damit die **wirtschaftliche Grundlage** entzogen.

Die **abschreckende Wirkung** eines Verbotes auf Sympathisanten und Mitläufer verbotener Organisationen ist ebenfalls unterschiedlich. Hier gilt: Je größer die Organisation und je höher der Anteil von Personen mit bürgerlichem Hintergrund, um so höher ist die Abschreckungswirkung. Gerade auf junge Menschen übt aber mitunter auch das 'Verbotene' einen besonderen Reiz aus. Allerdings werden Jugendliche mit besseren beruflichen und persönlichen Perspektiven sich eher abschrecken lassen, da sie mehr zu verlieren haben. Im Gegensatz dazu lässt sich feststellen, dass sich der 'harte' und fanatisierte Mitgliederkern von Verboten kaum beeindruckt lässt.

Hinsichtlich der Gründung von **Ersatzstrukturen** durch Aktivisten verbotener Organisationen sind die bisherigen Erfahrungen eher positiv - d.h., der Versuch der Gründung oder Aufrechterhaltung von Ersatzstrukturen stellte eher die Ausnahme dar. Beispiel für eine solche Ausnahme ist der Fall des ehemaligen Bundesvorsitzenden der 1992 verbotenen *Nationalistischen Front (NF)*, der 1995 wegen Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der NF zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt wurde. Einige ehemalige FAP-Mitglieder wurden im Frühjahr 2000 wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu Haft- bzw. Bewährungsstrafen verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass von diesen Personen unter der Bezeichnung *Kameradschaft Recklinghausen* die FAP auf regionaler Ebene weitergeführt worden war.

## 4.2 Zweite Ebene: Politik, politische Bildung

Auf der geistig-politischen Ebene muss davor gewarnt werden, rechtsextremistische Bestrebungen lediglich zu stigmatisieren. Damit werden zwar eventuell die Wahlergebnisse rechtsextremischer Parteien geschwächt, aber im Grunde handelt es sich dabei um eine Verdrängungstaktik. Eine **Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Argumentationsmustern** und das Aufbauen einer Gegenargumentation bildet hier die langfristig wirksamere Strategie. In Bezug auf fremdenfeindliche Tendenzen spielen auch Informationen über fremde Kulturen oder Lebensweisen eine gewichtige Rolle; vieles wird einfach auf Grund von Unkenntnis abgelehnt. Ein öffentlich geführter, interkultureller Dialog

könnte helfen, Wissenslücken auszufüllen und damit Vorurteilen den Boden zu entziehen. Es muss möglicherweise auch deutlicher ausgesprochen werden, dass es eine offene Gesellschaft ohne extremistische Gruppierungen wohl nicht geben kann.

In diesem Zusammenhang ist auch ein verantwortungsvoller Umgang der **Medien** mit den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hilfreich. Denn zum einen werden öffentliche Diskussionen häufig von 'Rechtsextremisten' für ihre Zwecke instrumentalisiert (Bsp. Asylrechtsdebatte). Zum anderen besteht die Gefahr von Nachahmungstaten, wenn zu plakativ und unreflektiert über rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Vorfälle berichtet wird. Diese Gefahr bestätigt auch ein Zitat des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, in der »Welt« vom 23. August 2001: »Es passiert fast wöchentlich etwas. Und wir hängen das nicht immer an die große Glocke, um Trittbrettfahrer nicht zu animieren.«

In der **politischen Bildung** innerhalb und außerhalb von Schulen muss weiterhin ein offener Dialog über Toleranz und Mitmenschlichkeit geführt werden. Herausragende Aufgaben sind die Entwicklung moralischer Urteilskompetenz, politischer Mündigkeit, alternativer Lösungsmechanismen von Konflikt- und Problemlagen und nicht zuletzt auch die Vorbereitung auf ethnische und kulturelle Pluralisierung. Wichtig ist auch eine *zielgruppenspezifische* Aufklärung - beispielsweise durch die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung. Neben die direkte Aufklärung jedes Einzelnen tritt die mittelbare Aufklärung über Multiplikatoren (z.B. Lehrer, Eltern, Jugend- und Sozialarbeit). Gerade in Bezug auf die unmittelbare Aufklärung muss aber eingeschränkt werden, dass in erster Linie politisch Interessierte angesprochen werden können - und unter den Schulformen werden am ehesten die Schüler/innen der weiterführenden Schulen erreicht. Daher ist eine Kooperation mit Einrichtungen der Jugendarbeit sinnvoll, um mehr Jugendliche zu erreichen.

Der **Integrationspolitik** kommt ebenfalls eine wichtige Funktion zu, denn die Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Eingliederung ausländischer Bürger/innen kann Diskriminierungen und Ghettobildung vorbeugen. *Interkulturelles Lernen* an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sollte Bestandteil einer solchen Integrationspolitik sein. Diese Methode führt nicht nur ausländische Mitbürger/innen an unsere Gesellschaft und ihre grundgesetzliche Werteordnung heran; umgekehrt lernen auch die Deutschen etwas über die Kultur der 'Fremden', durch die sich viele Menschen subjektiv bedroht fühlen. Für Schulen und Universitäten könnte dies u.a. bedeuten, dass man den internationalen Schüler- und Studierendenaustausch stärker fördert.

Abgesehen von einzelnen bereits genannten Politikbereichen muss in der Politik regelmäßig über Grundsatzfragen diskutiert werden, die auf alle politischen Fragen Auswirkungen haben. In ihrer Untersuchung jugendlicher Fremdenfeinde stellen Heitmeyer/Müller (1995) beispielsweise fest, dass neben der 'klassischen' Inneren Sicherheit, die von Zeit zu Zeit - insbesondere auch vor Wahlen - auf der politischen Agenda steht, auch die »*Innere Sicherheit von Menschen*« ein Thema sein müsse. Gemeint ist hiermit die **Identitätsstärkung** jedes einzelnen Menschen. Die Wissenschaftler schließen hieraus, dass »*eine am Menschen orientierte Politik*« eine wichtige Strategie zur Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus darstellt. Sie fassen darunter eine

- »Politik für Menschen, die keine Arbeit haben,
- Politik für Kinder und Jugendliche, um ihnen angemessene Möglichkeiten der Entfaltung innerhalb gemeinsam geteilter sozialer Zeit zu geben,
- Politik gegen Armut und Wohnungsnot,
- Politik, bei der sich nicht Leistung, sondern Menschlichkeit wieder 'lohnend' muß,
- Politik, der Kommunikation wichtiger ist als Repräsentation,
- Politik, die nachvollziehen läßt, daß es ihr tatsächlich um mündige Bürger und nicht um potentielle Wähler geht.«

Neben die *personale* Identität müsse die *soziale* Identität treten. Denn im Zuge der Modernisierung von Industriegesellschaften gäbe es weitgehend keine selbstverständlichen Schichtzugehörigkeiten oder Rollenbilder mehr, die früher einmal soziale Identität vermittelten. Heute muss den 'Modernisierungsverlierern' ihre Identität im Wesentlichen durch **gesellschaftliche Anerkennung**

gegeben werden. Und diese darf nach Heitmeyer/Müller nicht nur als eindimensionale Anerkennung von Leistung verstanden werden, sondern als Anerkennung jeglicher individueller Fähigkeiten eines Menschen (a.a.O., S. 180 f.).

### 4.3 Dritte Ebene: Schule/Pädagogik, Sozialarbeit, Erziehung

Auf dieser Handlungsebene treffen sich die unterschiedlichsten Akteure: Lehrer, Sozialarbeiter und -pädagogen, Psychologen, Polizisten, Eltern usw.. Umso wichtiger ist es auch hier, dass bestehende Angebote vernetzt und neue Angebote auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft werden. Isolierte pädagogische Projekte - auch ohne die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einzubeziehen - können nur wenig bewirken. Im Folgenden sollen einige der vielen *Handlungsoptionen* angesprochen werden.

**Schule** hat das Ziel, junge Menschen zu sozial verantwortlichen, sozial kompetenten und selbstständigen Menschen zu erziehen. Dies ist eine wichtige Basis im Kampf gegen Rechtsextremismus, weil nur ein selbst- und sozial verantwortlicher junger Mensch in der Lage ist, sich von extremistischen oder gewaltorientierten Positionen oder Parolen zu distanzieren und sich dagegen zu wenden. Aufbau und Entwicklung eines (demokratischen) **Wertebewusstseins** sind naturgemäß langfristige Aufgaben, die Kontinuität fordern und Vorbilder benötigen. Kurzfristige Aktionen können zwar unterstützend und festigend auf bereits entwickeltes Wertebewusstsein wirken, sie können aber den wichtigen Prozess des dauerhaften Aufbaus von Werten nicht ersetzen. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule setzt dabei das **elterliche Erziehungsrecht** und die elterliche Erziehungspflicht (Art. 6 GG) fort, er erweitert und ergänzt sie.

Die schulische Erziehung steht darüber hinaus im Kontext - manchmal in Konkurrenz - mit anderen Faktoren, die die Werteorientierung beeinflussen: vor allem mit 'Cliquen', aber auch mit den Medien. Es ist deshalb sowohl für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Schule von Bedeutung aufzuarbeiten, welche Wertorientierungen durch wen angeboten werden, und ob sie einen positiven Beitrag zum individuellen Wertesystem beitragen (können). Es ist deshalb so wichtig, dass die Schule das **gesellschaftliche Umfeld einbezieht**, damit sich trotz der Unübersichtlichkeit von 'Wertangeboten' stabile Persönlichkeiten mit differenzierten Orientierungen entwickeln können.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München (Wahl/Tramitz 2000) kommt in seinen Studien zu der Forderung, dass Präventionsanstrengungen schon viel **früher als bisher ansetzen** müssten: eben nicht erst im Jugendalter mit Jugendhilfeangeboten, sondern bereits in Kindergarten, Schule und selbstverständlich von Anfang an in der Familie. Im Zentrum müsse dabei die *emotionale Entwicklung* des Kindes stehen. Auf Auffälligkeiten - wie beispielsweise aggressives Verhalten oder (soziale) Angst - müsse reagiert werden, um einen möglichen Entwicklungspfad hin zu Gewalttätigkeit oder Fremdenfeindlichkeit abzuschneiden. Auch in der Schule solle neben der Wissensvermittlung die emotionale Entwicklung der Kinder eine (noch) höhere Priorität einnehmen. Wichtig ist neben der Vernetzung von Schule und Elternhaus auch die Verbindung von Schule und Jugendarbeit.

Vom Forscherteam um das DJI kommen auch die Forderung nach mehr **Grundlagenforschung**. Dabei solle verstärkt auf interdisziplinäre Längsschnittstudien gesetzt werden, um die Entwicklung eines Menschen vom Kleinkindalter an zu verfolgen. Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsstruktur und Umwelt und den Auswirkungen auf die Haltung gegenüber Fremden könnten so evtl. beantwortet werden.

Betrachtet man diese Anregungen aber auf der zeitlichen Schiene, dann wird deutlich: Das hoffentlich positive Ergebnis eines veränderten Erziehungskonzepts kommt erst in der Zukunft zu tragen. Allerdings muss die Gesellschaft auch mit den *aktuellen Entwicklungen* im Rechtsextremismus umgehen.

Dabei lassen sich grundsätzlich **zwei Vorgehensweisen** beim Umgang mit (rechtsextrem orientierten) Jugendlichen unterscheiden: eine, die auf Sanktion und Ausgrenzung abzielt, und eine andere, die sich durch ein Zugehen auf die Jugendlichen und eine akzeptierende Grundhaltung kennzeichnen lässt. Die letzte Variante wurde eine Zeit lang verstärkt angewendet, weil Studien (z.B. Heitmeyer) aufgezeigt hatten, dass hinter der 'rauen rechtsextremistischen Schale' häufig ein verletzter Charakter stecke. Sicherlich ist ein Kombination beider Ansätze am sinnvollsten, denn weder die absolute Ausgrenzung noch eine lediglich 'akzeptierende' Jugendarbeit erscheinen erfolgsversprechend.

Jugendhilfeangebote sind also weiterhin eminent wichtig, sollten sich aber vermehrt auf die Arbeit mit **Jugendcliquen** konzentrieren, da in diesem Umfeld der Ursprung der meisten fremdenfeindlicher Gewalttaten liegt. Und auch Kindern zwischen 10 und 14 Jahren, die *auf der Suche* nach einer Clique sind, sollte nach einer Empfehlung des DJI die Aufmerksamkeit der Jugendarbeit gelten. Zudem seien gezielte Angebote sinnvoll, die explizit auf 'männliche' Bedürfnisse (z.B. Körpereinsatz) Rücksicht nehmen.

Für **Polizeikräfte** kann es vorteilhaft sein, wenn sie speziell für den Umgang mit delinquenten Jugendlichen geschult werden. Durch soziale Auffälligkeiten wie häufiges Schuleschwänzen oder Alkohol- und Drogenmissbrauch fühlen sich Eltern häufig überfordert. An dieser Stelle erscheint es wichtig, dass Hilfsangebote beispielsweise seitens Polizei und/oder Schule zur Verfügung stehen. So kann ein weiteres 'Abrutschen' möglicherweise noch rechtzeitig vermieden werden.

Haben präventive Anstrengungen keinen Erfolg gehabt, und ist es zu einer Verurteilung auf Grund rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten gekommen, ist es wichtig, im Rahmen des **Strafvollzugs** langfristig angelegte Programme mit den Straffälligen durchzuführen. Kurzfristige Anti-Aggressions-Trainings o.ä. können sinnvoll sein - reichen aber nicht aus. Denn bei der Darstellung von Tätertypen und -strukturmerkmalen (vgl. 2.4.2) ist u.a. deutlich geworden, dass die Gewalt vielfach aus einem situativen Gruppenkontext heraus entsteht. Daher besteht neben der strafrechtlichen, auf Sanktion setzenden Verfolgung der Tat auf jeden Fall die Herausforderung einer kontinuierlichen pädagogisch-psychologischen Unterstützung des Täters, um die Anfälligkeit für eine 'negative Gruppendynamik' in der Zukunft zu vermindern. Dies darf nicht als falsche 'Belohnung' eines Straftäters missverstanden werden, sondern als präventive Maßnahme zur Verhinderung eines Rückfalls in alte Denk- und Handlungsmuster.

## 5 Maßnahmen der Landesregierung NRW gegen Rechtsextremismus

### 5.1 Netzwerkarbeit gegen Rechtsextremismus

Nur eine Zusammenführung der im Kapitel 4 beschriebenen Handlungsansätze ermöglicht es, Kräfte zu bündeln, eventuelle Widersprüche und Reibungsverluste zwischen einzelnen Ansätzen zu vermeiden sowie Informationen und Erfahrungen interdisziplinär auszutauschen. Diesem Ziel dienen in Nordrhein-Westfalen u.a. das »Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus« und das »Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit«. Beide wurden im Sommer 2000 ins Leben gerufen.

#### 5.1.1 Aktionsprogramm der Landesregierung

Im August 2000 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, um einen Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus der Landesregierung, der aus 81 Punkten bestand, zu strukturieren. Die verschiedensten präventiven und repressiven Maßnahmen waren hier aufgeführt, die nun gebündelt und vernetzt werden sollten, um sie in einem nächsten Schritt schließlich umzusetzen.

Selbstverständlich war das Land Nordrhein-Westfalen auch vor dem Jahr 2000 bereits aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Neu war aber die Herangehensweise: Nicht die Auflage ständig veränderter Programme, sondern eine Bestandsaufnahme bewährter Konzepte und eine anschließende Analyse, an welchen Punkten noch Ergänzungsbedarf bestand, waren Grundlage des Aktionsprogramms. Bewährte und neue Handlungsansätze wurden kombiniert und die ressortübergreifende Zusammenarbeit wurde intensiviert.

Der Katalog der Maßnahmen erstreckt sich auf die **Bereiche** Strafverfolgung, Prävention durch Verfassungsschutz, Polizei und Justiz, Bildungsarbeit, Verhinderung sozialer Ausgrenzung, Förderung interkultureller Verständigung und Akzeptanz, Internet sowie Wissenstransfer. Einige Vorhaben werden unter 5.2 näher beschrieben.

Um das Aktionsprogramm auf die **lokale Ebene** zu transportieren, und um Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden NRWs zum Mitmachen anzuregen, hat die Landesregierung im September 2000 mit Mitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz ein pauschaliertes Förderprogramm (»Kommunen gegen Rechtsextremismus«) aufgelegt, aus dem jede Kommune 1,- DM pro Einwohner<sup>22</sup> für themenbezogene Aktionen erhielt. Bereits 1993 konnten durch ein ähnlich angelegtes Programm nachahmenswerte Projekte initiiert werden<sup>23</sup>. Eine Bilanzierung des aktuellen Programms soll im Frühjahr 2002 erfolgen. Ein Ergebnis des aktuellen Programms ist ein Internet-Forum des Innenministeriums NRW: Unter der Adresse [www.NRWGegenRechts.de](http://www.NRWGegenRechts.de) stellen sich lokale Initiativen, Vereine und Organisationen mit ihren Aktionen gegen Rechtsextremismus vor.

#### 5.1.2 Bündnis für Toleranz und Zivilcourage

Um Synergieeffekte nicht nur auf der Ebene der Landesregierung zu erzielen, wurde auch im gesellschaftlichen Raum ein Bündnis geschlossen: Auf Initiative von Ministerpräsident Wolfgang Clement haben sich - ebenfalls im letzten Sommer - Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Gruppen im »Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit« zusammen getan. Bis zum November 2001 waren dem Bündnis über 50.000 Bürgerinnen und Bürger und knapp 500 Organisationen, Unternehmen, Vereine und Schulen beigetreten ([www.nrw.de/zivilcourage](http://www.nrw.de/zivilcourage)).

Das Bündnis versteht sich vor allem als Plattform für gemeinsame Aktionen sowie als Forum für den Informationsaustausch, die Koordinierung und die Vernetzung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in NRW. In der Staatskanzlei ist für die Organisation der Arbeit des Bündnisses eine Stabsstelle eingerichtet. Der Öffentlichkeit hat sich das Bündnis mit seinen Zielen im Dezember 2000 in einer Auftaktveranstaltung in den Dortmunder Westfalenhallen präsentiert.

Das Landespresseamt hatte zudem eine begleitende Informationskampagne vorgeschlagen, die von den

Bündnispartnern gebilligt wurde. Dazu zählten u.a. kostenlose Rundfunk-Trailer, Benefiz-Anzeigen, eine Reihe von Veranstaltungen und verschiedene Informationsmaterialien (Flyer, Broschüren etc.). Es wurden u.a. auch eine Großkundgebung von Dortmunder Schülerinnen und Schülern, ein Fotowettbewerb sowie ein »Carnival der Kulturen« in Essen geplant und umgesetzt.

## 5.2 Exemplarische Handlungsfelder

An dieser Stelle werden einige Aspekte aus dem *Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus* aufgegriffen und anhand exemplarischer Projekte veranschaulicht. Diese Darstellung muss auf Grund der Vielfalt der Maßnahmen *unvollständig* sein. Nähere Informationen können bei den einzelnen Landesministerien erfragt werden ([Adressen siehe Anhang](#)).

### 5.2.1 Verfassungsschutz durch Beobachtung und Aufklärung

Zu den zentralen Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört die **Beobachtung** rechtsextremistischer Bestrebungen. An die Beobachtung schließt sich eine entsprechende **Informationssammlung** und -auswertung. Der Verfassungsschutz leistet damit einen maßgeblichen Beitrag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Straftaten in diesem Bereich.

Um den **Informationsaustausch** zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz zu intensivieren, ist im Rahmen des Aktionsprogramms auf Landesebene eine ständige Informationsgruppe zur Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte eingerichtet worden.

Neben der Aufgabe, **Informationen** zu sammeln und zu bewerten, hat sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz ein weiteres zentrales Ziel gesetzt: **Aufklärung** einer breiten Öffentlichkeit. Getragen von der Überzeugung, dass eine gut unterrichtete Bevölkerung der effektivste Verfassungsschutz ist, werden Informationsmaterialien erstellt und Vorträge gehalten - dies vor allem für Multiplikatoren. Im Rahmen des *Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus* beteiligt sich der NRW-Verfassungsschutz verstärkt an der Durchführung von Projekttagen an Schulen, schulischen Diskussionsveranstaltungen und Lehrerfortbildungen zum Thema 'Rechtsextremismus'.

Die Bedeutung der Unterrichtung der Öffentlichkeit spiegelt sich auch in den seit 1978 herausgegebenen und rege nachgefragten **Verfassungsschutzberichten** des Landes wider, die inzwischen auch Gerichten und anderen Behörden als Standard-Nachschlagewerk dienen. Auf der Suche nach Informationen ist der Verfassungsschutz ständig bemüht, sich eine bessere Zugangslage insbesondere zur gewaltbereiten Neonazi- und Skinhead-Szene zu verschaffen. Mit ihrer zunehmend staatsfeindlichen Haltung geht jedoch eine stärkere Abschottung der genannten Szenen einher, so dass der Zugang erschwert wird.

Seit 1996 ist der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz - damals als eine der ersten Verfassungsschutzeinrichtungen bundesweit - im **Internet** präsent; dies auch mit dem Ziel, der drastischen Zunahme extremistischer Inhalte im Internet ein qualifiziertes Gegengewicht zu setzen. Die Homepage, die vielfache Suchfunktionen beispielsweise in allen bisher erstellten Verfassungsschutzberichten ermöglicht, und insbesondere auch die Kontaktmöglichkeit per E-Mail werden regelmäßig genutzt.

Koordiniert durch den Verfassungsschutz beteiligt sich das Innenministerium des Landes bereits seit 1993 an der *Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern. Unter dem Motto »FAIRSTÄNDNIS: Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhass« wurden Publikationen und Veranstaltungen z.B. von Schulen oder Sportvereinen gefördert. In Zusammenarbeit mit der Initiative *SOS-Rassismus NRW* wurde auch ein Falblatt mit dem Titel »ZivilCOURAGE zeigen!« erstellt, das konkrete Verhaltensanregungen bei fremdenfeindlichen Angriffen im Alltag gibt. Wie sollte man sich beispielsweise verhalten, wenn jemand in der Straßenbahn mit rassistischen Hetzparolen angegriffen wird?

### 5.2.2 Polizeiliche Prävention und Repression

Kriminalitäts**bekämpfung** kann nur als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfolgreich sein. Auch die *Kriminalitätsvorbeugung* erfordert Partnerschaften und Vernetzung über viele Ebenen und intensive Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen, staatlicher Institutionen und Einrichtungen.

Deshalb ist es in Nordrhein-Westfalen vorrangiges Ziel, ein landesweites **Präventionsnetzwerk** aufzubauen, das in besonderem Maße auch von der aktiven Mitwirkung der Bevölkerung lebt. Prävention und Opferschutz müssen als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Ein **Landespräventionsrat** könnte hierbei wichtige Funktionen übernehmen - beispielsweise die Unterstützung kriminalpräventiver Gremien in den Kommunen (unter Einbeziehung von Wirtschaft, Gewerkschaften, Medien, Religionsgemeinschaften etc.) sowie die Initiierung und Koordination von Präventionsprojekten auf Landesebene.

Auf örtlicher Ebene wurde die polizeiliche Kriminalitätsvorbeugung den Kreispolizeibehörden übertragen. Die Kommissariate 'Vorbeugung' sind damit auch zuständig für Projekte Opfer bezogener Prävention zum Schutz von Personen und Gruppierungen. Zur Realisierung des flächendeckenden Präventionsnetzwerkes sind vor Ort Arbeitskreise zur Kriminalitätsvorbeugung gebildet worden, in denen der Sozial- und der Schulbereich, aber auch Kirchen, Justiz, Vertreterinnen und Vertreter ausländischer Bevölkerungsgruppen und Polizei zusammenarbeiten. In Nordrhein-Westfalen bestehen inzwischen mehr als 600 **kriminalpräventive Gremien**, in denen Themen aufgegriffen werden, die von örtlicher Bedeutung sind. Es werden z. B. in Kooperation mit Schulen Veranstaltungsreihen durchgeführt und Schulungskonzepte entwickelt.

Die Polizei in NRW setzt die Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm konsequent um und hat den Druck auf Rechtsextremisten beispielsweise durch sog. **Gefährderansprachen** deutlich erhöht. Hierbei werden Aktivisten, Mitläufer und Sympathisanten der 'rechten Szene' gezielt angesprochen, um ihnen zu verdeutlichen, dass man sie im Auge hat.

Für **jüdische Einrichtungen** - aber auch für andere durch rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Gewalt gefährdete Objekte und Personen - gelten seitens der Polizei des Landes NRW seit langem Schutzmaßnahmen auf hohem Niveau. Unmittelbar nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Sommer 2000 wurden die Polizeibehörden des Landes per Erlass gebeten, die Schutzmaßnahmen an den genannten Punkten zu überprüfen und - soweit erforderlich - zu verstärken. Die Bezirksregierungen sollten veranlassen, dass an jüdischen Einrichtungen, die der Religionsausübung dienen - also insbesondere Synagogen -, sowie Einrichtungen der Landesverbände der jüdischen Gemeinden besonderer Schutz durch Posten und Streifen gewährleistet ist.

Oberstes Ziel bei der Repression bleiben **zeitnahe Aufklärung und Sanktionierung**. Daher kommen bei einfachen Sachverhalten und klarer Beweislage beschleunigte Verfahren und das vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 Jugendgerichtsgesetz) zur Anwendung.

Bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit kann eine fundierte Datengrundlage unterstützend wirken, daher werden Angaben über fremdenfeindliche oder rechtsextremistische Taten und Täter, die zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten beitragen können, in einem sog. Landeslagebild erfasst. Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat sich mittlerweile auf ein **neues Definitionssystem** für Straftaten im Bereich politisch motivierter Kriminalität geeinigt, das seit dem 1. Januar 2001 umgesetzt wird. Dies ermöglicht es der Polizei u.a., auf Grund bundeseinheitlicher Bewertungskriterien Entwicklungen - auch über Ländergrenzen hinweg - nachzuhalten, Täterprofile zu erkennen und zu vergleichen oder auch lokale Besonderheiten darzustellen (vgl. 2.4.1).

Um einen stärkeren Fahndungsdruck aufzubauen, werden von den Kreispolizeibehörden verstärkt **spezielle Ermittlungsgruppen** zur Ergreifung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Täter eingesetzt.

### 5.2.3 Integrationspolitik/Förderung interkultureller Verständigung

Die Landesregierung begreift erfolgreiche Integration von Migranten und Minderheiten in sozialer, rechtlicher, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht als eine zentrale Herausforderung des dritten Jahrtausends. Integrationspolitik ist damit ein Handlungsfeld, das Bezüge zu allen Politikbereichen hat. Sie ist eine **Querschnittsaufgabe**.

Dieser Ansatz schlägt sich deutlich in den entsprechenden Initiativen und Programmen der Landesregierung

nieder. Eine umfassende Darstellung bestehender Programme und Initiativen in NRW befindet sich in den *Zuwanderungsberichten* des Landes, die unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie 1995 und 2000 erstellt wurden.

Zu den Aktivitäten auf diesem Gebiet zählt u.a. der Ausbau der *Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)*. **Interkulturelles Miteinander** wird dabei von der Landesregierung begriffen **als Chance** für die Entwicklung *aller* Kinder: für hier geborene, hier aufgewachsene und zugewanderte Kinder - gleich welcher Herkunft sie sind. Dafür entwickeln die RAA Programme und Projekte und setzen diese in Kooperation mit Partnern wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern, Kammern von Industrie und Handwerk und Berufsberatung um.

Die Arbeitsstellen sind Einrichtungen von Kommunen und Kreisen, gefördert durch das Land NRW. 1980 wurden die ersten RAA eingerichtet - ein Modellversuch, dessen Ergebnisse überzeugten: Seit Beginn der 12. Legislaturperiode konnten zusätzlich zu den bis dahin 18 RAA neun weitere in den Städten Aachen, Bielefeld, Bochum, Remscheid, Siegen und Wuppertal sowie in den Kreisen Aachen, Düren und im Rheinisch-Bergischen Kreis gegründet werden. Heute gibt es in NRW also 27 Regionale Arbeitsstellen - weitere sind geplant.

Ein wichtiges Instrument der Integrationsarbeit ist das *Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (LzZ)*, das 1998 die Arbeit aufnahm und seinen Sitz in Solingen hat. Sein spezifischer Beitrag besteht darin, als Schnittstelle zwischen den öffentlichen und privaten Trägern der Migrationspraxis, zu Migration und Integration arbeitenden wissenschaftlichen Einrichtungen und den politischen Entscheidungsträgern zu fungieren. So lagen die Arbeitsschwerpunkte der ersten beiden Jahre seines Bestehens in der wissenschaftlichen Begleitung von modellhaften Praxisprojekten, der Vernetzung von Integrationspraxis und -forschung sowie in der Durchführung von Workshops, Fachtagungen und Konferenzen.

Die Landesregierung fördert seit 1997 auch die *Selbstorganisationen* von Migrantinnen und Migranten wie z.B. die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW).

Im Rahmen eines Modellvorhabens wurden aus Mitteln des Programms »Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung« von 1997 bis 1999 neun Einzelprojekte der **Antidiskriminierungsarbeit** gefördert. Grundlegendes Ziel des Modellprojekts war, strukturelle, institutionelle und individuelle Formen von Diskriminierung in systematischer Weise quantitativ und qualitativ zu erfassen, zu dokumentieren und auszuwerten.

Beispielhaft für den **Kulturbereich** sei die Förderung freier Theater(projekte) genannt, die migrationspolitische und andere kulturpolitische Fragen aufgreifen, die Minderheiten betreffen. Es werden auch Musikprojekte bzw. -workshops gefördert, in denen Jugendliche als vornehmliche Zielgruppe bei der Beschäftigung mit den verschiedenen (Welt-) Musikrichtungen kulturelle Grenzen überschreiten.

Bei der **Sportpolitik** der Landesregierung hat die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe zugewanderter Menschen am Sport schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Diese Form der *interkulturellen Freizeitgestaltung* wird in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund, den Sportfachverbänden und den Vereinen gefördert (vgl. 5.2.5).

#### 5.2.4 Schule

Es ist die **grundsätzliche Aufgabe** der Schule, junge Menschen im Geiste der Menschlichkeit, der Toleranz, der Demokratie, der Freiheit, der Achtung der Überzeugung des Anderen und der Friedensgesinnung zu erziehen<sup>24</sup>. Diese Aufgabe bestimmt die Bildungs- und Erziehungsarbeit in allen Schulstufen, Schulformen und Bildungsgängen und allen Klassenstufen. Sie ist nicht nur Aufgabe einzelner Schulfächer, sondern bezieht sich auf alle unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereiche.

Im Frühjahr 2001 startete Bildungsministerin Behler ein **Bündnis für Erziehung**, das erzieherische Aktivitäten bündeln soll. Es wurden auch Maßnahmen im Schul- und Bildungsbereich thematisiert, die sich im *Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus* wiederfinden. Sie zielen u.a. darauf,

- Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, im Unterricht und im Schulleben gezielt gegen Gewalt und

Fremdenfeindlichkeit anzugehen,

- ❑ durch die Einbeziehung des schulischen Umfelds neue Erfahrungsfelder aufzuschließen und daraus Anstöße für Wertbildungsprozesse zu gewinnen,
- ❑ mediale Einflüsse zu erkennen und zu durchschauen und
- ❑ aus unmittelbaren Begegnungen mit 'Fremdem' Anregungen für die eigene Wertorientierung zu gewinnen.

Abgesehen von diesen allgemeinen Orientierungslinien sind in Nordrhein-Westfalen bereits viele konkrete Maßnahmen entwickelt und angeboten worden, um rechtsextremen Einstellungen und Aktivitäten in Schulen und im schulischen Umfeld vorzubeugen. Hierzu zählen u.a. die folgenden **Projekte**:

- ❑ thematische Schwerpunktsetzung im Sachkundeunterricht, in Religion, Geschichte, Gesellschaftslehre, Politik, Sozialwissenschaften und Deutsch sowie fächerverbindend mit Musik und Sport,
- ❑ interkulturelles Lernen im fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht, Verbindung mit Integrationsaspekten von ausländischen und ausgesiedelten Kindern und Jugendlichen,
- ❑ Autorenlesungen,
- ❑ Klassen- und Kursfahrten zu Gedenkstätten und Konzentrationslagern,
- ❑ Teilnahme der Schulen am »Streitschlichter-Programm«,
- ❑ Gestaltung von Aktionstagen (z.B. Sternlauf, »Schweigelauf gegen Rechts«, »Nacht für Toleranz«, »Schritte gegen Tritte«),
- ❑ Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltungen, kirchlichen Gruppen, Polizei, Sportvereinen,
- ❑ Zusammenarbeit mit christlich-jüdischen Gemeinden, Zentralrat der Juden, Menschenrechtsorganisationen,
- ❑ Teilnahme an lokalen Initiativen,
- ❑ symbolische Handlungen (Gräberpflege, Friedensbaum pflanzen),
- ❑ Gewaltpräventionstage,
- ❑ Theater- oder Hörspielprojekte,
- ❑ Briefwechsel mit Kindern aus anderen Ländern oder
- ❑ Kunst- und Musikprojekte.

Daneben gibt es im schulischen Umfeld Netzwerke gegen Gewalt, die bereits erwähnten kriminalpräventiven Gremien, Kampagnen gegen Rassismus und Gewalt, weitere Projekte mit außerschulischen Partnern im Rahmen des Programms »Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule« (GÖS) oder auch schulische Ganztagsangebote, die unterstützend wirken können.

Das Justizministerium NRW hat zur Verstärkung des **Rechtkundeunterrichts** an allgemeinbildenden Schulen mehr Mittel bereit gestellt. In diesem Rahmen sollen (u.a.) die Themenkreise 'Rechtsextremismus' und 'Fremdenfeindlichkeit' behandelt werden.

Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus können dabei nicht zentral, sondern nur **vor Ort entwickelt** werden, weil sie die spezifischen Rahmenbedingungen der einzelnen Schule berücksichtigen müssen. Präventive Maßnahmen sind dann um so wirksamer, wenn sie Teil eines pädagogischen Gesamtkonzeptes der betreffenden Schule sind. Dokumentationen zu den Aktivitäten der Schulen gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt erstellen die Bezirksregierungen.

### 5.2.5 Bildungs- und Jugendarbeit

Fremdes wird häufig abgelehnt, weil über Hintergründe nichts oder zu wenig bekannt ist. Bildungspolitische Maßnahmen - auch außerhalb der Schule - bieten die Chance, Fremdenfeindlichkeit mit Aufklärung über andere Kulturen entgegen zu wirken. Daher ist auch dieser Bereich ein wichtiges Handlungsfeld der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Die über 60 von der **Landeszentrale für politische Bildung** anerkannten Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung sehen sich zwar nicht vorrangig als Einrichtungen der Jugendarbeit. Dennoch ist etwa ein Drittel der Teilnehmenden im Gesamtbildungsangebot der Altersgruppe von 16 bis 27 Jahren

zuzuordnen. Die politischen Bildungseinrichtungen begreifen ihre Arbeit insgesamt als Maßnahmen, die der Festigung der demokratischen Kultur, der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und der interkulturellen Bildung dienen.

Dazu gehört auch die **Gedenkstättenarbeit**: Die Landeszentrale für politische Bildung fördert neben Projekten an einzelnen Gedenkstätten die konzeptionelle Zusammenarbeit mit Bildungsträgern. Dies geschieht z.B. durch Gedenkstättenseminare, die von Trägern der Erwachsenenbildung in Kooperation mit den NS-Gedenkstätten durchgeführt werden. Diese Förderung hat den Austausch und die öffentliche Präsenz der Gedenkstätten erheblich stimuliert.

Seit der Änderung des Weiterbildungsgesetzes zum 1. Januar 2000 werden auch vermehrt Projekte zur Vermittlung **interkultureller Qualifikationen in der Arbeitswelt** gefördert. Interkulturelle Weiterbildung fördert das Zusammenleben und die Integration von Deutschen und Zugewanderten in Unternehmen. Sie trägt dazu bei, dass die speziellen Fähigkeiten von Migrantinnen und Migranten in den Unternehmen genutzt werden können - z.B. um sich über nationale Grenze hinaus im zusammenwachsenden Europa erfolgreich zu positionieren.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der primärpräventiven Arbeit zur Verhütung oder Eindämmung des Rechtsextremismus in NRW ist die Förderung **'klassischer' Jugendarbeit**, wie sie z.B. von Jugendorganisationen, Häusern der offenen Tür, der kulturellen Jugendarbeit bzw. Initiativgruppen praktiziert wird. Darüber hinaus werden gezielte Projekte der **Gewaltprävention** gefördert. Sie sind angesiedelt bei Trägern der Jugendhilfe - insbesondere in offenen Einrichtungen der Jugendarbeit.

Im **Sportbereich** werden verschiedene Programme und Initiativen wie »Sport mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern«, »Respect: Jugend gegen Gewalt und Rechtsextremismus« (Basketballprojekt) oder Fußball-Fan-Projekte gefördert. Die Förderung der Fußball-Fan-Projekte erfolgt im Rahmen des sozialpädagogisch orientierten »Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit« (NKSS) in Zusammenarbeit mit den beteiligten Kommunen und dem Deutschen Fußballbund. Inhalt der Förderung ist die hauptamtliche Beschäftigung von Sozialpädagogen mit dem Ziel, durch intensiven Kontakt mit jugendlichen Fußballfans und der Szene ('Hooligans') die für Gewaltbereitschaft ursächlichen defizitären Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und diesen durch Beratung, Hilfe und Unterstützung entgegen zu wirken.

Mit dem sog. **Landesjugendplan** unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen u.a. die Arbeit der im *Landesjugendring* zusammengeschlossenen Jugendverbände, des *Rings politischer Jugend* wie auch die *Landesarbeitsgemeinschaft der kulturellen Jugendbildung* und die dort organisierten Landesarbeitsgemeinschaften wie die der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen. Die durch den Landesjugendplan geförderten Maßnahmen und Aktivitäten verfolgen u.a. das Ziel, rassistische und rechtsextremistische Einstellungen erst gar nicht entstehen zu lassen und ein **interkulturelles, solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander** zu ermöglichen. Die Landesförderung ist so ausgestaltet, dass vorrangig solche Träger, Einrichtungen und Angebote gefördert werden, die sicherstellen, dass die Veränderungen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen unmittelbar berücksichtigt werden und die Angebote und Einrichtungen im sozialen Umfeld junger Menschen angesiedelt sind. Die Bereitschaft junger Menschen zu demokratischem und sozialem Engagement soll geweckt werden. Sie sollen lernen, ihre Interessen zu erkennen und sie gemeinsam mit anderen in selbst organisierten Zusammenhängen zu vertreten. Sie sollen aber auch in die Lage versetzt werden, Risiken und Gefährdungen zu erkennen und zu lernen, mit diesen umzugehen (Konfliktbewältigung).

**Mobile** oder **aufsuchende Jugendarbeit** - beispielsweise durch 'Streetworker' - hat sich als neue Form der Jugendarbeit in den letzten zehn Jahren insbesondere dort entwickelt, wo junge Menschen durch die klassischen Angebote der Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden konnten. Sie halten sich zunehmend in 'Cliques' und in öffentlichen Räumen auf. Um dieser Entwicklung zu begegnen werden Jugendliche dort angesprochen, wo sie leben, wo sie ihre Freizeit verbringen und wo sie auch auffällig werden. Schwerpunkt der mobilen Jugendarbeit Nordrhein-Westfalens bildet die Arbeit mit Jugendlichen in besonderen Risiko- und Gefährdungssituationen. Mit dieser Vorgehensweise können möglicherweise auch jugendliche Gruppen

erreicht werden, die zu Gewalt oder rechtsextremistischen Einstellungen neigen.

### 5.2.6 Verhinderung sozialer Ausgrenzung

Nicht nur die Ausgrenzung von Zugewanderten, sondern auch die von Wohnungslosen, Sozialhilfeempfängern oder von wehrlosen Menschen ist Thema der nordrhein-westfälischen Politik gegen Rechtsextremismus. Dies geschieht im Sinne einer **Primärprävention** auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur die Opfer rechtsextremistischer Gewalt häufig sozial Benachteiligte sind, sondern vielfach auch die Täter sich realer bzw. vermeintlicher Benachteiligungen ausgesetzt sehen.

In diesem Zusammenhang besteht präventiver Opferschutz auch darin, Angriffspunkte abzubauen. Zur Verhinderung rechtsextremistischer Gewalttaten z.B. gegen **Wohnungslose** sind Handlungsprogramme erforderlich, die Vermeidung und Abbau von Wohnungslosigkeit zum Ziel haben. Im Mittelpunkt des Landesprogramms »Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern«, das seit 1996 existiert, stehen deshalb auch die Stärkung der Prävention durch die Förderung kommunaler Fachstellen für Wohnhilfen, die Verhinderung von sozialen Brennpunkten und die Unterstützung niedrigschwelliger Hilfsangebote für die Betroffenen. Diese Initiativen haben gemeinsam mit den Anstrengungen von Städten und Gemeinden sowie der Freien Wohlfahrtspflege dazu geführt, dass die Obdachlosenzahlen in NRW von 1994 bis 2000 um 60 % reduziert werden konnte. Zur Verstetigung der positiven Effekte soll das Programm auch in den Folgejahren weitergeführt werden.

Die Landesregierung setzt mit dem Programm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« zielgerichtet Maßnahmen an **sozialen Brennpunkten** ein. In Kombination mit weiteren Hilfen (z.B. Beschäftigungsförderung, sozialpädagogische Maßnahmen) wird versucht, auch individuelle soziale Probleme durch ein integriertes politisches Konzept anzugehen.

Auch **schulische Betreuungsangebote**, die die Landesregierung NRW verstärkt fördert, können soziale Ausgrenzung verhindern helfen. Insbesondere für Kinder in Konflikt- oder Notsituationen erfüllen derartige Angebote eine wichtige Auffangfunktion. Durch Aufzeigen von Freizeitalternativen kann möglicherweise das Abrutschen in eine 'rechte' Clique vermieden werden. Auch für die Übergangsphase zwischen Schule und Beruf hat das Land Hilfsangebote entwickelt.

Im Sinne der oben angeführten Primärprävention kann auch der Einsatz verschiedener EU-Programme zur **Beschäftigungsförderung**, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes ergänzt werden, zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung beitragen.

### 5.2.7 Weitere Maßnahmen

#### Beratungsangebote

Im Kontext der Bekämpfung des Rechtsextremismus fördert die Landesregierung die *Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)*. Diese Einrichtung entwickelt Konzepte und berät Träger der Jugendhilfe, hauptamtliche Fachkräfte und Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten.

Anregungen für Projekte oder andere Aktivitäten gibt auch die im Sommer 2001 freigeschaltete **»Helpline - Aktiv gegen Rechts«** (Telefonnummer auf der Umschlagrückseite) der Landesregierung. Hier können jedoch noch zahlreiche weitere Informationen abgefragt werden - beispielsweise zu folgenden Fragen:

- was kann man aktiv tun gegen Fremdenhass und Gewalt?
- wie kann man jemandem helfen, aus der 'braunen Ecke' herauszukommen?
- wie verhält man sich, wenn man mit rechtsextremistischen Parolen oder rechtsextremistischer Gewalt konfrontiert wird?
- was kann man rechtsextremistischen Parolen argumentativ entgegen setzen?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Helpline* sind in ein umfangreiches Expertennetzwerk zum Thema 'Rechtsextremismus' eingebunden, an dem neben verschiedenen Einrichtungen der Landesregierung auch Beratungseinrichtungen, Träger der Jugendhilfe, Initiativen und andere beteiligt sind.

Ein weiterer wesentlicher Beratungsschwerpunkt der *HelpLine* ist das **Aussteigerprogramm** der NRW-Landesregierung. Dieses Programm richtet sich an Aktivisten, Mitläufer, aber auch an Führungspersonen aus der rechtsextremistischen 'Szene'. Sie erhalten auf Wunsch eine individuelle Beratung und gegebenenfalls auch einen persönlichen Ansprechpartner. Auch in diesen Fällen wird das o.g. Expertennetzwerk einbezogen.

Ausstiegswillige können sich daneben an die Polizei oder den Verfassungsschutz wenden. Zum Teil werden die in Frage kommenden Personen auch direkt angesprochen.

Zum nordrhein-westfälischen Ausstiegskonzept gehören Gespräche mit Familienangehörigen, Arbeitgebern, Staatsanwaltschaften und Bewährungshelfern ebenso wie die Vermittlung von Alkohol- und Drogentherapien, Hilfe bei der Arbeitsbeschaffung, Erstellung von Entschuldungsplänen oder Hilfestellung bei Behördengängen.

### Internet

Eine länderübergreifende Arbeitsgruppe hat unter Mitwirkung des Innenministeriums NRW eine bundesweite Plattform entwickelt, die es den Verfassungsschutzbehörden ermöglicht, sich innerhalb kürzester Zeit einen aktuellen Überblick über rechtsextremistische Bestrebungen im Internet zu verschaffen. Diese Informationen dienen als Grundlage im Kampf gegen den **Missbrauch des Internet**.

Die wirksame Bekämpfung rechtsextremistischer Homepages mit strafrechtsrelevanten Inhalten stößt auf kaum überwindbare Schwierigkeiten. Konnte ein deutscher Betreiber (Provider) einer einschlägigen Homepage ausfindig gemacht werden, und hat dieser die Inhalte daraufhin entfernt, können dieselben Inhalte innerhalb kürzester Zeit problemlos vom Ausland aus erneut ins Internet eingestellt werden. Wichtig ist daher die Kooperation mit Providern, die in Nordrhein-Westfalen u.a. durch die Bezirksregierung Düsseldorf<sup>25</sup> praktiziert wird.

Das Internet bietet aber auch die Möglichkeit, **gegensteuernde Inhalte** zu platzieren und zu verbreiten. Die im Anhang enthaltene Linksammlung beinhaltet eine kleine Auswahl von Informationsquellen, die zum Abbau fremdenfeindlicher, antisemitischer oder anderer diskriminierender Vorurteile beitragen wollen. Hier können zum Teil auch praxiserprobte Projekte für die Umsetzung im eigenen Umfeld abgerufen werden (z.B.: [www.NRWGegenRechts.de](http://www.NRWGegenRechts.de)).

### Ursachenforschung / Wissenstransfer

Ursachenforschung dient der langfristigen Bekämpfung von Rechtsextremismus. Daher existieren seitens der nordrhein-westfälischen Landesregierung vielfältige Kontakte zu Universitäten, Instituten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. An dieser Stelle seien einige Beispiele für Kooperationen mit der Wissenschaft exemplarisch genannt:

- ❑ Das Landeskriminalamt NRW lässt derzeit eine Studie zu rechtsextremistischen Gewalttättern erstellen, die u.a. das Phänomen der Entstehung von Gruppengewalt näher beleuchten soll. Dieser Zuschnitt erscheint besonders wichtig, weil die meisten rechtsextremistischen Taten von Heranwachsenden im Gruppenkontext verübt werden.
- ❑ Im Rahmen der Grundlagenforschung hat das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit eine zweite Auflage der 1993 durchgeführten Repräsentativstudie zu den Einstellungen Jugendlicher zu Rechtsextremismus und Gewalt in Auftrag gegeben. Diese wurde mittlerweile fertig gestellt und veröffentlicht (vgl. 3.1).
- ❑ Das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung fördert die wissenschaftliche Erforschung migrationspolitischer Fragestellungen.
- ❑ Mit wissenschaftlicher Unterstützung wird die Wirksamkeit von Maßnahmen der Landesregierung (u.a. gegen Rechtsextremismus) überprüft und neue Maßnahmen werden entwickelt.

## 6 Schlussbemerkung

Die Landesregierung sieht in der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine wesentliche innenpolitische Priorität. Auch nach den Ereignissen des 11. September 2001 dürfen die Anstrengungen auf diesem Gebiet nicht nachlassen. Alle Maßnahmen im Kampf gegen jegliche Form von Extremismus haben das Ziel, Demokratie und Menschenwürde vor ihren Gegner zu schützen und gleichzeitig die Öffentlichkeit zu ermutigen, sich gegen antidemokratische Bestrebungen zu engagieren.

Alle Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit reichen aber nicht aus, wenn sich nicht auch das *gesamtgesellschaftliche Klima* gegen jede Form rechtsextremistischen bzw. rassistischen Verhaltens ausrichtet. Rechtsextremistische Täter dürfen nicht meinen, sie führten das aus, was die Mehrheit der Bevölkerung 'nur' denkt. Eine kontinuierliche Wertediskussion ist unabdingbar: Toleranz, Respekt, Zivilcourage und Gemeinsinn sind gesellschaftliche Grundwerte, die extremistischen Bestrebungen entgegenwirken. Die Politik kann bei dieser Diskussion Impulse geben - gelebt und erlebt werden Werte von jedem Einzelnen.

Denn *»wenn in unserem Land Menschen anderer Hautfarbe durch Städte gehetzt und körperlich misshandelt werden, wenn Menschen ausländischer Herkunft sich in Bussen und Bahnen oder auf öffentlichen Plätzen nicht mehr sicher fühlen, wenn Synagogen, jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus zur Zielscheibe für Gewalttäter werden, dann wird auch an den Eckpfeilern unserer demokratischen Gesellschaftsordnung gerüttelt«* (Innenminister Dr. Fritz Behrens anlässlich der Vorstellung des »Zwischenberichtes 2000« des Verfassungsschutzes NRW am 20. November 2000 in Düsseldorf).

## Fußnoten

- 1 Für NRW wird dies in § 3 VSG NW konkretisiert.
- 2 vgl. beispielsweise das sog. »25-Punkte-Programm« der NSDAP von 1920
- 3 Zu der Vorstellung eines 'autoritären Charakters', der besonders anfällig sei für rechtsextremistisches Gedankengut, vgl. die Ausführungen zu 3.2.1.
- 4 Die Darstellung bezieht sich in weiten Teilen auf den Stand September 2001.
- 5 Die Entscheidung auf Amtsenthebung war zwischenzeitlich wieder zurückgenommen worden, später erfolgte aus anderem Anlass aber eine erneute Amtsenthebung.
- 6 Die amerikanische Autorin und Historikerin Deborah Lipstadt hatte Zündel in einem Buch als »Holocaust-Verneiner« bezeichnet, der die historische Wahrheit bewusst zu seinen Zwecken verfälsche. Hiergegen richtete sich Zündels Klage.
- 7 Die VGP betreibt die einzige nennenswerte revisionistische Homepage aus NRW. Sie gibt außerdem eine eigene Publikation mit dem Titel »DEUTSCHLAND - Schrift für neue Ordnung« heraus, die ebenfalls über das Internet abrufbar ist. Die Homepage der VGP unterscheidet sich in der Form der politischen Argumentation deutlich von anderen aus dem Revisionismus-Bereich, denn die ausdrückliche Leugnung des Holocaust wird vermieden. Im Jahr 2000 haben sich die Themen im Wesentlichen auf die Diskussion der Kriegsschuldfrage, 'alliierte Kriegsverbrechen' und die Zwangsarbeiterentschädigung beschränkt.
- 8 Der VGR-Verlag tritt in jüngster Zeit als Herausgeber des einschlägigen Szene-Magazins »Rock Nord« auf und dürfte zumindest teilweise die Geschäftsbereiche der vormaligen *Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH* (Langenfeld) abdecken. Gegen diese ist ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt worden.
- 9 Allerdings organisierte die Republikanische Jugend in Hessen in Zusammenarbeit mit einem örtlichen REP-Kreisverband im Jahre 1999 einen Balladenabend mit Frank *Rennicke* in Biblis. Unter den rund 500 Personen, die überwiegend dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen waren, befanden sich auch mehrere Skinheads.
- 10 Diese Feststellung bezieht sich insbesondere auf den vergleichsweise hohen Organisationsgrad von Rechtsextremisten in den alten Bundesländern. Dies wird auch durch Zahlen des LKA NRW bestätigt. Quelle: *BMI 2001; Wahl 2001(a)*
- 11 *SINUS (Hg.): 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...«* - Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981
- 13 *Europäische Kommission: Eurobarometer, Bericht Nr. 48 (März 1998)* - zitiert nach *Hofmann-Göttig 2001*
- 14 *Falter, Jürgen/Arzheimer, Kai: Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland 1998 im Vergleich zum Jahre 1994 (Gutachten im Auftrag des BMFSFJ); Juli 1998* - zitiert nach *Hofmann-Göttig 2001*
- 15 Ergebnisse der Studie sollen in Kürze vom *Bundesministerium des Innern* in Broschürenform veröffentlicht werden.
- 16 *Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter; Frankfurt/M. 1973* (engl. Original von 1950)
- 17 Die genannten Merkmale sind Bestandteile der sog. **F(aschismus)-Skala** von Adorno. Hierzu gehören außerdem: Konventionalismus, Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen, Sensiblen), Machtdenken und 'Kraftmeierei', Destruktivität / Zynismus, Projektivität (Projektion unbewusster Triebimpulse auf die Außenwelt) und übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen (Adorno, a.a.O., S. 45).
- 18 *Beck, Ulrich: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne; Frankfurt/M. 1986*
- 19 Rechtsgrundlage: § 3 i.V.m. § 8 VSG NW
- 20 Rechtsgrundlage: *Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte (GjS)*

- <sup>21</sup> Hier ist insbesondere auch § 130 **Abs. 3** StGB zu nennen, der die Billigung, Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen unter Strafe stellt.
- <sup>22</sup> Die Kreise erhielten einen Festbetrag in Höhe von 100.000 DM.
- <sup>23</sup> Bilanz nachzulesen in der Landtags-Drucksache Nr. 11/2883
- <sup>24</sup> vgl. Art. 7 Landesverfassung NRW
- <sup>25</sup> Die Bezirksregierung Düsseldorf ist in NRW zuständig für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften aus dem Mediendiensteleistungsvertrag.

## Abkürzungen

BMI	Bundesministerium des Innern
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
d.h.	das heißt
DVU	Deutsche Volksunion
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
GG	Grundgesetz
JN	Junge Nationaldemokraten
KDS	Kampfbund Deutscher Sozialisten
LDS	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (NRW)
LKA	Landeskriminalamt
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Parteiengesetz
REP	Die Republikaner
StGB	Strafgesetzbuch
u.a.	unter anderem, unter anderen
vgl.	vergleiche
VSG NW	Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

## Glossar

### Antisemitismus

Der Antisemitismus reicht zurück bis ins Mittelalter und hat sich im Laufe der Jahrhunderte verschiedener Inhalte bedient. An dieser Stelle soll lediglich auf die beiden Hauptentwicklungen eingegangen werden:

Ende des 18. Jahrhunderts - nach dem Ende der Französischen Revolution - versickerte der *religiöse* Antisemitismus (oder auch *christlicher Antijudaismus*), der die Juden beschuldigte, Gottes Sohn getötet zu haben. Dem religiösen Antisemitismus konnten sich die Juden durch eine christliche Taufe entziehen. Anders dagegen der *moderne* Antisemitismus: Dieser wurde in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts virulent und bediente sich unter Hitler vorwiegend rassistischer Elemente. Per ideologischer Definition lag der 'Fehler' der Juden in ihrem 'Blut', in ihrer Rasse, die es deswegen zu vernichten galt.

### Blood & Honour

Diese Skinhead-Strömung entstand in den 80er Jahre in Großbritannien. Die Bewegung versucht, innerhalb der 'Szene' eine autonome, von Parteien und Organisationen unabhängige Basis zu schaffen, Konzerte zu organisieren und über gleichnamige Fanzines (vgl. 2.3.1) eine Informationsstruktur herzustellen.

Bis zum Verbot vom 14. September 2000 war »Blood & Honour« in Deutschland zum wichtigsten Veranstalter rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte geworden. Das Selbstverständnis der Bewegung war elitär und auf eine Führungsrolle angelegt. Sie stellte sich dar als eine Sammlungsbewegung und ein verbindendes Element zwischen verschiedenen rechtsextremistischen Fraktionen. Die von ihr instrumentalisierte Skinhead-Musik bildete hierfür eine ideale Basis. Die 'Division Deutschland' von »Blood & Honour« war in mehrere Sektionen aufgeteilt: In NRW hatte sich in Ostwestfalen eine Sektion mit einigen wenigen Personen gebildet.

Mit dem Verbot der Vereinigung (zu den Verbotsvoraussetzungen vgl. »4. Exkurs«) vertrat das Bundesministerium des Innern die Ansicht, dass sich »Blood & Honour« und deren Jugendorganisation »White Youth« gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten. Dies manifestierte sich z.B. im Bekenntnis zu Hitler und führenden Nationalsozialisten oder auch in der Verwendung von Symbolen und Begriffen des Nationalsozialismus.

Zudem bestehe eine *kämpferisch-aggressive Haltung* gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung und gegenüber dem Gedanken der Völkerverständigung. Zur Veranschaulichung wurden beispielsweise Publikationen der Vereinigung angeführt, in denen u.a. als »Endlösung« oder »Holocaust 2000« bezeichnete Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen Juden, Ausländer, Homosexuelle und politische Gegner angekündigt wurden.

### Ethnopluralismus

Anhänger des Ethnopluralismus vertreten die Auffassung, dass sich die Identität eines Volkes immer und nur im Kontext eines Territoriums und einer spezifisch kulturellen Prägung entwickelt und dort auch erhalten wird. Die unterschiedlichen Ethnien sollen daher ihre kulturellen Eigenarten beibehalten und regionale Distanz zueinander wahren. Neben einem Erhalt der 'nationalen Identität' solle der Ethnopluralismus aber auch der Völkervielfalt dienen. Das Idealbild der Ethnopluralisten wären ethnisch homogene Territorien. U.a. Vertreter der 'Neuen Rechten' verwenden den Begriff häufig im Zusammenhang mit ausländerpolitischen Themen. Dabei werden den Menschen anderer Herkunft im Inland tendenziell nicht die gleichen Menschenrechte zugestanden.

### Hammer-Skins

Hammer-Skins sind eine Strömung innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene, die vermutlich Mitte der 80er Jahre in den USA entstanden ist. Der Begriff »Hammer-Skins« tauchte 1992 erstmals in deutschen Szene-Publikationen auf. Dabei stellen diese Skins weniger eine organisatorische, sondern eine ideologische Bewegung dar: Ihre Mitglieder vertreten rassistisches, in Anklängen nationalsozialistisches Gedankengut.

### **Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)**

Der am 1. Mai 1999 in Krimnitz/Brandenburg unter großem Medieninteresse gegründete KDS konnte bislang keine wesentlichen Akzente innerhalb der bundesdeutschen Neonazi-Szene setzen. Das erklärte Ziel des KDS, den Gegensatz von 'Rechts' und 'Links' aufzuheben, das auch in der »Langener Erklärung« des KDS - seinem ideologischen Grundsatzpapier - Ausdruck fand, konnte nicht realisiert werden. Eine Zusammenarbeit mit 'linken' Systemgegnern gelang nicht.

### **Parteienfinanzierung**

Wie finanzieren sich eigentlich rechtsextremistische Parteien bzw. woher stammen die finanziellen Mittel für ihre Aktionen?

Nach § 18 Abs. 1 PartG gewährt der Staat den Parteien Mittel als Teilfinanzierung zur Erledigung der ihnen nach dem Grundgesetz übertragenen und im Parteiengesetz konkretisierten Aufgaben. Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben Parteien gemäß § 18 Abs. 4 PartG, sobald sie nach dem endgültigen Wahlergebnis einen bestimmten Prozentsatz an gültigen Stimmen - bei Landtagswahlen z. B. 1 % der abgegebenen gültigen Stimmen - erreicht haben. Über diese staatliche Teilfinanzierung hinaus erzielen sie auch Einnahmen z.B. aus Mitgliedsbeiträgen, aus Spendengeldern von natürlichen (häufig die Haupteinnahmequelle rechtsextremistischer Parteien) und juristischen Personen und aus ihrem Vermögen. Gemäß Art. 21 Abs. 1 GG müssen Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen Rechenschaft ablegen.

### **Propagandadelikte**

Hierzu zählen die Straftatbestände der §§ 86 und 86a StGB. Danach ist es strafbar, *Propagandamittel* bzw. *Kennzeichen* verfassungswidriger Organisationen herzustellen, zu verbreiten, vorrätig zu haben, ein- oder auszuführen, die die Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation, einer Nachfolgeorganisation oder einer rechtskräftig verbotenen Gruppe fortsetzen sollen. Propagandamittel sind Medien, die sich auf aggressive Weise gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Kennzeichen sind Fahnen, Abzeichen, Uniformteile, Parolen und Grußformeln. Propagandadelikte können mit Freiheitsstrafen bis zu drei oder fünf Jahren bestraft werden.

Im weiteren Sinne wird auch die Volksverhetzung - d.h. der Aufruf zu Hass und Gewalt gegen Bevölkerungsgruppen - nach § 130 StGB zu den Propagandadelikten gezählt.

### **Skinheads / Skins**

In dieser Broschüre sind immer die rechtsextremistischen Skinheads - abgekürzt: Skins - gemeint. Jugendsoziologisch betrachtet handelt es sich bei der Skinhead-Bewegung aber um eine umfassende, subkulturelle Jugendbewegung. Bei vielen Skins ist daher eine politische Überzeugung kaum auszumachen, manche wiederum sind politisch eher 'links' orientiert (z.B. 'Red-Skins').

## Zum Weiterlesen...

**Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo:** Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit: Handreichungen für die politische Bildung; Schwalbach/Ts. 1999

**dies.:** Der unbequeme Fremde: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland - empirische Befunde; Schwalbach/Ts. 2000

**Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.:** Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten; in: SCHUBARTH/STÖSS (Hg.) 2000; S. 220 ff.

**Backes, Uwe/Moreau, Patrick:** Die extreme Rechte in Deutschland: Geschichte - gegenwärtige Gefahren - Ursachen - Gegenmaßnahmen; München 1994

**Bergmann, Werner:** Antisemitismus; in: INFORMATIONEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG, Heft 271: Vorurteile - Stereotype - Feindbilder; Bonn 2001

**Birsl, Ursula:** Rechtsextremismus: weiblich - männlich, eine Fallstudie; Opladen 1994

**Bitzan, Renate:** Skingirls, Reenies, Mädelschar und nationale Weiberaktion: Auch rechte Frauen pochen auf Frauenrechte (Interview); in: DAS PARLAMENT, 44/2000

**dies. (Hg.):** Rechte Frauen, Skingirls, Walküren und feine Damen; Berlin 1997

**Büchner, Britta:** Rechte Frauen: Frauenrechte und Klischees der Normalität - Gespräche mit Republikanerinnen; Pfaffenweiler 1995

**Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hg.):** Erster Periodischer Sicherheitsbericht; Bonn 2001

**Eckert, Roland/Willems, Helmut/Würtz, Stefanie:** Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test; in: POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT, Sonderheft 27/1996: Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung; Opladen 1996, S. 152 ff.

**Falter, Jürgen W.:** Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland; München 1994

**Feldmann, Renate:** Nicht beachtet - nicht vorhanden? Frauen als rechtsextreme Akteurinnen; in: FEMINA POLITICA 10, 1/2001, S. 85ff.

**Ganter, Stephan:** Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland; Bonn 1998 ([library.fes.de/fulltext/asfo/00256toc.htm](http://library.fes.de/fulltext/asfo/00256toc.htm))

**Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.):** Rechtsextremismus und die Neue Rechte in Deutschland; Opladen 1998

**Guggemos, Peter:** Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage; Würzburg 2000

**Heitmeyer, Wilhelm:** Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation; Weinheim/München 1987

**Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim:** Fremdenfeindliche Gewalt junger Menschen: Biographische Hintergründe, soziale Situationskontexte und die Bedeutung strafrechtlicher Sanktionen; Bonn 1995

**Hofmann-Göttig, Joachim:** Der Jugend eine Zukunft: Aktuelle Schlaglichter auf die politische Herausforderung durch die nachwachsende Generation; Mainz 2001 ([www.net-part.rlp.de/aktuelles/aktuelles\\_e2\\_frame\\_newspapers.htm](http://www.net-part.rlp.de/aktuelles/aktuelles_e2_frame_newspapers.htm) - wird laufend aktualisiert)

**Jaschke, Hans-Gerd:** Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte; in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 12/1992, S. 1437 ff.

**ders.:** Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe - Positionen - Praxisfelder; Wiesbaden 2001<sup>2</sup>

**Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW:** Landtagswahl 2000: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; Düsseldorf 2000

**Meyer, Birgit:** Mädchen und Rechtsradikalismus; in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 5/1991; S. 601ff.

**Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW:** Rechtsextremismus und Gewalt: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung bei Jugendlichen; Düsseldorf 2001

**Möller, Kurt:** Rechte Kids: Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen; Weinheim/München 2000

**Pfahl-Traugber, Armin:** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik; München 1999

**ders.:** Warum kommt es zum Rechtsextremismus? - Versuch einer Forschungsbilanz zu den Ursachen des Rechtsextremismus; in: BUNDESMINISTERIUM DES INNERN: Verfassungsschutz - Bestandsaufnahme und Perspektiven; Halle (Saale) 1998

**Pfeiffer, Thomas:** Medien einer neuen sozialen Bewegung von rechts (Diss.); Bochum 2000

**Renz, Mariel:** »Lebenshüterin im Volkstum, Bewacherin und Spenderin ist die Frau«: Frauenbilder in rechtsextremem Ideologien, in: WLECKLIK, PETRA (Hg.): Frauen und Rechtsextremismus; Göttingen 1995

**Rommelspacher, Birgit:** Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus; in: SCHUBARTH/STÖSS (Hg.) 2000; S. 199 ff.

**Schubarth, Wilfried:** Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt - Möglichkeiten und Grenzen schulischer und außerschulischer Prävention; in: SCHUBARTH/STÖSS (Hg.) 2000; S. 249 ff.

**Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.):** Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Bilanz; Opladen 2000

**Siller, Gertrud:** Rechtsextremismus bei Frauen: Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischen Erfahrungen und politischen Orientierungen; Opladen 1997

**Stöss, Richard:** Rechtsextremismus im vereinten Deutschland; Hg.: Friedrich-Ebert Stiftung; Bonn 2000 (3. Auflage)

**Stöss, Richard/Niedermayer, Richard:** Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998; Berlin 1998 ([www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm](http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm))

**Wahl, Klaus:** Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen des Aufwachsens junger (rechtsorientierter) Menschen; unveröff. Vortragsmanuskript (11. Niedersächsischer Jugendgerichtstag) vom 29. Mai 2001(a)

**ders.:** Studie zur Struktur biografischer Hintergründe und Motivation fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Tatverdächtiger und Straftäter in Deutschland; in: BUNDESKRIMINALAMT (Hg.): Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit; Neuwied/ Kriftel 2001(b)

**Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane:** New Look in der Sozialforschung - Fremdenfeindlichkeit: Die tiefen Wurzeln extremer Emotionen; in: DJI BULLETIN, Heft 51/52, Oktober 2000

**Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane/Blumtritt, Jörg:** Fremdenfeindlichkeit: Auf den Spuren extremer Emotionen; Opladen 2001

**Willems, Helmut et al.:** Fremdenfeindliche Gewalt: Einstellungen, Täterstrukturen, Konflikteskalation; Opladen Bonn 1993

**Willems, Helmut/Würtz, Stefanie/Eckert, Roland:** Analyse fremdenfeindlicher Straftäter; Bonn 1994

## **Anschriften der Ministerien des Landes NRW**

Staatskanzlei  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Stadttor 1, 40190 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 837-01  
Fax: (0211) 837-1150  
eMail: poststelle@stk.nrw.de

Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten  
Stadttor 1, 40190 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 837-01  
Fax: (0211) 837-1170  
eMail: poststelle@stk.nrw.de

Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Jägerhofstr. 6, 40479 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 4972-0  
Fax: (0211) 4972-2750  
eMail: poststelle@FM.nrw.de

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen  
Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 8792-0  
Fax: (0211) 8792-456  
eMail: info@jm.nrw.de

Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand,  
Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 837-02  
Fax: (0211) 837-2200  
eMail: poststelle@mwmev.nrw.de

Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf  
Pressestelle  
Tel.: (0211) 8618-4340/1  
Fax: (0211) 8618-4566  
eMail: info@mail.masqt.nrw.de

Ministerium für Schule, Wissenschaft  
und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen  
Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 896-03  
Fax: (0211) 896-4555  
eMail: poststelle@mswf.nrw.de

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen  
Elisabethstr. 5-11, 40217 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 3843-0  
Fax: (0211) 3843-603  
eMail: presse@mswks.nrw.de

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen  
Schwannstr. 3, 40476 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 4566-0  
Fax: (0211) 4566-388

eMail: [poststelle@munlv.nrw.de](mailto:poststelle@munlv.nrw.de)

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie  
und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf

Tel.: (0211) 855-5

Tel.: (0211) 855-3107 (Pressestelle)

eMail: [c@ll.nrw.de](mailto:c@ll.nrw.de)

Landeszentrale für politische Bildung

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf

Tel.: (0211) 8618-4610 und 4611

eMail: [poststellelzp@masqt.nrw.de](mailto:poststellelzp@masqt.nrw.de)

## **Anschriften Verfassungsschutzbehörden**

### **Bundesamt für Verfassungsschutz**

Merianstr. 100, 50765 Köln  
Tel.: 0221/7920

### **Landesamt für Verfassungsschutz Baden Württemberg**

Taubenheimstr. 85 A, 70372 Stuttgart  
Tel.: 0711/ 9544-00

### **Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz**

Knorrstr. 139, 80937 München  
Tel.: 089/31201-0  
Fax: 089/31201-380

### **Senatsverwaltung für Inneres - Abteilung V -**

Potsdamer Straße 186, 10783 Berlin  
Tel.: 030/90129-0  
Fax: 030/90129-844

### **Ministerium des Innern des Landes Brandenburg - Abteilung V -**

Henning-von-Tresckow-Str. 9-13,  
14467 Potsdam  
Tel.: 0331/866-2500  
Fax: 0331/29 36 67

### **Landesamt für Verfassungsschutz**

Hermann-Köhl-Str. 23, 28199 Bremen  
Tel.: 0421/5377-0  
Fax: 0421/5377195

### **Landesamt für Verfassungsschutz**

Johanniswall 4, 20095 Hamburg  
Tel.: 040/244443

### **Landesamt für Verfassungsschutz Hessen**

Behördenzentrum Wiesbaden  
Konrad-Adenauer-Ring 41-43,  
65187 Wiesbaden  
Tel.: 0611/720-0  
Fax: 0611/720-179

### **Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

- Abteilung II 5 -

Johannes-Stelling-Str. 21, 19053 Schwerin  
Tel.: 0385/7420-0  
Fax: 0385/714438

### **Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen**

Büttnerstr. 28, 30165 Hannover  
Tel.: 0511/6709-0  
Fax: 0511/6709-388

### **Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz**

- Abteilung 6 -

Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz  
Tel.: 06131/16-0

Landesamt für Verfassungsschutz

Neugrabenweg 2, 66123 Saarbrücken  
Tel.: 0681/3038-0  
Fax: 0681/3038-109

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländer Str. 60, 01129 Dresden  
Tel.: 0351/8585-0  
Fax 0351/8585-500

Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt

- Abteilung 5 -

Zuckerbusch 15, 39114 Magdeburg  
Tel.: 0391/567-3900  
Fax: 0391/567-3999

Innenministerium des Landes

Schleswig-Holstein

- Abteilung IV 7 -

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel  
Tel.: 0431/988-3500

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Haarbergstr. 61, 99097 Erfurt  
Tel.: 0361/44060  
Fax: 0361/4406-251

## Kleine Linksammlung

[www.NRWGegenRechts.de](http://www.NRWGegenRechts.de)

Lokale Initiativen in Nordrhein-Westfalen stellen sich und ihre Projekte vor.

[www.c@ll-nrw.de](http://www.c@ll-nrw.de)

= »**HelpLine - Aktiv gegen Rechts**«: Die Hotline der Landesregierung NRW, die Anlaufpunkt für Aussteiger aus der 'rechten Szene' und andere Informationshungrige ist, ist auch per Internet erreichbar.

[www.nrw.de/zivilcourage](http://www.nrw.de/zivilcourage)

von der Landesregierung NRW initiiertes »Bündnis für Toleranz und Zivilcourage«

[www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de)

Informations- und Dokumentationszentrum - u.a. kann hier eine Broschüre mit antirassistischen und interkulturellen Modellprojekten für Jugendarbeit und Schule angefordert werden

[www.learn-line.nrw.de](http://www.learn-line.nrw.de)

Hinweise auf Print-Materialien zur Lehrerfortbildung

[www.projekte-interkulturell-nrw.de](http://www.projekte-interkulturell-nrw.de)

Angebote und rechtliche Grundlagen antirassistischer Jugendarbeit

[www.schule-fuer-toleranz.de](http://www.schule-fuer-toleranz.de)

aktuelle Unterrichtsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

[www.lzz-nrw.de](http://www.lzz-nrw.de)

Online-Angebot des *Landeszentrum für Zuwanderung NRW*; z.B. eine Weiterbildungsdatenbank 'Interkulturelle Qualifizierung'

[www.buendnis-fuer-erziehung.nrw.de](http://www.buendnis-fuer-erziehung.nrw.de)

Online-Aufruf der Landesregierung NRW mit Vorstellungen verschiedener Projekte (u.a. zur Gewaltprävention)

[www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de)

Online-Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus

[www.shoa.de](http://www.shoa.de)

Projekt zu den Themen Holocaust, Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg

[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

Online-Ausgabe des alle zwei Wochen erscheinenden Informationsdienstes »blick nach rechts«; informiert über aktuelle Entwicklungen und Hintergründe der rechtsextremistischen Szene

[www.netzgegenrechts.de](http://www.netzgegenrechts.de)

Medieninitiative namhafter deutscher Zeitungen, Agenturen und Sender gegen Rechtsextremismus